

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

46–47/2010 · 15. November 2010



Anerkennung, Teilhabe, Integration

E. Güvercin · F. Zaimoğlu · M. Asumang · N. Çelik
„Ein Teil Deutschlands, mit etwas mehr Farbe“

Naika Foroutan
Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten

Dietrich Thränhardt
Integrationsrealität und Integrationsdiskurs

Hartmut M. Griese · Isabel Sievers
Bildungs- und Berufsbiografien von Transmigranten

Karen Schönwälder
Einwanderer in Räten und Parlamenten

Michael Bommers
Kommunen: Moderatoren der sozialen Integration?

Klaus J. Bade · Ferdos Forudastan
Ein Gespräch zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Editorial

Mindestens 20 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, ihre Eltern oder Großeltern haben Migrationserfahrung. Welche politischen Konsequenzen diese gesellschaftliche Realität nach sich zieht, ist strittig. Es wird um die Definitionshoheit über Begriffe wie Integration, Gesellschaft und „Deutschsein“ gerungen. Zeitweilig in rassistische Reflexe umschlagenden Ängsten vor „Überfremdung“ und „fremden Kulturkreisen“ stehen emotionale Verletztheit und Wut ob der Nichtanerkennung der eigenen Identität und Persönlichkeit gegenüber.

Was sind die Maßstäbe für eine erfolgreiche „Integration“? Ist es die Sprache? Wohl nur zum Teil, denn auch Menschen, die bestens Deutsch sprechen, gelten oft als nicht zugehörig. Ist es die Arbeit? Ebenfalls nur zum Teil, denn auch ein Arbeitsplatz ist keine Garantie gegen Diskriminierung. Sind es der Lebensstil und die Werteeinstellungen? Auch nur zum Teil, denn auch innerhalb der „alteingesessenen“ Gesellschaft gibt es höchst unterschiedliche Lebensstile und Werteparadigmen. Deutlich wird, dass das Fehlen von Bezugsgrößen für die nationale Identität Raum für Imaginationen öffnet, oft mit der Folge, dass eine nicht näher definierte „Kultur“ zum Referenzrahmen wird, der beliebig interpretierbar ist.

Zukunftsweisend ist nicht die Frage, wie homogen eine Gesellschaft sein muss, sondern, wie sich die gesellschaftliche Heterogenität in Institutionen und politischen Machtverhältnissen widerspiegeln kann. Das setzt neben der Bereitschaft, sich mit Deutschland zu identifizieren, auch die Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft voraus. Es geht um eine „interkulturelle Öffnung der Gesellschaft“ und einen „Umbau staatlicher Institutionen“ (Mark Terkessidis), um die Anerkennung der Pluralität der Lebensstile und um die gleichberechtigte Teilhabe aller am Gemeinwesen. Es gilt, unsere Gesellschaft immer wieder neu zu denken.

Asiye Öztürk

Eren Güvercin · Feridun Zaimoğlu ·
Mo Asumang · Neco Çelik

„Ein Teil Deutschlands, mit etwas mehr Farbe“

„Ich bestehe darauf!“
Im Gespräch mit Feridun Zaimoğlu

Eren Güvercin: Während der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 hieß es, dass die deutsche Nationalmannschaft mit Spielern wie Mesut Özil, Jérôme Boateng und Sami Khedira zum ersten Mal die gesamte Gesellschaft widerspiegeln. Ist tatsächlich angekommen, dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist?

Eren Güvercin

M.A., geb. 1980; arbeitet als freier Journalist unter anderem für „Deutschlandfunk“, „Der Freitag“, „Neue Zürcher Zeitung“ und „Qantara.de“. Zu seinen Themenschwerpunkten gehören neben globalen Ungleichheiten auch Migration und Islam in Deutschland.
<http://erenguevercin.wordpress.com>
erenguevercin@gmx.de

Feridun Zaimoğlu

Geb. 1964; als Schriftsteller schreibt er Literaturkritiken und Essays unter anderem für „Die Zeit“, „Die Welt“, „Spex“ und „Der Tagesspiegel“.

heit dennoch so viele Pokale mit nach Hause gebracht hat. So hölzern kann dieser Fußball ja dann nicht gewesen sein. Wir erinnern uns, vor zehn oder zwölf Jahren fing das Lament an: Der deutsche Fußball sehe nicht die Zeichen der Zeit und setze nicht auf Nachwuchskräfte. Das hat der Deutsche Fußballbund (DFB) nun getan. Denn es geht nicht darum, dass herkunftsfremde Deutsche jetzt auf dem Fußballplatz mitspielen dürfen, sondern

selbstverständlich um gute Fußballer. Dieses Mal hatte man auf gute Nachwuchskräfte gesetzt, sowohl auf herkunftsfremde Deutsche als auch auf junge deutschstämmige Deutsche. Ich bin ein glühender Deutschlandfan. Als Salonhooligan bin ich es mir schuldig, und als solcher habe ich auf dem Fußballfeld bis auf das Spiel gegen Serbien und das wirklich krachend enttäuschende Spiel gegen Spanien guten Fußball und gute Fußballer gesehen. Natürlich freue ich mich, wenn darunter gute Leute sind, die hier geboren und aufgewachsen sind. Das weist natürlich nur in eine gute Richtung. Aber ich bitte darum, das mit der Repräsentationspolitik nicht zu übertreiben.

Sie werden oft als Beispiel einer gelungenen Integration genannt. Wieso lief es bei Ihnen so gut?

Ich bin ein Schreiber. Wenn man von Erfolg und Ankunft im Zusammenhang mit mir spricht, dann darf man die Verzweigung und Erfolglosigkeit meiner Jahre, bevor das mit den Büchern anfing, natürlich nicht verschweigen. Ich bin ein doppelter Studienabbrecher, ich habe keine Ausbildung, und ich bin ganz sicher kein glänzendes Vorbild für andere Menschen. Außerdem ist es eine Frage des Taktes, dass man sich nicht ins Spiel bringt, um dann zu sagen: Seht her, ich habe es anders gemacht, und wenn ihr auf meinen Spuren wandelt, so wird euch auch alles gelingen. Ich bin eher ein Paradebeispiel dafür, wie alles misslingen kann, dass man eben nicht Menschen mit technischen Begriffen beikommen kann. Das Wort „Integration“ stammt aus dem Technokraten-Jargon, und ich kann damit herzlich wenig anfangen. Wofür ich stattdessen eintrete ist, dass man bitte schön nicht zu feige sein soll, um von Deutschland als seiner Heimat zu sprechen.

Auf der einen Seite haben wir bedauerenswerte Populisten, die (Überfremdungs-)Ängste schüren. Schwätzer von diesem Schlag wird es auch in Zukunft geben. Ich bestehe aber darauf, dass die Geschichte der Einwanderung in Deutschland eine Erfolgsgeschichte ist. Ich bestehe darauf, dass man die Männer und Frauen der ersten Generation – der goldenen Generation – bitte schön mit Respekt behandeln mag. Ich bestehe darauf, dass Populisten und Menschen, die abfällig daher reden und auch noch von sich behaupten, dass sie mutig seien, mit Verachtung gestraft werden.

Ich bestehe aber auch darauf, weil es die Realität Deutschlands widerspiegelt, dass herkunftsfremde Deutsche, die hier aufgewachsen sind, doch bedenken mögen, dass Deutschland ihr Land und ihre Heimat ist. Im Grunde genommen sind sie auch Deutsche. Die kurdisch-, türkisch- und anderen fremdstämmigen Deutschen brauchen kein Vorbild. Sie sind zu klug, um sich an den Realitäten und Fakten des Lebens zu orientieren, und nicht an einem Filmemacher, Schriftsteller oder einer Nachrichtensprecherin. Das haben sie gar nicht nötig.

Sind Begriffe wie Multikulturalismus oder Integration längst überholte Begriffe, wie der Migrationsforscher Mark Terkessidis in seinem Buch „Interkultur“[¶] ausführt? Sie beispielsweise wurden zu Anfang Ihrer Schriftstellerlaufbahn der „Migrantenliteratur“ zugeordnet.

Es ist mir eine große Freude zu sehen, dass die Technokraten, die das Leben ideologisch verkrümmen, und die Populisten und Hysteriker der Wirklichkeit hinterher hecheln. Man kann es natürlich tun. Man kann in seiner warmen Stube hocken und auf eine bestimmte Klientel schielen, und dann anfangen zu fluchen. Man kann Menschen, die sich zunächst einmal nicht wehren können, denunzieren. Das ist eine Frage des Niveaus und sei jedem freigestellt.

Heißt das, man muss sich von dieser Terminologie lösen, um die Debatte in eine andere, positivere Richtung zu lenken?

Es ist tatsächlich so, dass die jungen Männer und Frauen nicht nur aufgehört haben, Migranten zu sein, sondern dass man bei ihnen die Zuschreibung „herkunftsfremd“ auch streichen kann. Man darf einen Fehler nicht begehen: Man darf nicht versuchen, mit den Begriffen aus dem Soziologie-Seminar und den Redaktionsstuben Phänomene der sogenannten Unterschicht begreifen zu wollen. Das ist ein großer Fehler, und ich sehe seit 20 Jahren, dass dieser Fehler bewusst oder unbewusst begangen wird, um zu bestimmten Schlüssen zu kommen.

Was sind das für Schlüsse? Die Türken können nichts! Wenn man von Ausländern

spricht, dann meint man eigentlich die Türken. In den vergangenen Jahren wurde das Fremde mit dem Begriff „Moslem“ kodiert. Also man meint den Türken oder Moslem, wenn man Ausländer sagt. Dann sagt man, diese Leute sind nicht angekommen, diese Leute können nichts, sie seien dumm und wollten sich abschotten. In jeder Szene und Schicht der deutschen Gesellschaft, in jeder Klasse gibt es Menschen, die sich abschotten. Wenn man von Abschottungspolitik spricht, dann sollte man sich nicht an die fremdstämmigen Deutschen halten, sondern eher an die Großbürger, also an die Spitzen der Gesellschaft. Da lernt man, was Abschottungspolitik ist. Auf die einfachen Menschen, das einfache Volk einzudreschen, hat eine lange Tradition. Ich bin nicht willens darauf einzugehen. Tatsächlich sollte man auch nicht mehr versuchen, mit den alten Dickköpfen zu sprechen. Das langweilt mich, und das langweilt vor allem die Menschen da draußen. Es ist so oft gesagt worden: Es ist ein soziales Problem und kein kulturelles. Wenn man, statt auf die eigentlichen ökonomischen und sozialen Probleme Deutschlands hinzuweisen, die Diskussion kulturalisiert, dann ist das lumpig. Deutschland ist viel weiter.

Sie bezeichnen sich als Deutscher und Kiel als Ihre Heimat. Vor kurzem wurden Sie von einem Schriftstellerkollegen als „Ärmelschonerliterat“ bezeichnet: Sie würden sogar Gartenzwerge sammeln, damit man bloß nicht auf die Idee komme, dass Sie kein Deutscher sind.

Als ich das las, war ich sehr erschrocken, weil bei mir in der Küche ein Mehlsack umfiel. Es ist seltsam, dass ich in der Vergangenheit ausgerechnet von Menschen, von denen man eine gewisse Einsicht erhofft, heftige Nackenschläge bekam. Es geht hier um mein Selbstverständnis, es geht mir nicht darum, mich zu verkleiden, um dann in den Augen der Menschen besser dazustehen. Im Grunde genommen lache ich nur noch darüber. Das ist ja nicht das erste Mal, dass man es mit einer Denunziation versucht und glaubt, mich treffen zu wollen. Ich grinse nur, und das ist keine Koketterie. Ich sage da nur, jeder kann machen, was er will. Man kann das lustig finden, man kann das lächerlich finden, man kann sogar mich als eine lächerliche Figur ansehen, nur Fakt bleibt: Ich bin ein gut gelaunter Deutscher!

¶ Vgl. Mark Terkessidis, *Interkultur*, Bonn 2010 (Schriftenreihe der bpb, Bd. 1074).

„Deutschland kreiert sich neu.“ Im Gespräch mit Mo Asumang

Mo Asumang ist mit ihrem Film *Roots Germania* regelmäßig auf Tour. Er wird in Schulen und Jugendeinrichtungen vorgeführt.

Mo Asumang
Schauspielerin, Sängerin,
Fernsehmoderatorin, Regisseurin
und Geschäftsführerin einer
Produktionsfirma von Filmen
und Fernsehbeiträgen.
management@mo-asumang.com
www.mo-asumang.com

Im Rahmen dieser
Vorführungen besteht
die Möglichkeit, über
rechtsextreme Gewalt,
Einschüchterung,
Ideologie, Rassismus
und Demokratiefeind-
schaft, aber auch Zivil-
courage, Mut, die Fra-
ge der Wurzeln (*roots*)

Einzelner und von Gruppen und ihre demokratische Integration ins Gespräch zu kommen.¹ Ein aktuelles Projekt, an dem Mo Asumang mitwirkt, ist das *HomeBase*-Projekt. Es ist ein ortsspezifisches Projekt für öffentliche Kunst, das sich zur Aufgabe gemacht hat, eine interdisziplinäre und kontextbezogene Untersuchung des Archetypus von Heim/Zuhause (*Home*) anzuregen. Das bisher jährlich in New York stattfindende Projekt hat bereits internationale Anerkennung gefunden. *HomeBase* integriert zeitgenössische Kunst im städtischen Alltag und macht sie für die Öffentlichkeit erfahrbar. Es hinterfragt die Rolle von Kunst als Mittel der Kommunikation im interkulturellen, nachbarschaftsbildenden und sozialen Dialog. Dabei untersucht es in vielschichtiger Weise Aspekte von Heim/Zuhause durch interaktive, nachbarschaftsbezogene Kunstprojekte im urbanen Raum.²

Eren Güvercin: Vor einigen Jahren wurden Sie öffentlich von einer Neonaziband bedroht.³ In Ihrem Film Roots Germania haben Sie anschließend den Germanenkult deutscher Neonazis hinterfragt.

Mo Asumang: Ich bin ja immer der Meinung, dass Deutschland ab und zu mal in den Spiegel schauen sollte, weil eine Gesellschaft natürlich immer im Wandel ist. Die Gesellschaft bleibt nicht so, wie sie ist, sonst würde

¹ Vgl. <http://roots-germania.com> (10.10.2010).

² Vgl. www.homebaseberlin.com (10.10.2010).

³ Die Neonaziband *White Aryan Rebels* rief in einem Lied mit „Diese Kugel ist für dich, Mo Asumang“ zum Mord an der Schauspielerin auf. Eine andere Textzeile des Songs lautete: „Völkerbrei wirds hier nicht geben. Ihr müsst sterben und wir leben.“

ein Land erst gar nicht entstehen. In meinem Film *Roots Germania* habe ich mich hierzu auf Spurensuche gemacht und viel erfahren über die Geschichte Deutschlands. Es ist nicht zu fassen, wie Nazis die deutsche Geschichte missbrauchen, wie sie sich Symbole und Heldenfiguren klauen und Mythen verdrehen.

Kurz nach dieser Drohung haben Sie ein Fotoshooting in einem Brunhilde-Kostüm gemacht. Sie sagten, dass Sie durch diese überspitzte Form zeigen wollten, dass Sie auch deutsch sind. Woraus besteht die deutsche Identität?

Auch eine Identität ist im Wandel. Natürlich gibt es gewisse Dinge, die man über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg in gewissen Gebieten als Identität erarbeitet hat, aber dennoch liegt der Fokus darauf, dass wir uns verändern und dass wir ständig neu dazulernen. Eine Identität ist nicht etwas, was starr ist, sondern etwas, was sich ständig transformiert.

Sätze, wie „Geh doch dahin, wo du herkommst“, höre ich, Gott sei Dank, nicht mehr so oft. Aber es gab schon einige Leute, die mir im Laufe meines Lebens solch einen Satz an den Kopf geschmissen haben. Aber was bedeutet das eigentlich: Geh dahin, wo du herkommst? Ich kann natürlich nach Kassel gehen, da bin ich geboren, meine Migration besteht aus meinem Umzug von Kassel nach Berlin, das war 1986.

Das schlimme ist, dass man aufgrund der tiefsitzenden Unwissenheit zu Identitätsfragen in Deutschland und aufgrund der Hasspredigten der Neonazis leider sehr oft auf die Hautfarbe oder Religion reduziert wird. Ich finde es sehr wichtig, dass man solche Sätze „Woher kommst Du?“ ganz normal beantworten kann. Ich möchte einfach antworten dürfen, dass ich aus Kassel komme, ohne dass die Leute in Gelächter ausbrechen. Leider, muss ich sagen, ist das im Jahr 2010 immer noch so. Die Leute lachen, wenn ich sage, ich komme aus Kassel, weil sie einfach nicht akzeptieren wollen, dass man vielleicht auch zwei Wurzeln hat. Weil mein Vater aus Ghana kam, sagt man dann: „Aahh, Du kommst aus Ghana.“ Der Rest von mir, die deutsche Seite, dass ich hier geboren wurde, perfekt deutsch spreche, dass ich hier Abitur gemacht habe, und vielleicht sogar, dass ich gerade aus meinem Leben hier erzählt habe,

all das wird einfach unterschlagen, als gäbe es das nicht. Das finde ich sehr schade.

Wie würden Sie sich selber bezeichnen: als schwarze Deutsche oder als Deutsche mit Migrationshintergrund?

Ich bin in der Initiative „Schwarze Deutsche“, und dort gibt es ständig die Diskussion, wie man sich bezeichnen sollte. Afro-Deutsche oder schwarze Deutsche ist dann das, worauf man sich in dieser Gruppe geeinigt hat. Ich persönlich gehe damit etwas lockerer um. Wenn ich mit meinen Freunden rede, dann sag ich auch schon einmal, dass ich Brownie bin. Ich habe damit gar kein Problem und nach meiner Filmarbeit mit *Roots Germania* erst recht nicht. Man könnte auch sagen, man ist Weltbürger, aber ein wenig Zugehörigkeit brauche ich dann doch.

Wann gehört man denn dazu? Was bringt die Menschen dazu, an der Gesellschaft teilzunehmen, und welche Rolle spielen soziale Unterschiede?

Integration fängt für mich in erster Linie damit an, dass ich als „Migrantin“ irgendwo im Abbild der Deutschen auch sichtbar bin. Erstmal muss ich überhaupt wissen, dass ich existiere, und so was sieht man in erster Linie in den Medien. Dieses Abbild ist für mich der Anfang von Integration. Wenn dieses Abbild in einem großen Ungleichgewicht ist, wie es derzeit bei uns immer noch der Fall ist, dann kann man nicht von Integration sprechen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der 19 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund haben. Aber das Abbild in den Medien liegt bei vielleicht zwei Prozent.

Als Beispiel können wir meine Person nehmen. Ich bin in Kassel aufgewachsen und habe eigentlich nie etwas gesehen, womit ich mich identifizieren konnte. Das Abbild von mir gab es höchstens mal in US-amerikanischen Serien oder Filmen. Wenn ich mir anschau, was heutzutage in den Medien zu sehen ist, sieht es ziemlich mau aus. Für mich bedeutet Integration, dass ich Menschen mit Migrationshintergrund sehen kann, und dass sie auch „normal“ abgebildet werden und nicht in irgendwelchen Klischees. Gerade im Bereich Medien muss man sich da noch mehr Mühe geben. Ich frage mich, wie passt es zusammen, dass alle zu Recht stolz waren auf

die deutsche Nationalmannschaft während der Fußball-Weltmeisterschaft – das so genannte *Rainbow-Team* –, aber man gleichzeitig in Fernsehbeiträgen über Muslime noch immer hauptsächlich „Frauen mit Kopftuch und fünf Lidl-Einkaufstüten“ sieht. Das geht einfach nicht.

Soziale Unterschiede sind das, worum es eigentlich geht. Man gehört natürlich verschiedenen Kulturkreisen an, aber letztendlich geht es einfach darum, wer sich ein angenehmes Leben leisten kann und wer nicht. Wer wenig Geld hat, wird es schwerer haben. Das Wort „Parallelgesellschaft“ ist schon fraglich, da jeder irgendwie in einer Parallelgesellschaft lebt, weil er sein eigenes Universum hat und seine persönliche Identität schützt. Wenn Leute das in einer größeren Gruppe machen, dann könnte das vielleicht einen Grund haben?! Niemand würde das aus einem natürlichen Bedürfnis heraus machen. Jeder möchte mit seinem Nachbarn normal kommunizieren, seine Schulkameraden besuchen, jeder möchte zu einer großen Gruppe dazugehören, jeder möchte auch Teil des Landes, der Gesellschaft sein, in der er lebt.

Die Rhetorik hat sich in den vergangenen Jahren verschärft, insbesondere wenn es um in Deutschland lebende Muslime geht. Einige Stimmen befürchten, dass rechtsextreme Parolen wieder salonfähig werden. Wieviel kulturelle Differenz verträgt überhaupt eine Gesellschaft?

Eine Gesellschaft verträgt ganz viel kulturelle Differenz. Mit der kulturellen Vielfalt kommen natürlich auch Fragen hoch, wie man miteinander umgeht. Aber das ist auch ganz wichtig. Wenn wir keine Fragen haben, sei es in der Familie oder in der Gesellschaft, wie wollen wir uns dann weiterentwickeln? Wie man zusammenkommt, wie man etwas verändern kann, wie man wachsen kann, all diese Fragen sind essentiell dafür, dass eine Gesellschaft lebendig bleibt. Ich glaube auch, dass eine Gesellschaft durch kulturelle Vielfalt stärker wird. Es gibt natürlich Menschen, denen das zu viel ist. Sie können damit nicht umgehen, weil sie in ihren Denkstrukturen festgefahren sind. Die kommen aber auch nicht wirklich weit damit.

Kritiker meinen, nur wer alles bis auf seinen Namen aufgabe, habe in Deutschland

eine Chance. In Deutschland spiele es immer noch eine sehr große Rolle, ob man „Stallgeruch“ habe. Teilen Sie diese Sichtweise?

Stallgeruch, dazu fällt mir eine Geschichte ein: Neulich hat mir ein junger Deutschtürke erzählt, dass er auf Wohnungssuche mit seinem Namen Öztürk kaum Angebote bekam. Dann hat er sich aus Spaß mit dem Namen Müller am Telefon gemeldet, plötzlich kamen jede Menge Wohnungsbesichtigungsangebote. Mit solchen Ungerechtigkeiten und diesem Rassismus geht jede Migrationsgruppe anders um. Bei kleinen Migrationsgruppen herrschen ganz andere Gesetzmäßigkeiten als bei großen Gruppen. Muslime oder türkeistämmige Einwanderer bauen schon für ihre Kinder in jungen Jahren einen Schutzmantel auf. Wenn ich als kleines türkisches Mädchen zum Beispiel Rassismus ausgesetzt bin, habe ich natürlich eine große *Community* um mich herum, die mich schützen und in die ich mich zurückziehen kann, wenn ich will. Ich habe sehr viele deutsch-türkische Freunde, von denen einige irgendwann sagten, sie seien Türke und eben kein Deutscher. Das ist aber eher eine Reaktion auf Rassismus und Ungerechtigkeit, man würde von alleine nicht auf so etwas kommen. Man würde dann eher sagen, ich bin Deutsch-Türke, oder einfach, ich bin deutsch. Solch einen Schutzmantel hat man in den afrikanischen *Communities* nicht, weil sie zu klein sind. Es ist aber in jedem Fall ein Schutzmantel, eine Reaktion auf eine Gesellschaft, die einen eben nicht als normal annimmt, wie es eigentlich sein müsste.

„Deutschland schafft sich ab“ war und ist eine kontrovers diskutierte These. Was für Auswirkungen werden die teils rassistischen Äußerungen der vergangenen Wochen wie beispielsweise, dass bestimmte Menschengruppen an sich fauler und dümmer seien, auf die Integrationsdebatten insgesamt haben?

Einige Migranten werden sich sicherlich zurückziehen und abkapseln. Andere wiederum werden auch wütend sein. Die meisten jedoch sind längst dabei, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wie in jeder anderen Generation seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und auch lange davor. Ich kann dazu nur sagen: Deutschland kriert sich neu. Ich persönlich werde mich nicht abkapseln, ich sehe keine Veranlassung dazu, da ich hier geboren, aufgewachsen und ein

Teil Deutschlands bin, mit etwas mehr Farbe. Ich glaube auch, dass man sich nur dann abkapselt, wenn Kommunikation einschläft und keine Veränderungen in Sicht sind, aber genau das Gegenteil ist gerade der Fall.

Sicher gibt es fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung, vor allem als Auswirkung der mangelnden Aufklärungspolitik, nicht, weil die Leute nicht in der Lage wären, Integration zu leben. Ich glaube das Miteinander von Menschen ist etwas menschliches, weil Menschen in der Gemeinschaft lernen. Im Normalfall macht einen „das Andere“ neugierig, ein Instinkt, der zum Wachstum beiträgt. Es darf nicht sein, dass wir uns diese Neugier nehmen lassen, durch Bücher, die spalten wollen, statt zu fördern. Die Medien sollten aufzeigen, was an Meinungen zum Thema Integration da ist, und dann schauen, was der Ursprung dieser Gedanken ist. Nur wenn man etwas kennt, kann man auch etwas ändern. Vielleicht kommen erst einmal Ängste hoch, aber das ist gut, solange man darüber spricht. Die Medien sollten die Ängste der Menschen ernst nehmen und mit Diskussionsrunden, Filmen und Beiträgen zeigen, wie man diese Ängste auflösen kann. Die Zeiten sind für alle schwer.

„Gewalt in Kunst verwandeln.“ Neco Çelik im Portrait

Neco Çelik ist als Sohn türkischer Gastarbeiter in Berlin-Kreuzberg groß geworden. Seine Biographie liest sich wie ein Film: vom Gangmitglied zum Film- und Theaterregisseur. Die US-amerikanische Zeitschrift „Vanity Fair“ bezeichnete ihn gar als den „Spike Lee Deutschlands“. Neco Çelik ist ein Vorbild für viele Jugendliche, die von Integrationsexperten gerne als perspektivlos bezeichnet werden. Trotz seines erstaunlichen Werdegangs vergisst Çelik seine Jungs (und Mädels) nicht und arbeitet immer noch ehrenamtlich im Kreuzberger Jugendzentrum Naunyn Ritze. Seine Eltern kamen 1967 als Gastarbeiter nach Deutschland. Als zweitjüngster von fünf Geschwistern wuchs

Neco Çelik

Geb. 1972; arbeitet seit 1993 als Medienpädagoge in Berlin-Kreuzberg und als Regisseur im Ballhaus Naunynstrasse; 2004 wurde er für seinen Spielfilm *Urban Guerillas* mit dem Publikumspreis des Filmfestivals Nürnberg ausgezeichnet. www.ballhausnaunynstrasse.de

er in Kreuzberg auf. Über seine Kindheit sagt er: „Hier wächst man in einer türkischen Umgebung auf. Es war zu jener Zeit eine kaputte Gegend, direkt an der Berliner Mauer. Für uns Kinder war das eine aufregende Zeit, für die Erwachsenen ist es ein armes Leben gewesen. In so einer Umgebung hat die Schule keine große Rolle für mich gespielt.“

Er beobachtete die „Gastarbeitergeneration“ und entwickelte Unbehagen gegenüber einem Leben, das für ihn in vielerlei Hinsicht falsch „eingrichtet“ zu sein schien: „Ich konnte es nicht glauben. Ich bin extra mit meinen Eltern zu den Nachbarn, zu denen ich nie gehen wollte, und habe geguckt, ob sie dieselben Möbel hatten. Sie hatten den beschissenen selben Schrank und den beschissenen selben Teppich. Die, die sich davon lösen konnten, haben erstmal begriffen, was Leben bedeutet“, sagt Neco Çelik. Sie seien nur mit ihrem Leben beschäftigt gewesen: „Arbeiten und arbeiten und diese Hoffnung hegen, wir werden zurückkehren und dann unser wahres Leben leben. Bullshit! Man war sozusagen in einem sozialen Gefängnis, so eine Herde von Schafen, die bloß nicht ausscheren durften, um etwas zu verändern.“ Er brach die Schule ab und wurde Mitglied in der berühmten Straßengang 36 Boys, deren Anführer er auch war. „Das hatte etwas mit Haltung zu tun, mit Intelligenz – und mit einem Talent zur Schauspielerei. 90 Prozent hier auf dem Kiez sind Schauspielerei, Effekthascherei und MTV.“ Sie seien damals Jugendliche gewesen, die mit sich nichts anfangen konnten und jede Menge Energie hatten. „Wir lungerten an den Ecken herum und waren der Meinung, dass wir besser sind als die anderen, die ebenfalls an den Ecken rumlungerten. Wir haben uns als intellektuelle Kriminelle gesehen. Es gab unter uns auch Gedichteschreiber!“

Bald begann Neco Çelik durch Graffiti und Rap seine Wut in Kunst zu verwandeln. Dies sei einfach gewesen, da laut Çelik Gewalt und Kreativität sehr nah beieinander lägen. Er holte seinen Schulabschluss nach und machte im Jugendzentrum Naunyn Ritze eine Ausbildung zum Medienpädagogen. Das Filmhandwerk brachte er sich selber bei. Im Jahr 2003 drehte er seinen ersten Spielfilm *Urban Guerillas*, der die Wut und die Träume der „Ghetto-Kids“ behandelt. Fast alle Schauspieler in diesem Film waren Laien, alte Freunde von der Straße. „Ich nehme sie mit auf meinen Weg“, sagt Çelik.

Mittlerweile hat er drei Spielfilme gedreht und Erfahrung als Theaterregisseur gesammelt. „Ein Theaterstück zu inszenieren, war für mich schon immer ein geheimer Wunsch gewesen. Als man mir Feriduns Stück *Schwarze Jungfrauen* angeboten hat, habe ich sofort ‚ja‘ gesagt.“ Zu seiner Theaterpremiere hatte Çelik damit ein Stück zu inszenieren, das es in sich hat; es schockierte viele Theaterbesucher. „Der Inhalt des Textes ist extrem, extrem stark“, führt Neco Çelik an. „Die Leute sind wirklich von ihren Stühlen gefallen. Sie konnten nicht glauben, dass jemand so etwas sagen kann. Sie sind von diesen Frauen erschüttert. Das beweist, dass das, was sie sagen, in der Öffentlichkeit überhaupt nicht vorkommt.“

Dieses Theaterstück ist ein ausgesprochen böses Echo aus muslimischer Sicht auf die zunehmende Islam-Hysterie der hiesigen Gesellschaft. Es handelt von zehn jungen muslimischen Frauen: „Diese jungen Frauen sind keine ‚Ja-Sager‘, keine Ängstlichen, keine Ungebildeten, keine Gutmensch-Frauen. Sie sind zornige, starke, coole, witzige und mutige Musliminnen, die das Wort ergreifen, ohne Punkt und Komma im Angesicht des Publikums ihre persönlichen Geschichten oder Meinungen vortragen. Manchmal ist es vulgär, manchmal radikal kompromisslos. Und das ist gut so.“⁵

Mittlerweile hat Neco Çelik im Ballhaus Naunynstraße schon bei einigen Theaterstücken Regie geführt. Künstlerische Leiterin des Ballhauses ist Shermin Langhoff. Im November 2008 wurde das Ballhaus mit dem Theaterfestival *Dogland* wiedereröffnet. Initiator und Träger des neuen Konzepts an der kommunalen Spielstätte ist der Verein „kulturSPRUNGE“, ein Netzwerk von Kulturschaffenden der zweiten und dritten Migrantengeneration, das Langhoff 2003 initiierte und zu dessen Unterstützern und Protagonisten Fatih Akin, Neco Çelik, Feridun Zaimoğlu, die Schauspielerin Idil Üner, der Rapper Ceza und viele andere Kulturschaffende gehören. „Diese Spielstätte ist aus der Feststellung entstanden, dass es hier

⁵ In Çeliks Inszenierung im Jahr 2006 fragen *Schwarze Jungfrauen*, „warum Allah kein Ausländer und die Gottkriminalität notwendig ist; wodurch der weichgespülte Islam *balal* wird und warum man morgens mit Flöhen aufwacht, wenn man mit Gottlosen geschlafen hat. Und nicht zuletzt geht es ihnen auch um die Suche nach der perfekten Symbiose: Sex und Islam. Ihre fromme These lautet: Nackt ist nicht gleich ungläubig und vollbandagiert ist nicht gleich Gott total unterworfen.“

ein kulturelles Kapital gibt, das überhaupt nicht gefördert wird“, betont Langhoff. „Mein Anspruch ist es, vor allem migrantischen Künstlern aus der zweiten und dritten Generation ein Forum zu geben, um neue Geschichten aus neuen Perspektiven zu erzählen.“

Durch junge Talente wie dem Regisseur Neco Çelik oder dem Schauspieler Erhan Emre hat das Ballhaus Möglichkeiten, die sich andere Theater erst mühsam aufbauen müssen: Durch Çeliks Tätigkeit in der Jugendeinrichtung Naunyn Ritze (direkt gegenüber des Ballhauses) eröffnen sich etwa Möglichkeiten für Projekte zur kulturellen Bildung der Jugendlichen in Kreuzberg. Aber die kulturelle Bildung ist nur ein Teil der Arbeit: „Wir wollen zwar soziale Fragestellungen einbeziehen, aber über die soziokulturellen Momente des klassischen Migrationstheaters hinausgehen und neue Wege einschlagen“, erklärt Langhoff. Sie bezeichnet das Ballhaus als „postmigrantisch“. Postmigrantisch umfasse dabei vor allem die Geschichten und Perspektiven derer, die selbst nicht mehr migriert seien, den Migrationshintergrund aber als Wissen mitbringen. „Man bewegt sich mit diesen Selbst- und Fremdzuschreibungen natürlich immer auf einer Grenzlinie. Aber wir brauchen diese Titelagen – auch um zu provozieren und damit wir uns gemeinsam weiterentwickeln können. Denn als ‚junge Deutsche‘ werden wir einfach nicht gesehen. Ich glaube, dass jede gebrochene Biografie, sei es durch Migration oder andere Umstände, ein gewisses Potenzial birgt.“

Für Neco Çelik ist diese Arbeit nicht nur für Kreuzberg wichtig. Es entstehe eine Paranoia, weil der Minderwertigkeitskomplex groß sei. „Was sieht einer von hier, wenn er in die ‚Bild‘ schaut oder ins Fernsehen? Er sieht: Alle sind gegen mich.“ Viele fühlten sich von der Mehrheitsgesellschaft verachtet. „Da staut sich was Krasses an“, warnt er, „das macht manche der Jungs so paranoid, dass sie nur noch denken: Ich will auf keinen Fall Opfer sein, die anderen sollen Opfer sein. Und wenn es die eigenen Leute sind.“ Dem will er entgegenwirken, beispielsweise mit dem Projekt *Streetuniversity*,¹⁶ durch das die speziellen Stärken und Fähigkeiten der Jugendlichen entdeckt und entwickelt werden, also Gewalt in Kunst verwandelt werden soll.

¹⁶ Vgl. www.streetuniversity.de (20.10.2010).

Naika Foroutan

Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten. Wer gehört zum neuen Deutschland?

Jeder fünfte Einwohner Deutschlands, darunter jedes dritte Kind unter sechs Jahren, hat einen Migrationshintergrund. In Ballungsräumen wie Frankfurt oder Berlin trifft dies bereits auf über 60 Prozent der Kinder zu, die dieses Jahr eingeschult wurden. Wenn Pluralität für Kinder und Jugendliche zur Normalität wird,¹⁷ ist es unzeitgemäß, über einen

Naika Foroutan

Dr. rer. pol., geb. 1971; Leiterin des VW-Forschungsprojekts „Hybride europäisch-muslimische Identitätsmodelle/HEYMAT“ an der HU Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin. foroutan@hu-berlin.de

Migrantenschlüssel für Schulklassen nachzudenken – wie auch Forderungen nach einem Zuwanderungsstopp für „fremde Kulturkreise“ in Zeiten der Globalisierung anachronistisch wirken. Vielmehr wäre es angebracht, in einer Zukunftsdebatte über einen veränderten Blick auf die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nachzudenken und zu fragen, ob es nicht an der Zeit ist, diese im Sinne einer fraglosen Zugehörigkeit¹⁸ als *deutsche* Bürger anzusehen, gar als „Neue Deutsche“? Interessanterweise wird mit dem Gedanken der Globalisierung vorrangig die Öffnung der weltweiten Märkte verbunden. Dagegen ist noch nicht verinnerlicht, dass mit einer Entgrenzung der Märkte nicht nur Güter freier beweglich sind, sondern auch Menschen. Transnationale Migration, im Rahmen derer Menschen in andere Länder ein- und auswandern, ist ein selbstverständliches Zeichen der globalisierten Gegenwart.

¹⁷ Vgl. Bundesjugendkuratorium, Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche, April 2008.

¹⁸ Vgl. Kai-Uwe Hunger, Junge Migranten online: Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit, Wiesbaden 2009, S. 251.

Wo Migration auch mit *settlement* verbunden wird, wandelt sich die Bevölkerungsstruktur – nicht nur demografisch und soziostrukturell, sondern auch identitär und ideell. Spätestens in der zweiten Generation der Einwanderung stellt sich ein Moment ein, in dem identitäre Verortung nicht mehr eindimensional zu einem Herkunftsland vorgenommen werden kann. Während für die meisten Migranten der ersten Generation ein Herkunftsbezug durch eine aktive Migrationserfahrung bestehen bleibt und in vielen Fällen mit einer zumindest emotionalen Rückkehroption gekoppelt wird, enthält im Falle der Nachfolgegenerationen der Herkunftsbezug und der Gedanke der „Rückkehr“ bereits einen Moment von *invented tradition*.[¶] Bei einem Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund ist Migration sogar keine selbsterlebte Erfahrung mehr. Sie bleibt jedoch als Element der biografischen Kernnarration bestehen – entweder durch die Familienlegende oder durch außerfamiliäre Zuschreibungen, bedingt durch phänotypische Merkmale wie Aussehen, Akzent, Kleidung oder Namen.

Vom Ausländer zur Person mit Migrationshintergrund

Deutschlands „Gesicht“ wandelt sich stetig, was zu Verunsicherungen in der Bezeichnungspraxis führt. Die herkunftsdeutsche Bevölkerung weiß häufig nicht, wie sie sich selbst oder jene bezeichnen soll, die lange Jahre als „Ausländer“ oder „Fremde“ galten und nun offensichtlich zu Deutschland gehören wollen und sollen. Immer häufiger hört man zur Selbstbeschreibung ironisierend den Begriff „Bio-Deutsche“, da „autochthone Deutsche“ zu wissenschaftlich und „Deutsch-Deutsche“ zu redundant klingt. Hingegen erzeugt der Begriff „echter Deutscher“ einen ausgrenzenden Effekt, da er die Menschen mit Migrationshintergrund offensichtlich als „nicht echte“ Deutsche kennzeichnet. Immer mehr Menschen nehmen mittlerweile für sich in Anspruch, deutsch zu sein, auch wenn sie „anders“ aussehen, „fremd“ klingende Namen oder eine andere Religionszugehörigkeit haben. Trotzdem gehören die Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Bewusstsein eines Großteils der Bevölkerung noch immer

¶ Vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, New York 1983.

„nicht richtig“ dazu. Mit dem Wort Migration ist eine Neuzuwanderung verbunden, der Migrationshintergrund markiert daher seine Träger als tendenziell „neuer“ als jene ohne und in der öffentlichen Wahrnehmung auch als tendenziell fremd, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit in dritter und vierter Generation besitzen. „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“, sagen 53,7 Prozent der Bevölkerung laut der Studienreihe „Deutsche Zustände“ vom Bielefelder Institut für Konflikt und Gewaltforschung (IKG).[¶] Dabei bleibt offen, wie lange dieses „Neu-Sein“ eigentlich Bestand hat und welche Effekte es für das Selbstverständnis als deutscher Staatsbürger mit sich bringt. Tatsächlich beschreibt das Wort Migrationshintergrund in seinem analytischen Kontext die Lebensrealität der Angesprochenen korrekter als nationale Kategorien wie etwa „Türke“, „Spanier“, „Chinesen“, die nur eine einseitige Herkunftsverortung vornehmen. Es ist auch exakter als das Wort „Migrant“ oder „Ausländer“, da ersteres auf jene nicht zutrifft, die nicht aktiv zugewandert sind und letzteres jene falsch bezeichnet, die eine deutsche Staatsangehörigkeit haben.[¶] Allerdings, so neutral der Begriff auch im Entstehungsmoment definiert wurde, verbindet sich mit ihm durch den öffentlichen Diskurs eine Bezeichnungspraxis, der eine soziale Praxis folgt, die vorwiegend Differenz-Momente hervorhebt und die in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem mit Defiziten und Problemen verbunden wird.

Postmigranten

Es fehlt derzeit an einer etablierten Bezeichnung, welche die nationale und kulturelle Mehrfachzugehörigkeit und -identifikation von Individuen wertneutral beschreibt. Während Mehrfachzugehörigkeit im identitären Kontext als postmoderne Normalität anerkannt wird, gilt für die nationalen,

¶ Die neuesten Forschungsergebnisse des IKG erscheinen im Dezember 2010. Die hier genannte Frage ist nach Aussagen des IKG nicht in der Druckausgabe enthalten. Konkrete Fragen dazu können an das IKG direkt gerichtet werden: ikg@uni-bielefeld.de. Für eine weitergehende Analyse vgl. Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Folge 8, Frankfurt/M. 2010.

¶ Von den 15,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind mehr als die Hälfte deutsche Staatsbürger (8,3 Millionen), und bei zwei Dritteln ist die Migration aktiv erlebt.

ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten zumindest in Deutschland noch immer das Kriterium der einseitigen Entscheidung, die mit dem Gedanken der Assimilation als Vision einer gelungenen Integration einhergeht. Versuche, Ersatzdefinitionen zu finden, hat es bereits 1994 mit dem Begriff „Andere Deutsche“ gegeben, um zu verdeutlichen dass „die Gültigkeit des Anspruchs, deutsch zu sein, sich nicht an der Erfüllung bestimmter Kriterien der Physiognomie, der Abstammung oder auch der ‚kulturellen‘ Praxis bemisst“.¹⁶ Michael Wolffsohn spricht von „Paradigma-Neudeutschen“¹⁷, und der Kabarettist Alparslan Marx richtete sogar eine Webseite unter dem Namen „D-Länder“ ein, um nach einem gemeinsamen Namen zu suchen.¹⁸

Die Verbundenheit mit Deutschland als Heimat findet auf mehreren Ebenen statt. Die kognitive und pragmatische Bezeichnung von Deutschland als Heimat, als „dort, wo mein Haus steht, und dort, wo meine Familie wohnt“, kann dabei teilweise die emotionale Bindung an einen Sehnsuchtsort in der Ferne, der ebenfalls mit Heimat assoziiert wird, nicht ersetzen. Dies liegt an dem der Migration inhärenten Moment, der immer mit dem Verlassen eines Zuhauses oder einer Heimat einhergeht. Diese teilweise nur tradierte Vergangenheit wird im Kontext der familiären Erzählstruktur und der nicht erfahrenen Alltagszauberung zu einem Wunschort stilisiert, der in jedem Moment der Unzufriedenheit eine virtuelle Rückzugsoption anbietet – auch wenn diese realiter nicht gegeben ist. Zusätzlich wird von Seiten der ersten Generation der Einwanderer, der Familie oder *Community* teilweise Druck auf die Folgegenerationen aufgebaut, sich den ursprünglichen Herkunftsländern nicht zu entfremden.

Die zum Teil fehlende emotionale Verbundenheit mit Deutschland liegt allerdings auch an Diskriminierungserfahrungen sowie mangelnder Aufnahmebereitschaft von Seiten der autochthonen Gesellschaft, welche noch immer teils bewusst, teils unbewusst das „Deutsch-

¹⁶ Paul Mecheril/Thomas Teo, *Andere Deutsche*, Berlin 1994, S. 10.

¹⁷ So seine Bezeichnung für Professor Bassam Tibi, der in Syrien geboren, jedoch seit Jahrzehnten deutscher Staatsbürger ist, zit. nach: Karl Friedrich Ulrichs, Islam-Wissenschaftler Bassam Tibi verlässt Uni, in: *Göttinger Tageblatt* vom 29.10.2009.

¹⁸ Vgl. www.d-laender.de (20.10.2010).

sein“ auf phänotypische Merkmale reduziert.¹⁹ Es liegt aber auch an den spezifischen Kriterien der deutschen nationalen Identität, die es auch Herkunftsdeutschen nicht leicht macht, affirmativ die Nationalitätszugehörigkeit zu artikulieren. Eine Zugehörigkeit zu Deutschland wird als etwas suggeriert, das sich „Migranten“ erst erarbeiten müssen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass trotz Fortschritten in der strukturellen Integration (Bildung und Arbeit) eine kulturelle Integration über den Verfassungspatriotismus hinaus erwartet wird, die an Anpassungen an eine nicht näher definierbare deutsche Leitkultur gekoppelt wird.

Gerade für jenes Drittel der Postmigranten, die vom Mikrozensus als „Menschen ohne eigene Migrationserfahrung“ erfasst werden, ist Integration ohnehin kein Diskussionskriterium ihrer Selbstbeschreibung. Migrationshintergrund und Mehrsprachigkeit werden vor allem als Bereicherung wahrgenommen. Für diese Postmigranten sind Deutsch- oder Integrationskurse etwas, das bestenfalls noch ihre Eltern betreffen könnte, eher ihre Großeltern und eben neu Zugewanderte. Bei ihnen ist stattdessen verstärkt ein mehrkulturelles Selbstbewusstsein zu beobachten, ohne ihre „Wurzeln“ vergessen zu wollen, samt einer für sich selbst angenommenen postintegrativen Perspektive: Sie sind längst in dieser Gesellschaft angekommen, zumindest aus ihrer Sicht und aus der Sicht jenes Teils der Bevölkerung, der in Deutschland ein plurales, heterogenes und postmodernes Land sieht.

Zugehörigkeit, Angehörigkeit, Authentizität

Die Zugehörigkeit zu Deutschland definiert sich jedoch nicht nur über die eigene Fähigkeit zur Identifikation mit dem Mehrheitskollektiv, sondern auch über den Grad und die Häufigkeit der Anerkennung durch eben jenes. Erst diese erlaubt eine Identifikation im Sinne der Angehörigkeit. Und erst der Dreiklang von Anerkennung, fragloser Zugehörigkeit und Angehörigkeit lässt einen glaubwürdigen, authentischen Moment von „Deutschsein“ entstehen.¹⁰

¹⁹ Vgl. Iman Attia, *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes*, Bielefeld 2009.

¹⁰ Vgl. Heiner Keupp, *Identitätskonstruktionen: Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*, Reinbek 2008.

Dabei stellen gerade in Einwanderungsgesellschaften statische Ansichten auf identitäre Kernnarrationen wie Kultur oder Nation Exklusionsmechanismen her, deren Überwindung für die soziale Kohäsion solcher Patchwork-Gesellschaften notwendig ist. Gerade im Falle Deutschlands stellen sich hierbei multiple Überwindungshürden auf. Während die deutsche Identität als etwas Exklusives angeboten wird, dessen Erlangung mit Hürden wie Sprachkompetenz, Landeskunde und Absage an ehemalige Herkunftsländer verbunden wird, ist nach Erlangung dieses „Ritterschlags“ weder die Anerkennung durch die autochthone Gesellschaft noch eine authentische Verbundenheit mit dieser nationalen Identität gewährleistet. Dies ist auch eine Erklärung dafür, warum viele der Menschen mit Migrationshintergrund bei der Frage nach ihrer Zugehörigkeit problemlos die Stadt nennen, aus der sie kommen. Ihre Selbstbezeichnung als Berliner, Hamburger oder Schwabe sehen sie als faktisch und authentisch an, während sie die Selbstbezeichnung als „Deutsche“ eher als Konstruktion oder künstlich empfinden, da sie diese immer erklären müssen.

Die Selbstbezeichnung muss mit der Fremdzuschreibung korrespondieren, sonst entstehen Unschlüssigkeiten in der personalen Identität. Wenn eine Person, die phänotypisch als asiatisch, arabisch oder afrikanisch markiert wird, in ihrer eigenen Wahrnehmung deutsch ist, gelingt ihr die Selbstbezeichnung als „Deutsche“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft immer nur mit einer anhängenden Erklärung: „Ich bin deutsch, aber mein Großvater kam aus Marokko.“ Es ist die fraglose Zugehörigkeit und somit die Authentizität (im Sinne von Echtheit und Glaubwürdigkeit), die jenen Menschen mit Migrationshintergrund verwehrt wird, die durch äußere Zuschreibung zunächst als nicht-deutsch gesehen werden – was immer „Deutschsein“ heutzutage auch sein mag – und die zu unterschiedlichen Reaktionsmechanismen bei diesen Menschen führt: von Rückzug und Apathie über Wut und Aggression bis hin zu Trotz und selbstbewusster Einforderung von Teilhabe.

Zumindest das Bezeichnungsdilemma könnte in Anlehnung an die im angloamerikanischen Raum etablierte Bezeichnungspraxis der *hyphenated identities*¹¹ (Bindestrich-

Identitäten) aufgefangen werden, indem durch eine affirmative Nennung der multiple Herkunftskontext benannt wird: Diese können auch als *Bindungs-Identitäten* bezeichnet werden, da sie eine wie auch immer geartete emotionale oder staatsbürgerliche Bindung an bestimmte Herkunftskontexte signalisieren. Bindungs-Identitäten wie Deutsch-Türken oder Türkei-Deutsche, Deutsch-Russen oder Russland-Deutsche würden den Deutsch-Deutschen die Möglichkeit geben, Unsicherheiten in der Nennung zu umgehen, aber auch dem Nenner den deskriptiven Zugang zu seinen multiplen Erfahrungskontexten in der Selbstbezeichnung erleichtern und die stete Erklärung ersparen. Dabei kann die Positionierung der Herkunftsländer verdeutlichen, welcher Zustand der Herkunftsbezogenheit vorliegt. Da die Wortbildungsregeln der deutschen Sprache besagen, dass bei Zusammensetzungen das am Ende stehende Wort die wesentliche Bedeutung trägt, würde die Bezeichnung Türkei-Deutsche eine Person beschreiben, die sich als deutsch sieht und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, aber gleichzeitig einen türkischen Migrationshintergrund hat. Umgekehrt würde der Begriff Deutsch-Türke signalisieren, dass die Person sich als türkisch, aber in Deutschland lebend bezeichnet. Schwieriger wird es bei nicht erprobten Bindestrich-Identitäten: Während die Bezeichnung Deutsch-Iranerin noch recht flüssig klingt, hört sich Iran-Deutsche etwas holprig an, desgleichen gilt für Deutsch-Spanier und Spanien-Deutscher.

In Zeiten sich ständig bereichernder Wortschätze darf man die Fähigkeit der Etablierung von Bezeichnungen nicht unterschätzen. Auch das Wort Migrationshintergrund war vor fünf Jahren noch neu, obwohl es wesentlich sperriger als Türkei-Deutscher oder Libanon-Deutsche klingt. Hier liegt es auch an Signalen aus der autochthonen Gesellschaft, die Öffnung der Begrifflichkeit für ein „Deutschsein“ zu ermöglichen, dass multiple Zuschreibungsmomente normalisiert. Vor allem muss der Moment der Bindung zur (neuen) Heimat erleichtert und beidseitig internalisiert werden – er muss irgendwann authentisch werden. Es ist an der Zeit, eine Bezeichnungspraxis zu etablieren, welche die hybride Alltagsrealität nicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch eines immer größer werdenden Teils der globalisierten deutsch-deutschen Bevölkerung erfasst.

¹¹ Vgl. Michael Walzer, *Über Toleranz: Über die Zivilisierung der Differenz*, Hamburg 1998, S. 131 ff.

Wer sind die Neuen Deutschen?

Die Bezeichnung „Neue Deutsche“ könnte in diesem Kontext zunächst einmal als Beschreibungsangebot dienen für jene Menschen, die über eine deutsche Staatsbürgerschaft und einen Migrationshintergrund verfügen.¹² So liest man immer wieder in Interviews mit postmigrantischen Künstlern diese lapidar formulierte Selbstbeschreibung: „Wir sind nicht mehr die Türken, die Araber, die Afrikaner, die unsere Eltern vielleicht waren. Wir sind die neuen Deutschen.“¹³ Songs von postmigrantischen deutschen Rappern verweisen auf die Dilemmata, aber vor allem die Ressourcen der mehrkulturell orientierten Jugendlichen und ihr innovatives Potenzial für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft.¹⁴ Sie heben damit das emanzipatorische Moment der hybriden Lebensführung einer Generation hervor, die mit ihren eigenen Selbstentwürfen der Gesellschaft längst vorlebt, was die Öffentlichkeit noch diskutiert. Aber auch für den Fußball scheint die Bezeichnung „Neue Deutsche“ zu greifen. Ebenso ist er bereits in einigen Blogs zu finden.¹⁵

Das zentrale Dilemma des Begriffes ist jedoch, dass er, wenn er nur für Menschen mit Migrationshintergrund etabliert oder mit Zuwanderung assoziiert wird, selbst wiederum eine Differenzmarkierung vornimmt, weil er die diskursive Trennungslinie zwischen multiethnischen und monoethnischen Bürgern Deutschlands reproduziert. Weiterhin macht er einen Unterschied zwischen jenen Einwohnern mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass haben, und jenen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen.

Unvermeidlich ist bei der Nennung des Begriffs „Neue Deutsche“ auch die Frage danach, wer die „alten“ Deutschen seien. In Anlehnung an die Untersuchungen des IKG könnte hier der Begriff der „alteingesessenen Deutschen“, die für sich Etabliertenvorrechte reklamieren, aufgegriffen werden: „Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen gleich wel-

cher Herkunft beanspruchten Vorrangstellungen, die gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.“¹⁶ Trotzdem erscheint die Trennung in „neue“ versus „alte“ Deutsche entlang ethnischer oder kultureller Markierungen oder dem Kriterium der Zuwanderung kulturalisierend. Man könnte die ethnische Differenzmarkierung des Begriffes auch entschärfen, indem die Bezeichnung „Neue Deutsche“ für jene Generation herangezogen wird, die vorrangig nach dem Mauerfall im wiedervereinten Deutschland sozialisiert wurde. Die „Neuen Deutschen“ wären demnach eine neue Generation von Deutschen.¹⁷ Dann jedoch würde eine Grenzmarkierung zwischen jung und alt gesetzt, was auch eine Verkürzung wäre.

Denkbar wäre es daher, die „Neuen Deutschen“ einer Ideenwelt zuzuordnen – einer Betrachtungsweise, die mit einem neuen Blickwinkel einhergeht: Deutschland als Einwanderungsland, *global player*, politisch normativer Friedensakteur. Das postmoderne Deutschland als plurales, multiethnisches, vielfältiges Bürgerland. In diesem Sinne wären die „Neuen Deutschen“ die Bürger eines hybriden, neuen Deutschland, das es in seiner heterogenen Komposition schon längst gibt. Die Trennlinie würde entlang einer Haltung und Einstellung verlaufen. Hier wäre der Begriff in einer gesellschaftspolitischen Arena eingebettet und könnte als ein postmodernes Konstrukt verstanden werden, um Identitätsbildungsprozesse als prinzipielle Inklusionsprozesse zu verstehen. Er könnte verdeutlichen, dass die ehemals ethno-kulturellen Zuschreibungskriterien für „deutsch“ nicht die reale Bevölkerungsstruktur und Zusammensetzung des Landes widerspiegeln, sondern auf essenzialisierenden Konstruktionen von Kultur, Nation und Ethnie beruhen. Damit wären noch immer nicht die strukturellen Probleme eines postmodernen Einwanderungslandes gelöst. Es wird weiterhin Bildungsproblematik, Sozialtransfers und Kriminalität in Deutschland geben. Nur wenn die Zugehö-

¹² Vgl. Tanja Wunderlich, *Die neuen Deutschen – Subjektive Dimensionen des Einbürgerungsprozesses*, Stuttgart 2005.

¹³ So Rapper Harris in einem Interview mit dem Stern am 8.10.2010.

¹⁴ Vgl. Sammy de Luxe mit „Dis wo ich herkomm“ oder Blumio mit „Hey Mr. Nazi“.

¹⁵ Vgl. <http://dieneuendeutschen.wordpress.com/> (21.10.2010).

¹⁶ www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/einstellungen.html (21.10.2010). Diese Bezeichnung trifft auf etwa 53 Prozent der „alten“ Deutschen zumindest hinsichtlich der Einstellung zu, dass bei der Verteilung von Gütern – finanzieller und ideeller Natur – den Neuhinzugezogenen weniger zustehe, als jenen, die schon länger hier sind.

¹⁷ Vgl. Alexander Smoltczyk, *Moral: Die neuen Deutschen*, in: Spiegel online, 23.8.2010, online: www.spiegel.de/spiegel/a-713293.html (20.10.2010).

rigkeit nicht mehr in Frage steht, können diese Probleme in Abhängigkeit von Sozialstrukturen diskutiert werden und nicht in Verbindung mit der ethnischen oder kulturalisierenden Frage nach deutsch oder nicht-deutsch? „Wenn jemand ‚dazugehört‘, kann dieser Jemand übrigens durchaus Probleme bereiten. Auch die Insassen der Strafanstalten, jedweder Konfession, gehören zu Deutschland, die Junkies gehören zu Deutschland, die Bettler, die Buddhisten, die Millionäre und die Stripperinnen. Angela Merkel ist auch die Kanzlerin der Alkoholiker, der Exhibitionisten und der Bettnässer, oder wollen wir die alle ausbürgern? Will allen Ernstes irgendwer Leute mit deutschem Pass zu Deutschen zweiter Klasse erklären, nur, weil sie die falsche Religion haben?“¹⁸

Die Idee, Deutschland neu zu denken, ist weder häretisch, noch führt sie dazu, dass das Land sich abschafft. Vielmehr reiht sich dieser Gedanke in vielfältige Visionen ein, die mit der Idee Deutschlands einhergehen: Deutschland war im kühnsten Moment seiner Entstehung eine politische Vision, eine politisch weltoffene Idee, die nicht an ethnische Herkunft und Exklusivität gebunden war. In der Debatte über Grundrechte in der Frankfurter Paulskirchenverfassung erklärte der Berliner Abgeordnete Wilhelm Jordan: „Jeder ist ein Deutscher, der auf dem deutschen Gebiet wohnt (...) die Nationalität ist nicht mehr bestimmt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat. Das Wort ‚Deutschland‘ wird fortan ein politischer Begriff.“¹⁹ Die nationale Identität basierte nicht auf ethnischen oder kulturellen Merkmalen. Wie in Preußen auch, galt ein territorialer Bezugsrahmen: Die legitimen Einwohner Preußens waren deutsch-, polnisch-, litauisch-, sorbisch- oder französischsprachig. Es gab weder eine ethnische Konstruktion von Zugehörigkeit noch eine sprachliche Einheit, obwohl August Wilhelm von Schlegel und Johann Gottlieb Fichte den Versuch unternommen hatten, die Sprache als Kategorie natürlicher geistiger Vergemeinschaftung zu etablieren.²⁰ Auch Jo-

¹⁸ Ironisch, aber treffend: Harald Martenstein, Länder verändern sich, in: Der Tagesspiegel vom 17.10.2010.

¹⁹ Franz Wigard, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Frankfurt/M. 1848/1849, S. 737.

²⁰ Vgl. Stefan Reiss, Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ oder „Vom Ich zum Wir“, Berlin 2006, S. 124.

hann Gottfried Herder sah in der gemeinsamen Sprache die Möglichkeit, eine Gemeinschaft zu konstituieren, die der deutschen Nation eine Existenz jenseits der Schaffung eines staatlichen Rahmens ermöglichen sollte. Die deutsche Gemeinschaftsbildung sollte über eine gemeinsame Kultur erfolgen. Dieser Gedanke war zwar kulturell exklusiv, erlaubte aber eine über die Staatengrenze hinausgehende identitäre Verbundenheit mit späteren deutschsprachigen Nationen. Dennoch: Die Suche nach dem, was letztlich das Deutschsein definierte, kulminierte in rassistischen und genetischen Definitionen und erschwerte somit den Zugang zu dieser Frage nachhaltig.

Die nicht zu greifende „deutsche Leitkultur“ wird in Zeiten der gesellschaftlichen Verunsicherung durch Finanzkrise, Arbeitsplatzverlust und demografischen Wandel immer häufiger herbeigesehnt, das wenigstens eine identitäre Konstante darstellen könnte – als letzte vermeintlich stabile Ressource. Leider lässt sie sich in ihrer fundamentalen „Luftigkeit“ nur greifen anhand der Markierung jener, die scheinbar *nicht* dazugehören. Wenn heutzutage schon Homo-Ehe und Patchwork-Familien in die deutsche Leitkultur integriert werden müssen, dann bitte nicht noch den Islam.

Neues Deutschland

Der längst eingetretene identitäre Wandel ist eine alltägliche Banalität, in Zahlen messbar und für die Zukunft prognostizierbar. Auch wenn sich im Moment ein Großteil der Deutschen die Zeit vor dem Anwerbeabkommen mit der Türkei im Jahr 1961 herbeizusehnen scheint, so wird das nicht passieren. Abgesehen davon, dass für den anderen Großteil diese Zeit nicht das „goldene Zeitalter“ (Thilo Sarrazin) darstellt, sondern ein vermiefertes, biedereres, geschlossenes, schlechtgelauntes und getrenntes Deutschland. Im heutigen Deutschland umarmen sich sogar die Männer zur Begrüßung, während sie ihren eigenen Vätern immer noch nur steif die Hand reichen, man sitzt abends draußen auf der Straße, trinkt und ist laut – gerne auch bis in den November hinein. Die herkunftsdeutschen Kinder heißen nicht nur Sophie, Karl und Heinrich, sondern auch Mandy, Kevin, Ramona und Guido, ab und zu auch Leila, Tarek oder Minou.²¹

²¹ Vgl. Axel Hacke/Giovanni di Lorenzo, Wofür stehst Du? Was in unserem Leben wichtig ist, Köln 2001.

Dennoch richtet sich das Orientierungswissen in einigen Teilen der Gesellschaft weniger an dieser Realität als an einer homogenen Fiktionalität aus, die weder das gegenwärtige noch das vergangene Deutschland widerspiegelt, welches immer heterogen war – abgesehen von einer kurzen Periode homogener Struktur, die für die Kernverfasstheit des politischen Diskurses maßgebliche Relevanz zu haben scheint. Deutschlands Sehnsucht nach Homogenität muss dabei aus seiner Eigenart als postfaschistischer Gesellschaft heraus verstanden werden: „Wir sind aufgewachsen in einer Bundesrepublik, die so rein deutsch war wie noch nie irgendein Deutschland in der deutschen Geschichte. (...) Dieses Erbe der Nazis hielten wir für normal. Halten viele von uns noch immer für normal. Es war aber nichts anderes als das Resultat einer gewalttätigen ethnischen Säuberung.“¹² Das Verhältnis der autochthonen Deutschen zu ihrer Nationalität rührt nicht nur aus dieser traumatischen Vergangenheit – es rührt zum Teil auch aus der Fremdzuschreibung, die Deutschland in Folge dessen seit Jahrzehnten entgegenschwappt: Deutschland galt als effektiv, aggressiv, kognitiv. Deutschsein war uncool.

Obwohl Deutschland in seiner Politik in den vergangenen Jahrzehnten, im Kontext europäischer Vergleichsnationen wie Frankreich, Polen oder Belgien, weniger populistisch, im Vergleich zu Großbritannien oder Italien friedensbewegter, im Vergleich zu allen genannten ökologischer und selbstkritischer war, schaffte es den Imagewechsel vor allem durch das weltweit ausstrahlende Bild des vielfältigen, unkonventionellen Berlins und durch die beiden Fußball-Weltmeisterschaften 2006 und 2010. Es wurde als weltoffen wahrgenommen, als „lebenswerter und liebenswerter“, wie es Bundespräsident Christian Wulff in seiner Antrittsrede am 3. Oktober 2010 in Bremen formulierte. Auch Menschen wie Mesut Özil, Philipp Rösler oder Sibel Kekilli verkörpern nun das neue Gesicht Deutschlands. Umso verwunderlicher ist die Ablehnung, mit der ein Teil der Republik auf das neue Bild Deutschlands reagiert, als ob man sich von dem Bild des *ugly old German* nicht trennen mag.

Seitdem die „Sarrazin-Debatte“ offensichtliche Exklusionsmechanismen zu Tage för-

¹² Arno Widmann in: Frankfurter Rundschau (FR) vom 5. 2. 2010.

derte, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein vertreten werden, sind auch überraschend klare Selbstverteidigungsreaktionen bei Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Aus den multiplen Wir-Identitäten, welche die Zugehörigkeitskontexte dieser Menschen mitbestimmen, artikuliert sich immer häufiger der Gedanke einer neuen deutschen Identität *in-between*. Offen wird eine Stimmung verhandelt, in der trotzig ein „Wir gehören dazu“ und „Das ist auch unser Land“ artikuliert wird. Als hätte ein Moment der Angst um den Verlust der Heimat das Bewusstsein geschaffen, dass man ein postmodernes Bekenntnis artikulieren möchte. In dieses Bekenntnis reihen sich auch jene Herkunftsideutschen ein, für die die Debatte die Frage aufwirft, mit wem man sich selbst in seinem Land eher assoziiert, und mit wem man eine vergleichbare Ideenwelt oder aber eine Vorstellung von Zukunft teilt. Eine parodierende Variante dessen lautete in den 1980er Jahren: „Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein.“ Geändert hat sich seitdem, dass diese „Ausländer“ zu einem wesentlichen Bestandteil Deutschlands geworden sind. Dabei bedeutet die Idee, sich Deutschland ohne Multikulturalität nicht mehr vorstellen zu wollen, keineswegs, dass man religiösem Extremismus nicht aktiv entgegenrät – nein: man tritt ihm nur gemeinsam entgegen – genauso wie dem Rechtspopulismus.

Deutschland ist nach der „Sarrazin-Debatte“ ein gespaltenes Land. Aber die Trennlinie verläuft nur oberflächlich zwischen „den Muslimen“ und „dem Rest“ und nur temporär zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und jenen ohne. Die Trennlinie verläuft zwischen den „alten“ und den „neuen“ Deutschen und ihrer jeweiligen Vision von der Zukunft ihres Landes. Es sind zwei unterschiedliche Vorstellungen von Deutschland, die hier aufeinanderprallen. Das neue Deutschland wird sich in der Zukunft nicht mehr durch Herkunft, Genetik und Abstammungsstrukturen definieren können – dies erlaubt schon der demografische Wandel nicht mehr. Es wird sich trotzdem nicht abschaffen – es wird nur ethnisch und kulturell vielfältiger sein. Und Deutschsein gilt dann als Chiffre für die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Land.

Integrationsrealität und Integrationsdiskurs

Der „Sarrazin-Effekt“ in Deutschland 2010 ähnelte dem „Pim-Fortuyn-Schock“ in den Niederlanden 2002. In beiden Fäl-

Dietrich Thränhardt
Dr. rer. soc., geb. 1941; Prof. em.
an der Universität Münster,
Institut für Politikwissenschaft,
Platz der Weißen Rose,
48151 Münster.
thranha@uni-muenster.de

len war die Lage im Land stabil und die Wirtschaftsentwicklung besser als in den Nachbarländern. Auch im Umgang mit Einwanderern schien Grund zum Optimismus zu bestehen. Ein Integrationskonsens hatte sich entwickelt, in den alle Parteien und gesellschaftlichen Gruppen eingebunden waren. Plötzlich aber schwenkte der Diskurs um. Die Thesen Pim Fortuyns im Jahr 2002 und Thilo Sarrazins im Jahr 2010 gerieten zur Sensation, alle Medien beschäftigten sich in großem Stil damit. Wie in den Niederlanden 2002 schien es auch in Deutschland ab August 2010 kein anderes Thema mehr zu geben. „Bild“ und „Spiegel“ starteten in nie dagewesener Gleichzeitigkeit mit Sarrazin-Vorabdrucken und hielten das Thema über Wochen in den Schlagzeilen. Andere Medien zogen mit, wenn auch eher kritisch, und auch eine Talkshow nach der anderen beschäftigte sich mit Sarrazins Provokationen. Beide Autoren verletzten gezielt die Spielregeln der demokratischen Debatte, wie sie nach 1945 beachtet worden waren. Sie bezweifelten grundsätzlich die Gleichheit aller Menschen und insbesondere die Fähigkeit von Muslimen, produktive Mitglieder einer modernen Gesellschaft zu werden. Die von allen Seiten hereinbrechende Kritik verstärkte den Sensationscharakter der Aussagen und schmückte beide mit der Märtyrer-Aura des mutigen Tabubrechers. Sarrazin klagte, er werde einem Schauprozess ausgesetzt. Nachweise sachlicher Unrichtigkeiten und Widersprüche gingen angesichts dieses Sensationalismus unter.

Wie sind die plötzlichen Brüche zu erklären? Wieso schwelgten die Niederlande zuerst im Multikulturalismus? Warum gilt der Begriff dort heute als diskreditiert? Wieso

ist nach den vielen Berichten über „nachholende Integration“ in Deutschland nun ständig die Rede von „Integrationsunwilligkeit“? Wieso wurden die bunt gemischten Fußballteams in Deutschland, Holland und auch in Frankreich bei ihren internationalen Erfolgen bejubelt und kurz darauf vergessen? Und was kann Deutschland aus der achtjährigen Xenophobie-Erfahrung in den Niederlanden lernen?

Multikulturalismus war seit den Reformen von 1979/80 Gegenstand niederländischen Stolzes und deutscher Bewunderung. Noch 1995 beschrieb die niederländische Regierung ihre Integrationspolitik als Vorbild für ganz Europa. Nach den Brandanschlägen von Solingen 1993 startete ein niederländischer Diskjockey eine Postkartenaktion, in der 1,2 Millionen Niederländer dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl eine Postkarte mit dem Text „Ich bin wütend“ schickten – im Vollgefühl moralischer Überlegenheit über das Nachbarland.

Die Niederlande definierten sich als „multikulturelles“ Land und planten eine Politik der Toleranz und der Legitimität von Unterschieden. Volle und gleichberechtigte Partizipation, Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation, Angleichung des Rechtsstatus von Ausländern und Verhinderung von Diskriminierung wurden offizielle Ziele. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer 1986 geriet zu einer Demonstration der Öffnung, als der christdemokratische Ministerpräsident Ruud Lubbers Moscheen und Hinduvereine besuchte. 1985 wurde die Einbürgerung vereinfacht, in den Jahren zwischen 1992 und 1997 prinzipiell die mehrfache Staatsangehörigkeit zugelassen. In dieser Phase übertrafen die Niederlande mit ihren hohen Einbürgerungsraten alle anderen europäischen Länder. Die Parteien bemühten sich um Kandidaten mit Migrationshintergrund, und nach einigen Jahren hatten nicht nur die linken Parteien, sondern auch die Konservativen und Liberalen auf allen Ebenen allochthone Mandatsträger in ihren Reihen. Migrantorganisationen wurden finanziell unterstützt und islamische und hinduistische Riten und Institutionen vom Staat anerkannt.

Nach der Jahrtausendwende schlug die Euphorie in ebenso radikalen Pessimismus um. Pim Fortuyn veränderte im Jahr 2002 mit

seinem Konglomerat aus islamophoben, politisch inkorrekten und unterhaltsamen Versatzstücken das politische Klima radikal. Er sprach sich gegen den Gleichberechtigungsartikel in der Verfassung und jegliche weitere Einwanderung von Muslimen aus. Er gerierte sich als Stimme des Volkes gegen das Establishment, gegen eine „linke Kirche“ von Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten und ihre politisch korrekte Haltung, die es der normalen Bevölkerung unmöglich gemacht habe, frei und offen ihre wirkliche Meinung zu äußern. Er war alles, was niederländische Politiker nicht sind: sensationell, unkonventionell, widersprüchlich, schrill, er zelebrierte seinen Reichtum in exzentrischer Weise – eine ständige postmoderne Mediensensation.

Obwohl die „Liste Pim Fortuyn“ als Partei nach der Ermordung Fortuyns durch einen Tierschutzaktivisten schnell scheiterte, blieben seine Themen erfolgreich. Nach der Ermordung Theo van Goghs, der den Islam mit seinem Film *Submission* angegriffen hatte, erreichte die Islamophobie 2004 einen Höhepunkt. Dutzende von Moscheen wurden angegriffen, einige Tage später folgten Angriffe auf christliche Kirchen. Seitdem ist die Debatte um den Islam und seine Vereinbarkeit mit Aufklärung und Moderne ständiges Thema in den Niederlanden. Ein populistischer Wahlerfolg folgt auf den anderen. Nach Fortuyns Ermordung hatte zunächst Rita Verdonk von der rechtsliberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* viel Erfolg bei den Wählern. Sie führte als Ministerin zwischen 2003 und 2006 die restriktivste Gesetzgebung zu Immigration und Integration in Europa ein. 2010 errang Geert Wilders mit einer antiislamischen Kampagne einen spektakulären Wahlsieg mit 24 von 150 Mandaten, im September 2010 sahen Umfragen ihn als stärkste politische Kraft. Analysiert man den radikalen Umschlag des politischen Klimas, so lassen sich vier Momente identifizieren:

Die multikulturelle Politik hatte keine ökonomische Basis. Während des Übergangs zum Multikulturalismus gab es gleichzeitig große Entlassungswellen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise um 1980. Um die schweren Einbrüche im Beschäftigungssystem nach der zweiten Ölkrise 1979/80 abzufedern, wurden viele Niederländer und besonders viele Migranten in die Arbeitsun-

fähigkeitsrente (WAO) abgeschoben – eine komfortable Lösung für Arbeitgeber und Entlassene, welche die Migranten aber als Gruppe mit dem Odium der wirtschaftlichen Untätigkeit belegte. Mit sinkender Verankerung in der Arbeitswelt sank auch die Verankerung in der Gesellschaft. Ergebnis waren große wirtschaftliche und soziale Diskrepanzen zwischen einheimischen und „nicht-westlichen“ Einwohnern. Während im Jahr 1983 die Arbeitslosenquoten der Zielgruppen der Minderheitenpolitik zwei- bis dreimal so hoch wie die der einheimischen Niederländer gewesen war, lag sie Anfang der 1990er Jahre bis zu fünfmal höher.

Von Anfang an hatte die niederländische Variante des Multikulturalismus stark die Unterschiedlichkeit betont – im Gegensatz etwa zum integrativen Multikulturalismusverständnis in Kanada. In den Konzeptionen war von „Identitätsgruppen“ und „Identitätsbelebung“ die Rede, und der Staat unterstützte einheitliche kulturelle Zusammenhänge der Einwanderungsgruppen auf der Basis der Herkunft. Der niederländische Migrationswissenschaftler Jan Rath kritisierte diese Politik schon 1991 als „Minorisierung“, also als Festlegung der Einwanderer auf ihre kulturelle Unterschiedlichkeit.

In der niederländischen Politik breitete sich Spannungslosigkeit aus. Im Jahr 2002 regierte seit acht Jahren eine Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalkonservativen, damit schwand die traditionelle Rechts-Links-Spannung in der Politik. 2002 trat zudem die Regierung zurück, nachdem eine Kommission die Mitverantwortung der Niederlande für das Massaker von Srebrenica festgestellt hatte.

Schon seit 1991 war die Legitimität bestimmter Einwandergruppen infrage gestellt worden. In diesem Jahr erklärte der liberale Fraktionsvorsitzende und spätere EU-Kommissar Frits Bolkestein, westliche und islamische Werte seien unvereinbar. Er forderte, die Minderheiten sollten sich stärker in die niederländische Lebensweise einfügen.¹ Damit begann eine Reihe von Elite-Diskursen, die den Islam als gefährlich, andersartig und nicht integrationsfähig definierten. In einer

¹ Vgl. Frits Bolkestein, Address to the Liberal International Conference at Luzern, Den Haag 1991.

internationalen Umfrage wurde 1995 in den Niederlanden weniger Unterstützung für eine Politik des Multikulturalismus festgestellt als in Deutschland. Die Aussage, der Staat müsse Minderheiten helfen, ihre eigenen Sitten und Gebräuche zu erhalten, befürworteten die Niederländer nur mit 20 Prozent, die Deutschen dagegen mit 41 Prozent. Auch die Frage, ob Minderheiten ihre eigenen Sitten und Gebräuche erhalten oder ob sie sich anpassen und in der Mehrheitsgesellschaft aufgehen sollten, ergab in den Niederlanden mit 71 Prozent eine größere Präferenz für die Assimilation gegenüber 48 Prozent in Deutschland.[¶]

Der deutsche Blick auf die Niederlande

Die Deutschen reagierten auf die Gewaltereignisse in den Niederlanden betroffen. „Holland ist überall“, kommentierte der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz die Ermordung Theo van Goghs.[¶] Die deutsche Politik begann sich mit dem Islam zu beschäftigen und Gespräche mit seinen Vertretern zu institutionalisieren – eine teilweise Abkehr von der traditionellen Haltung, die religiöse Betreuung weitgehend der Türkischen Anstalt für Religion (Ditib) und damit faktisch dem türkischen Staat (Diyaret) zu überantworten. Nach dem Vorbild Ayaan Hirsi Ali in den Niederlanden meldeten sich auch in Deutschland Islamkritikerinnen mit Migrationshintergrund zu Wort. Die Unterdrückung von Frauen in muslimischen Familien wurde ein ständiges öffentliches Thema, und das Stereotyp der unterdrückten Kopftuch-Frau breitete sich in den Medien aus. Allerdings war der antiislamische Diskurs in Deutschland lange Zeit weniger prominent und weniger radikal als in den Niederlanden. Seit 2003 wurden die Niederlande europaweit zum Vorbild für eine systematische staatliche Integrationspolitik, mit verbindlichen Integrationskursen, Einbürgerungstests, Sprachtests vor der Familienzusammenführung und Anhebung des Mindestheiratsalters für nachziehende Migranten. Deutschland vollzog einen Teil dieser Maßnahmen nach, ging dabei aber weniger radikal vor. Per saldo wurden beide Länder von Einwanderungs- zu Auswanderungsländern.

¶ Vgl. Anita Böcker/Dietrich Thränhardt, Erfolge und Misserfolge der Integration. Deutschland und die Niederlande im Vergleich, in: APuZ, (2003) 26, S. 6.

¶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 11. 2004.

Eine Konstante blieb die deutsche Bewunderung für die niederländische Politik. Noch ein Jahr vor der großen Krise dort bezeichnete die Süsmuth-Kommission 2001 die niederländische Integrationspolitik als vorbildlich. Ganz anders die Rezeption in den Niederlanden: Dort wurde zum ersten Mal der „deutsche Ansatz“[¶] als mögliches Vorbild entdeckt: Warum gab es in Deutschland mehr Arbeitsbeteiligung der Migranten, weniger Abhängigkeit von Sozialkassen, weniger Segregation in den Städten, weniger Diskrepanzen bei den Bildungsabschlüssen? In Deutschland dagegen wurden die vergleichsweise positiven Daten kaum rezipiert. Stattdessen waren die Krisen in den Niederlanden und später die Unruhen in den französischen Vorstädten immer wieder Anlass zu der bänglichen Frage, ob dergleichen auch in Deutschland geschehen könne.

Die Vergleichsuntersuchungen bekamen in Deutschland wenig Publizität. 1998 wiesen die Nürnberger Arbeitsmarktforscherin Melanie Kiehl und der Arbeitsmarktforscher Heinz Werner erstmals darauf hin, dass die Diskrepanzen zwischen Einheimischen und Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt in den Niederlanden beträchtlich größer seien als in Deutschland.[¶] Nach der Jahrhundertwende erschienen weitere Studien, in denen institutionelle Kontexte und ihre Effekte auf die Integrationsqualität in unterschiedlichen Ländern verglichen wurden. 2004 wurde in einer vergleichenden Untersuchung zur zweiten türkeistämmigen Generation in sieben europäischen Ländern festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit unter türkeistämmigen Jugendlichen in Deutschland, der Schweiz und Österreich – Länder mit einem dualen Ausbildungssystem – drei bis vier Mal niedriger war als in Frankreich, Belgien und den Niederlanden.[¶] Daraus wurde geschlossen, dass allgemeine Regelungen und Politiken die Bildungs- und Arbeitsmarktlage von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr viel stärker beeinflussen als Sonderprogramme.

¶ A. Böcker/D. Thränhardt (Anm. 2).

¶ Vgl. Melanie Kiehl/Heinz Werner, Die Arbeitsmarktsituation von EU-Bürgern und Angehörigen von Drittstaaten in der EU, in: IAB-Werkstattberichte, Nr. 7 vom 30. 7. 1998.

¶ Vgl. Maurice Crul/Hans Vermeulen, The Second Generation in Europe. International Migration Review, Special Issue, New York 2004.

Diskurs und Realität in Deutschland

In Deutschland waren Anwerbung und Einwanderung von Anfang an von einer Diskrepanz bestimmt: *emenseits* bestimmt von der wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung mit den einheimischen Arbeitnehmern, also gleichen Löhnen, gleichen Rechten in den Sozialversicherungen und seit 1972 auch dem aktiven und passiven Wahlrecht zu den Betriebsräten. Mit der zunehmenden Reglungsdichte der Europäischen Union und dem Assoziationsvertrag zwischen der EU und Türkei 1963 war all dies auch durch supranationales Recht abgesichert, was die deutsche Rechtsprechung mehr und mehr berücksichtigte. Die Migranten gehörten rasch zur „Kernarbeiterschaft“ der exportstarken deutschen Industrie und organisierten sich zu einem erheblichen Teil in den Gewerkschaften. Sie gingen hauptsächlich in die Wachstumsregionen Süd- und Westdeutschlands. *Andererseits* kam es lange Zeit nicht zu einer politischen Akzeptanz. Lange blieb der Mythos von der Rückkehr erhalten, die Einbürgerungsraten blieben niedrig und die Regierung Helmut Kohls setzte ein „Rückkehrförderungsgesetz“ durch, das 1984 Zehntausenden von türkischen Familien finanzielle Anreize bot, damit sie in ihr Heimatland zurückkehrten. Zwischen 1982 und 1998 betonte die Bundesregierung immer wieder, Deutschland sei „kein Einwanderungsland“, während gleichzeitig in den Jahren vor und nach der Wiedervereinigung große Einwanderungswellen ankamen: Aussiedler aus Polen, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion, Flüchtlinge aus der Türkei und dem zerfallenden Jugoslawien, nachziehende Familienangehörige und EU-Bürger. Dazu kamen die „Übersiedler“ nach dem Fall der Mauer. Die Zahl der „Ausländer“ verdoppelte sich in diesen Jahren auf sieben Millionen.

Im Gegensatz zur multikulturellen Euphorie in den Niederlanden war die Migration in Deutschland nach 1980 in vielfacher Weise negativ besetzt: Die Regierung Helmut Kohls kündigte 1982 die Lösung des „Ausländerproblems“ an. Seit 1991 stellte sie das Asylrecht in Frage, der damalige Kanzlerkandidat der SPD Oskar Lafontaine dagegen den Zuzug der Aussiedler. Die deutschen Medien schilderten Migranten und ihre Aufnahme in Deutschland immer wie-

der als Problem. Zwei frühe Filme waren Archetypen der Negativrezeption: Rainer Werner Fassbinders „Angst essen Seele auf“ beschrieb die Deutschen als grundsätzlich ausländerfeindlich und die Ausländer als Opfer, Tefvik Başers „40 qm Deutschland“ den randständigen türkischen Mann als Unterdrücker seiner Frau. Beide Negativklischees wurden unablässig wiederholt. Dass die reale Situation nicht nur negativ war, die Migranten von Jahr zu Jahr besser Deutsch sprachen, sich in deutschen Vereinen ebenso wie in eigenen Gruppen engagierten, in den Betrieben ebenso wie in der Freizeit immer mehr Kontakte zustande kamen und viele Einwanderer trotz Wahrung eigener Traditionen sich in der deutschen Lebenswirklichkeit immer mehr zu Hause fühlten, wurde zwar regelmäßig in empirischen Arbeiten dargestellt, in der Öffentlichkeit aber wenig rezipiert.

Seit dem Regierungswechsel 1998 existiert in Deutschland ein Konsens über die Notwendigkeit der Integration von Zuwanderern. Formuliert wurde dieser Konsens durch die Süßmuth-Kommission 2001 und die von der CDU eingesetzte Müller-Kommission. Das Geburtsrecht für Kinder von Ausländern, die seit acht Jahren in Deutschland leben, ist inzwischen grundsätzlich unbestritten. Die *Green Card*-Initiative zur Anwerbung von IT-Spezialisten verknüpfte Zuwanderung mit wirtschaftlicher Effizienz und setzte sich gegen Kritik („Kinder statt Inder“) durch. Schließlich kam es nach langen Auseinandersetzungen im Jahr 2005 zur Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes, das einen neuen einheitlichen Rechtsrahmen schuf, gleichzeitig aber dazu beitrug, die Zuwanderung still zu stellen. Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde der Zuzug von Spätaussiedlern und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion weitgehend gestoppt. Die Familienzusammenführung wurde mit der Einführung eines Sprachtests stark abgemremst. Die deutsche Visumpolitik, die seit der Skandalisierung der Visumserteilung in der Ukraine 2005 noch rigider geworden ist, macht es ausländischen Fachkräften und Studenten außerordentlich schwer, nach Deutschland zu kommen. Es ist symptomatisch für diese Situation, dass Harianto Wijaya, der erste angeworbene IT-Spezialist im Jahr 2000, sein Visum 2005 nicht verlängert be-

kam und heute ein erfolgreiches Unternehmen in Indonesien führt.

Neuer Schub des Pessimismus?

Obwohl es also seit 2006 keine relevante Zuwanderung mehr gibt, obwohl die Beschäftigungssituation sich günstig entwickelt, ist es auch in Deutschland zu einem neuen Schub des Integrationspessimismus gekommen. Wie in den Niederlanden lassen sich in Deutschland vier Momente identifizieren, welche die öffentliche Wahrnehmung beeinflussen:

Erosion der ökonomischen Basis. Während die „erste Generation“ der Migranten auf Grund der Anwerbung stabil in den Betrieben verankert war, ist es für die „zweite“ und „dritte“ Generation schwieriger, in der Wirtschaft Fuß zu fassen, trotz der Jahr für Jahr besser werdenden Schulabschlüsse und Sprachkenntnisse. Ein Grund dafür ist der Strukturwandel der Wirtschaft, am deutlichsten spürbar in der Deindustrialisierung in Berlin nach der Wiedervereinigung. Ein zweiter Grund sind die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die lange Zeit hoher Arbeitslosigkeit, die sich auf Gruppen mit weniger Netzwerkverbindungen besonders stark auswirkt. Während die Arbeitslosigkeit von Ausländern bis 1980 unter der von Deutschen lag, übertrifft sie heute um mehr als das Doppelte. Arbeitsverbote und Nachrangigkeitsklauseln behinderten nachziehende Familienangehörige und Asylbewerber. Seit 1994 nahm auch die Quote der Auszubildenden mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit Jahr für Jahr ab. Außerhalb der EU erworbene Qualifizierungen werden immer noch nicht anerkannt. Dies führt zu Phänomenen wie der aus Russland stammenden hochqualifizierten Mathematiklehrerin, die putzen geht, oder des Mikrobiologen, der Taxi fährt. Auf Grund restriktiver Regelungen sanken die Einbürgerungszahlen wieder ab, Deutschland liegt dabei im europäischen Vergleich weit hinten. Dies hat Auswirkungen auf Arbeit und Wirtschaft, da nach wie vor für Nicht-EU-Bürger rechtliche oder faktische Hindernisse bestehen, bestimmte qualifizierte Berufe zu ergreifen, beispielsweise sich als Arzt niederzulassen. Eingebürgerte werden besser akzeptiert und erreichen dementsprechend auch höhere Einkommen.

Die Integrationsdebatte ist kulturalisiert worden. „Sprache, Sprache, Sprache“ sei wichtig, hieß es bei der diesjährigen Vorstellung des bundesweiten Integrationsprogramms, das sich auf Bildung, Sprache und auf zivilgesellschaftliche Aktivierung einschließlich der Einbeziehung von Migrantenorganisationen beschränkt. Berufliche Aspekte werden nur am Rande berührt. In den vergangenen Jahren sind nach niederländischem Vorbild verpflichtende Integrationskurse eingeführt worden, die neben einem Sprachangebot Informationen zur deutschen Gesellschaft enthalten. Gleichzeitig ist eine Stufenleiter von Prüfungen aufgebaut worden, die Einwanderer zu durchlaufen haben: Sie beginnt mit dem Deutschtest, der vor der Erteilung eines Visums im Ausland absolviert werden muss, und den übrigen Bedingungen für die Visumserteilung. Ein zweiter Test ist nach dem obligatorischen Sprach- und Orientierungskurs in Deutschland abzulegen, ein dritter Prüfungskomplex umfasst einen Deutsch- und einen Landeskundetest als Bedingung für die Einbürgerung. Teilweise ergeben sich Wiederholungseffekte bei den Tests. Ergebnis ist eine empfindliche Verminderung der Einwanderungs- und Einbürgerungszahlen, verbunden mit einer sozialen Selektion und vor allem mit dem Ausschluss von Migranten mit wenig Bildungserfahrung.

Spannungslosigkeit in der Politik. Lange Zeit war die deutsche Asyl- und Migrationspolitik von einer Links-Rechts-Polemik geprägt. Seit dem Integrationskonsens von 2005 ist dies einer innenpolitischen Spannungslosigkeit auf diesem Feld gewichen, sowohl während der Großen Koalition in den Jahren zwischen 2005 und 2009 als auch danach. Gleichzeitig beschwor die offizielle Politik ständig die Integrationsdefizite der Migranten. Dies eröffnete unkonventionellen Polemikern ein freies Feld. Im öffentlichen Diskurs veränderte sich das Bild der Zugewanderten, das an „den Türken“ oder „den Muslimen“ festgemacht wird. War früher das Bild des hart arbeitenden Einwanderers in körperlich anstrengenden Berufen vorherrschend, so ist heute das Bild des abgeschottet lebenden Beziehers von Sozialleistungen verbreitet. Trotz der Anpassung der Migranten an die niedrigen deutschen Geburtenraten werden sie immer noch mit hohen Kinderzahlen in Verbindung gebracht.

Obwohl der Pluralismus zu den Grundlagen des bundesdeutschen Selbstverständnisses gehört und mit der Realität einer ausdifferenzierten Gesellschaft korrespondiert, verfestigte sich in Bezug auf die Migranten die Idee einer homogenen Gesellschaft, an die sich die Migranten anzupassen hätten. Als negativer Kampfbegriff entstand 1997 dazu der Begriff „Parallelgesellschaft“, die Vorstellung, insbesondere türkische beziehungsweise muslimische Migranten lebten in abgeschotteten kulturellen Welten. Zwar ist diese These⁷ in einer empirischen Untersuchung falsifiziert worden, und es wurde nachgewiesen, dass die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland in vielfältiger Weise gesellschaftlich vernetzt und integriert ist.⁸ In den Medien aber setzte eine intensive Berichterstattung über mangelnde Integration ein, die immer wieder mit sprechenden Beispielen untermauert wurde. Aufsehenerregende Fälle wie der Hilferuf der Lehrer an der Rütli-Schule in Berlin oder ein Raubüberfall zweier junger Migranten in München wurden in der Öffentlichkeit skandalisiert. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung wurde 2010 mit dem Buch Thilo Sarrazins („Deutschland schafft sich ab“) erreicht, der vor allem Berliner Beispiele anführt und diese verallgemeinert. Er präsentiert eine vielfach widersprüchliche Mischung aus biologistisch-eugenischen und kulturistisch-islamfeindlichen Thesen. Er blendet Aspekte aus, die nicht in den kulturpessimistischen Duktus des Buches passen, beispielsweise die wachsenden Schulerfolge ausländischer Kinder, die Abwanderung junger türkeistämmiger Akademiker oder die wirtschaftliche Dynamik der Türkei. Wie Pim Fortuyn, Ayaan Hirsi Ali und Geert Wilders definiert er den Islam als solchen als Integrationsproblem. Unter dem Druck dieses Diskurses nannte Bundesinnenminister Thomas de Maizière im September 2010 die griffige Zahl von 10 bis 15 Prozent „Integrationsunwilligen“. Für diesen Prozentsatz gibt es allerdings keine Belege,⁹ und es bleibt auch ungeklärt, was exakt gemeint ist. Gleichwohl forderten mehrere Politiker an-

⁷ Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller/Helmut Schröder, *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*, Frankfurt 1997.

⁸ Vgl. Martina Sauer/Dirk Halm, *Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger Einwanderer. Entwicklung der Lebenssituation 1999 bis 2008*, Essen 2009.

⁹ Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 10. 9. 2010.

schließend, Migranten auszuweisen, die sich nicht anpassen.

Perzeptionen und Realitäten

Deutschland steht heute in der Gefahr, ähnliche Fehler zu begehen wie die Niederlande in den 1970er und 1980er Jahren: sich nur auf das kulturelle Feld zu konzentrieren und nicht wahrzunehmen, dass sich Integration in erster Linie nicht mit staatlichen Sonderprogrammen gestalten lässt, sondern in Wirtschaft und Gesellschaft vollzieht. In einer Marktwirtschaft ist der effektive und gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt beziehungsweise zu selbstständiger Tätigkeit entscheidend für die Integration, da davon Status, Zugehörigkeit und soziale Kontakte abhängen. Wie früher in den Niederlanden schlägt absinkende Verankerung in der Arbeitswelt schließlich auch auf die öffentliche Wahrnehmung durch. Eine gute Integrationspolitik kann fördern, sie kann die sozio-ökonomische Integration aber nicht ersetzen. Vor allem die feste Verankerung in den Betrieben, Betriebsräten und Gewerkschaften und Erfolge im dualen Ausbildungssystem haben in Deutschland in den ersten Jahrzehnten zu einer vergleichsweise erfolgreichen wirtschaftlichen und sozialen Integration beigetragen. Mit der Schwächung dieser Verankerung durch Arbeitsverbote, Arbeitslosigkeit und die Aushöhlung des Tarifsystems wurde auch der Integrationserfolg gefährdet.

Schließlich wird klar, dass Perzeptionen und Realitäten in Bezug auf Migration und Integration sowohl in Deutschland wie in den Niederlanden in einem sehr lockeren Zusammenhang stehen – sowohl intern als auch im Vergleich. Die Niederlande feierten ihren Multikulturalismus gerade in den Jahren, in denen die wirtschaftliche Integration abstürzte. Als diese dann besser wurde, verbreitete sich in der Öffentlichkeit die Meinung, die Integration sei desaströs gescheitert. Deutschland hat seine erfolgreichen Integrationsansätze in den ersten Jahrzehnten weitgehend übersehen. Es steht heute in der Gefahr, bewährte Rezepte des „Modells Deutschland“ zu vergessen und sich auf Maßnahmen zu fokussieren, die wünschenswert, aber nicht entscheidend sind.

Bildungs- und Berufsbiografien erfolgreicher Transmigranten

Trotz immer wieder konstatierten Fachkräftemangels werden die Kompetenzen von hochqualifizierten Migrantinnen und

Hartmut M. Griese

Dr. phil. habil., geb. 1944;
Professor für Soziologie an der
Leibniz Universität Hannover;
Institut für Soziologie und
Sozialpsychologie, Schneider-
berg 50, 30167 Hannover.
h.griese@ish.uni-hannover.de

Isabel Sievers

Dr. phil., geb. 1976; Koordinatorin des interdisziplinären
Arbeits- und Forschungsbe-
reichs Interkulturelle Pädago-
gik (Interpäd) an der Leibniz
Universität Hannover;
Im Moore 11a, 30167 Hannover.
isabel.sievers@
interpaed.uni-hannover.de

Migranten in Deutschland häufig nicht anerkannt. Viele dieser Migranten denken über einen Umzug in das Land ihrer Vorfahren nach, in dem ihre Fertigkeiten ihnen eher eine Karriere ermöglichen. Sie wandern teilweise nicht „zurück“, sondern „aus“, denn die meisten sind in Deutschland geboren oder haben den Großteil ihres Lebens in Deutschland verbracht. Da sie weiterhin starke Bindungen nach Deutschland beibehalten und ihr Migrationsprozess durchaus noch nicht abgeschlossen ist, sprechen wir bei dieser Gruppe von hochqualifizierten Transmigrantinnen und Transmigranten.¹ Im Kontext von Globalisierungsprozessen sind diese bildungserfolgreichen Transmigranten mit ihren durch die doppelte oder mehrfache Migrationserfahrung erworbenen Kompetenzen ein Beispiel für mobiles Leben in verschiedenen Heimatorten. Sie verkörpern eine Gruppe, die in Zukunft zunehmen und immer intensiver umworben wird.

In der aktuellen bildungspolitischen Debatte in der Bundesrepublik Deutschland spielt die Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland eine wichtige Rolle. Sie be-

gann mit der *Greencard*-Initiative unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Jahr 2000 und leitete einen sogenannten Paradigmenwechsel in der deutschen Migrations- und Integrationspolitik ein, der im neuen Zuwanderungsgesetz von 2005 auch seinen juristischen Ausdruck fand. Im Mittelpunkt dieses Wandels, der überwiegend ökonomisch und demografisch motiviert war, stand und steht der „Kampf um die besten Köpfe“ im internationalen Wettbewerb, da in Deutschland bekanntermaßen der „Generationen-Vertrag“ brüchig zu werden scheint und junge und qualifizierte Einwanderer gebraucht werden, um im internationalen Standortwettbewerb nicht zurück zu fallen.

Ein Blick in die aktuellen Printmedien – exemplarisch sei auf die Süddeutsche Zeitung (SZ) verwiesen – belegt die angesprochene Situation: „Intelligente Zuwanderung“ lautet die Überschrift zum Leitartikel, in dem darauf hingewiesen wird, dass „ein kräftiges Plus an ‚gut ausgebildeten Gastarbeitern‘ der deutschen Wirtschaft ‚sehr nützlich sein‘ (werde)“ und dass „der Satz schon 42 Jahre alt ist“.² Am selben Tag ist dort ebenfalls zu lesen: „Ingenieure verzweifelt gesucht. Regierung streitet über Zuwanderung.“ Es wird aber auch gefordert, dass „der Nachwuchs in Deutschland zu fördern sei“ und dass die „Fachkräfte längst in Großbritannien, Frankreich und anderswo (sind)“, denn „Deutschland sei für ausländische Experten oft weniger attraktiv als andere Länder“. Gleichzeitig schlagen die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Christine Lüders und der Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen Guntram Schneider vor, anonymisierte Bewerbungen ohne Angabe von Namen, Alter und Herkunft zu erproben, um der Diskriminierung von Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt einen Riegel vorschieben zu können.³ Kurzum: Die (Problem-)Situation ist erkannt, aber (noch) nicht (politisch-juristisch) gebannt.

Der erwähnte Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik fand und findet sein Pendant in der deutschen Migrations- und Integrationsforschung. Er zeichnet sich

¹ Vgl. ausführlicher Isabel Sievers/Hartmut M. Griese/Rainer Schulte, *Bildungserfolgreiche Transmigranten. Eine Studie über deutsch-türkische Migrationsbiographien*, Frankfurt/M. 2010.

² SZ vom 3. 8. 2010.

³ Vgl. SZ vom 24. 8. 2010; Kölner Stadt-Anzeiger vom 23. 7. 2010.

dadurch aus, dass immer mehr Studien auf die Ressourcen, Potenziale und Kompetenzen der (Kinder und Enkel der) Einwanderer schauen, statt wie bisher die Probleme, Konflikte und Defizite dieser Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.¹⁴ Trotz der zunehmenden Zahl an Studien und Berichterstattungen scheinen aber dennoch viele Potenziale bei dieser Personengruppe brach zu liegen, wie zuletzt die Untersuchungen von Arnd-Michael Nohl et al. gezeigt haben.¹⁵ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) machte 2009 wiederum deutlich, dass die Arbeitsmarktsituation von Akademikerinnen und Akademikern „mit Migrationshintergrund“ im Vergleich zu solchen „ohne Migrationshintergrund“ in Deutschland mit einer Arbeitslosenquote von 12,5 Prozent zu 4,4 Prozent deutlich schlechter ausfällt.¹⁶

Seit der scheinbaren Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland im Sommer 2010 wird diese neue bildungs- und wirtschaftspolitische Debatte wieder öffentlich-politisch, weniger wissenschaftlich, geführt. Sie wurde durch die PISA-Studien (seit 2000) eingeleitet, da empirisch belegt und offensichtlich wurde, dass Deutschland im Vergleich zu ähnlich entwickelten Staaten in Bezug auf die Kompetenzen seiner jungen Menschen scheinbar hoffnungslos abgeschlagen ist. So wie der „Sputnik-Schock“ seinerzeit (1957) die Mobilisierung der Begabungsreserven durch eine Reform des Bildungssystems zur Folge hatte, versucht die Regierungspolitik derzeit, die Begabungsreserven durch Einwanderung zu rekrutieren – statt die enormen quantitativen und qualitativen Kapazitäten und Ressourcen der Kinder und Enkel der Einwanderer in Deutschland zu fördern, zumal die Zuwanderung Hochqualifizierter in diesem Jahrhundert wesentlich geringer ausfiel als erhofft und erwartet.

Auf der anderen Seite wurde vergessen, dass immer mehr Nachkommen der einstigen

¹⁴ Vgl. Hartmut M. Griese/Rainer Schulte/Isabel Sievers, „Wir denken deutsch und fühlen türkisch“. Sozio-kulturelle Kompetenzen von Studierenden mit Migrationshintergrund Türkei, Frankfurt/M. 2007.

¹⁵ Vgl. Arnd-Michael Nohl et al. (Hrsg.), Kulturelles Kapital in der Migration. Hochqualifizierte Einwanderer und Einwanderinnen auf dem Arbeitsmarkt, Wiesbaden 2010.

¹⁶ Vgl. OECD (Hrsg.), Nachkommen von Migranten: schlechtere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt auch bei gleichem Bildungsniveau, Paris–Berlin 2009.

„Gastarbeiter“ inzwischen den steinigen Weg einer Bildungskarriere über das Abitur bis zum Studium erfolgreich bewältigt haben und auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen. Neben den „Bildungsinländern“, die in Deutschland ihre Bildungsabschlüsse gemacht haben, gibt es weiter eine große Anzahl „Bildungsausländer“, vor allem aus Mittel- und Osteuropa, die nach ihrer Ausbildung zu uns kamen und kommen. Bei beiden Gruppen gibt es wiederum eine große Anzahl „Hochqualifizierter“, das heißt an Fachhochschulen oder Universitäten akademisch ausgebildete Fachkräfte. Das Potenzial und die Kompetenzen der ersten Gruppe werden nach wie vor zu gering (an)gefordert und in der Schule zu wenig gefördert; die Qualifikationen der zweiten Gruppe werden immer noch – aber da ist ein Wandel im Gange – selten, vor allem bei akademischen Abschlüssen aus Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), wie bei Lehrkräften und Ärzten, anerkannt.

Aus diesen Beobachtungen ergibt sich die Frage, ob eine gesellschaftliche Nichtakzeptanz migrationsbedingter Kompetenzen gegebenenfalls zu einer Abwanderung bestimmter Personengruppen und ihrer Fähigkeiten aus Deutschland führt, wie es Probanden in einer unserer ersten Studien¹⁷ vermehrt angedeutet haben. In diese Richtung gehen auch die Ergebnisse der Studie der Türkischen Akademiker und Studierenden in Deutschland (TASD), die deutlich macht, dass ein Teil der befragten türkeistämmigen Akademiker und Studierenden eine „Abwanderungsbereitschaft“ aus Deutschland zeigt (38 Prozent).¹⁸ Wir wollen anhand unserer aktuellen Untersuchung aufzeigen, warum in Deutschland ausgebildete hochqualifizierte Migranten das Land (eventuell vorübergehend) verlassen, ob beziehungsweise unter welchen Bedingungen an eine Rückkehr gedacht wird und welche Faktoren sonst noch Migration und Mobilität von türkisch-deutschen Transmigranten beeinflussen.

Die Studie richtet den Blick auf bildungs-erfolgreiche Migranten mit türkeistämmigem Migrationshintergrund, welche die gesamte Schulzeit oder aber den Großteil ihrer Schullaufbahn in Deutschland verbracht ha-

¹⁷ Vgl. H. M. Griese/R. Schulte/I. Sievers (Anm. 4).

¹⁸ Vgl. Kamuran Sezer/Nilgün Dağlar, Die Identifikation der TASD mit Deutschland, Krefeld–Dortmund 2009, S. 17f.

ben, hier das Abitur erreicht und ein Studium abgeschlossen haben. Trotz ihres Bildungserfolges hat sich für diese Hochqualifizierten eine Situation ergeben, die zu einer Auswanderung in das Land ihrer Vorfahren führte. Den Transmigrationsansatz⁹ haben wir auf die von uns untersuchte Gruppe angewendet, da es sich hier um doppelte (mehrfache) Migrationsprozesse handelt, und die Personen nach wie vor sehr enge Bindungen und Kontakte nach Deutschland haben und wünschen. Mit Hilfe qualitativer Interviews und schriftlicher E-Mail-Befragungen wurde in der explorativen Studie untersucht, welche Faktoren den Bildungserfolg dieser Personen beeinflussen haben. Zum anderen ging es um die Motive, Deutschland zu verlassen. Warum sehen die Personen in Deutschland für sich keine (berufliche) Zukunft? Über welche besonderen Kompetenzen verfügt diese Personengruppe aufgrund ihrer mehrfachen Migrationserfahrungen, und wo können sie diese nun einsetzen? Nahezu alle Probanden stammen aus klassischen „Gastarbeiterfamilien“. Der überwiegende Teil der Eltern lebt nach wie vor in Deutschland, und die Probanden sind ohne die Familie in die Türkei „zurück“ gegangen.

„Ich werde es Euch zeigen!“

Der Defizitorientierung bisheriger Forschungsansätze entsprechend, finden sich zahlreiche Ansätze und Untersuchungen zur Erklärung von Schulmisserfolg, die sich häufig auf sozialisatorische Faktoren stützen. Sie weisen auf Zusammenhänge zwischen schulischen Lern- oder Leistungsschwierigkeiten und einem sozio-ökonomischen und sozio-kulturell benachteiligenden Milieu hin.¹⁰ Aber diese Erklärungsansätze reichen bei der hier untersuchten Gruppe kaum aus, um ihren „Erfolg“ zu erklären, denn sie können nicht auf ein bildungsnahes Elternhaus zurückgreifen. Bei unserer explorativen Untersuchung konnte es allerdings auch nicht um die Feststellung objektiv gegebener Ressourcen für Bildungserfolg gehen, sondern nur darum, welche für einen Aufstieg förderli-

chen Bedingungen aus den Aussagen unserer Probanden rekonstruiert werden können.

Der Bildungsweg der Befragten ist in der Regel nicht geradlinig verlaufen. Es handelt sich häufig um „verschlungene Bildungspfade“¹¹ über verschiedenste Schulformen oder den zweiten Bildungsweg bis hin zum Studium oder zur Promotion. Bei diesen Probanden gab es häufig ein ausschlaggebendes Ereignis oder aber eine Schlüsselperson („Signifikante Andere“), welche die Probanden als Grund für ihren schulischen und akademischen Erfolg benennen. Diese können sein: ein Schulkamerad, eine Nachbarin oder ein Familienmitglied, das sie besonders unterstützt und motiviert hat. Oftmals haben aber auch Lehrkräfte die Bildungskarriere maßgeblich beeinflusst – positiv wie negativ: „Es gab in der Schule diesen einen Lehrer (...), und er hat mich in seinem Rahmen doch gefördert. Er schenkte mir Bücher, oder lieh mir Bücher aus, mit diesen Büchern habe ich nicht nur deutsch gelernt, sondern auch Bildung erfahren.“¹²

Es wurde aber auch deutlich, dass Lehrkräfte ihnen häufig weniger zugetraut haben und die Jugendlichen gegen deren Empfehlungen höhere Schulen besucht haben: „(...) auch wenn es so Kleinigkeiten gab, wo der Lehrer mir dann gesagt hat, möchtest du dir vielleicht eine andere Schule überlegen, möchtest du wirklich doch nicht etwas anderes machen (...). Und da hab ich gesagt, nein ich versuch es einfach!“ „Ich habe viel Zeit verloren, dank der Vorurteile.“ „Wir hatten eine Lehrerin, die meinte: „Ja, Herr A., warum sollen die Kinder denn studieren nach dem Gymnasium? Sie werden die Kinder doch sowieso irgendwie zurückziehen, das Mädchen wird heiraten, und der Sohn geht in die Türkei zurück.“

Bildungserfolgreiche Migranten haben sich hoch gekämpft. Nicht selten hat sie ihr Ehrgeiz, aber auch Trotz angetrieben, nach dem Motto: Ich werde es Euch zeigen! Auffällig ist insgesamt, dass auch wenn die primäre (familiäre) Sozialisation bei allen Probanden eher im türkischen (sprachlich-kulturellen) Kontext

⁹ Vgl. Ludger Pries, *Internationale Migration*, Bielefeld 2009.

¹⁰ Vgl. Isabel Sievers, *Individuelle Wahrnehmung, nationale Denkmuster. Einstellungen deutscher und französischer Lehrkräfte zu Heterogenität im Unterricht*, Frankfurt/M. 2009.

¹¹ Vgl. Erika Schulze/Eva-Maria Soja, *Verschlungene Bildungspfade*, in: Georg Auernheimer (Hrsg.), *Schief lagen im Bildungssystem*, Wiesbaden 2006.

¹² Zit. nach: I. Sievers/H.M. Griese/R. Schulte (Anm. 1), S. 92. Auch die folgenden Zitate finden sich in dieser Studie.

statt fand, die sekundäre und tertiäre Sozialisation (Schule und Universität) demgegenüber dominant war, was Kognition, Abstraktion und Reflexion, also soziale beziehungsweise professionelle Kompetenzen, betrifft. In sprachlich-kognitiver Hinsicht und in Bezug auf die Wissenschaftssprache und akademisches Denken überwiegen auch noch heute nach der Auswanderung in die Türkei deutsche Sprachkompetenzen gegenüber türkischen. Häufig können sie diese in ihren Arbeitsfeldern in der Türkei positiv nutzen.

Auswanderungsmotive und -gründe

Befragt nach dem Motiv, Deutschland zu verlassen, vermischen sich bei den Befragten rationale Überlegungen mit eher emotionalen Gründen. Unter die rationalen Aspekte fallen ökonomische Gründe beziehungsweise die Aussicht auf eine bessere Stelle oder bessere oder schnellere Aufstiegschancen in dem Zielland. So war die berufliche Perspektive in Deutschland – teilweise trotz Promotion – bei einzelnen Personen ungewiss. Hinzu kamen attraktive Stellenangebote in der Türkei. Stärker emotional geprägt sind Erläuterungen, die sich auf eine geringe Anerkennung ihrer Person und ihrer Kompetenzen in der deutschen Gesellschaft beziehen: „Ja es gab natürlich mehrere Gründe, zum einen (...), dass ich in Deutschland (...) auf längere Zeit hin doch immer der Fremde bleiben werde. Also die Anerkennung war nicht da, sie war unter Gleichen natürlich da, aber nicht in der Gesellschaft, also ich wollte einfach 100-prozentige Anerkennung.“ Andere Probanden schildern das Gefühl folgendermaßen: „Der ewige Ausländerstatus türkischer Migranten belastete mich sehr. Auch in Istanbul blieb ich Ausländerin, jedoch mit einem höheren Status als in Deutschland.“ „Ich habe immer gesagt, ich möchte als ein Staatsbürger erster Klasse leben, (...) das heißt ich möchte theoretisch auch Staatspräsident des Landes werden können. In der Türkei kann ich das, in Deutschland nicht. (...) Ich wollte jemand sein, der zur Elite gehört. In Deutschland ist das schwer zur Elite zu gehören, in der Türkei ist das nicht so.“

Die Beispiele zeigen, wie wichtig es den Befragten ist, dass ihre „Rückkehr“ nicht als Versagen ihres Migrationsprojektes gedeutet wird. Sie haben heute in der Türkei gute berufliche Positionen, in denen sie häufig ihre

besonderen interkulturellen Kompetenzen einsetzen können (wie in internationalen Unternehmen oder Institutionen, aber auch im universitären Bereich). Einzelne Probanden können sich aber durchaus vorstellen, wieder (für ein paar Jahre) nach Deutschland zu kommen, vorausgesetzt, dass sie (beruflich) voll anerkannt werden.

Die bildungserfolgreichen Migranten wurden damit konfrontiert, dass sie anders sind. Trotz Abitur und akademischen Status fühlen sie sich „exkludiert“, „nicht zugehörig“, also subjektiv nicht „integriert“. Das Hauptproblem im Themenkontext „Anerkennung“¹³ scheint das „öffentliche Bewusstsein“ zu sein. Nicht zuletzt entscheiden sich Fragen der „Exklusion“ oder „Inklusion“ beziehungsweise des „Dazugehörens“ (so haben wir 2007 „Integration“ kurz definiert) von Einwanderern durch den Bewusstseinsstand der Mehrheitsgesellschaft beziehungsweise über das (Nicht-)Vorhandensein einer „Willkommenskultur“ im Einwanderungsland.

Besonderheiten bildungserfolgreicher Transmigranten

Bei den bildungserfolgreichen Transmigranten ließen sich sogenannte transnationale Sozialräume¹⁴ feststellen, die über die jeweiligen Länder- oder Kulturgrenzen hinweg entstehen und aus vielfältigen Beziehungen und Vernetzungen (familiärer, sozialer, organisationaler oder ökonomischer Art) zwischen den Ländern bestehen, so wie es Ludgar Pries auch für Transmigranten im nordamerikanischen Raum feststellen konnte. Ihre Verankerung in mehreren Gesellschaften beeinflusst ihre Gruppenzugehörigkeit, ihre Selbstverortung und die Form der Kommunikation. Entscheidend für die Mobilität und Lebensweise dieser bildungserfolgreichen Transmigranten ist insbesondere ihre Stellung im Beruf. Sie definieren sich selbst eher über soziale als über kulturelle Dimensionen ihrer Persönlichkeit (Profession und Beruf beziehungsweise Mitglied der *scientific community*). Mit anderen Worten: Die soziale Rolle dominiert eindeutig über die (bi- oder trans-)kulturelle Rolle.

¹³ Siehe hierzu auch den Exkurs: Das Konzept „Anerkennung“ – der Kampf um Anerkennung, in I. Sievers/H. M. Griese/R. Schulte (Anm. 1).

¹⁴ Vgl. L. Pries (Anm. 9).

Diese bildungserfolgreichen Transmigranten stellen bisher gebräuchliche Grundlagen der Migrationssoziologie infrage. Ihre Biografien, Lebensprojekte und Einstellungen entsprechen weder einer Vorbereitung auf eine endgültige Rückkehr noch der Forderung einer vollständigen Assimilation in die Gesellschaft. Wir haben es also innerhalb dieser neuen Perspektive mit „sozialen Lagen jenseits und diesseits nationalstaatlicher Rahmungen, in ‚Zwischenräumen‘ und/oder in einer ‚gleichzeitigen‘ Zugehörigkeit zweier (oder mehrerer) Räume“ zu tun. Also mit Menschen, die „bi-national oder regional, in grenzüberschreitenden sozialen Räumen, Arbeitsmärkten und Organisationen, oder in der Weltgesellschaft“ agieren.¹⁵

Konzeptionelle Konsequenzen

Mit der „transnationalen Perspektive“ gelangen innovative Aspekte und neue Fragen in die Migrationsforschung: Gibt es eine transnationale Elite, die quasi raum- und regionübergreifend (inter)agiert, hochqualifizierte Transmigranten, die nationalstaatlich nicht zu verorten sind und deren Identität entsprechend transnational und transkulturell hybrid ist? Bildet diese neue Elite eine Art globale entgrenzte „Parallelgesellschaft“ und eine neue „Kultur der geographischen Mobilität“, oder fördert das Internet Transnationalisierungs- und Globalisierungsprozesse auch in Richtung der Bevölkerung insgesamt, vor allem der aktiven jungen Menschen? Wie können derlei transnationale und kulturübergreifende Migrations- und Mobilitätsprozesse theoretisch-analytisch erfasst und innerhalb der Interaktionen zwischen nationalen Räumen und innerhalb von transnationalen Räumen analysiert werden? Ulrich Beck postuliert in diesem Zusammenhang eine „kosmopolitische Soziologie“, einen „kosmopolitischen Blick“, der „die Prämissen und Dualismen einer nationalstaatlichen Soziologie – wie national und international, Wir und die Anderen – (...) reflektiert und auf diese Weise einen neuen soziologischen Blick (...) [beispielsweise auf Prozesse der Migration, Anm.d.V.] gewinnt“.¹⁶ Diese neue Perspek-

¹⁵ Ludger Pries, Transnationalisierung und soziale Ungleichheit, in: Peter Berger/Anja Weiß (Hrsg.), Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, Wiesbaden 2008, S. 8.

¹⁶ Ulrich Beck, Risikogesellschaft und die Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten, in: P. Berger/A. Weiß (Anm. 15), S. 19.

tive wirft einen Blick nach außen auf globale, internationale oder transkulturelle Prozesse und Organisationen, nach innen allein auf das (einzigartige) Individuum. „Wenn es richtig ist, dass sich in der Zweiten Moderne die Grenzen verwischen und vermischen, dann ist der Typus des ‚hochqualifizierten Transmigranten‘ die Verkörperung der sich vermischenden Grenzen zwischen Nationen und Staaten“ und kann zu einer „Avantgarde einer transnationalen Mobilität“ werden, die eine „kosmopolitische Existenzform“ erprobt.¹⁷

Gesellschafts- und migrationspolitische Konsequenzen

Migration wird weiterhin einen starken Einfluss auf die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft haben, und Transmigranten werden zukünftig, vor allem unter akademischen und qualifizierten Ausgebildeten, zunehmen. Auch unsere Ergebnisse zeigen, dass es einerseits weltwirtschaftliche Veränderungen, Globalisierung und die sich anpassende Organisation international agierender Unternehmen sind, die sich auf Migrationsverhalten von Bildungserfolgreichen auswirken, andererseits ist es aber auch die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit ihren Mitgliedern und in diesem Fall ihren hochqualifizierten Mitgliedern „mit Migrationshintergrund“ umgeht. Wenn diese sich nicht ausreichend anerkannt sehen, kann dies ebenfalls zu einer (vorübergehenden) Auswanderung führen. Experten rechnen sogar mit einer anhaltenden Fluktuation unter den Zugewanderten. Mitverantwortlich hierfür ist, dass die Attraktivität Deutschlands für besser qualifizierte Neuzuwanderer geringer ist als in vergleichbaren Staaten. Angesichts dessen sollten Politik und Wirtschaft ihre Praktiken in Bezug auf Anwerbung und Einwanderung überdenken.

Mit der Transmigration treten die bisher vorherrschenden Fragestellungen um das Thema Integration in den Hintergrund. Denn wenn Migration zum „Normalfall“ der Geschichte – nicht nur in Deutschland – geworden ist, wenn Transmigration in bestimmten Sektoren eine unausbleibliche Folge wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Globalisierung ist, wenn „ungenutzte Potenziale“ in Deutsch-

¹⁷ Ebd., S. 32, modifiziert.

land bei vielen Migranten konstatiert werden, dann müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um der gesellschaftlichen und ökonomischen Realität Rechnung zu tragen. Das sind nicht nur erleichterte Einreisebedingungen für Hochqualifizierte und die Anerkennung ihrer Diplome und Zertifikate, sondern vor allem die rechtlichen Bedingungen für bereits im Land lebende Migranten, die sich qualifizieren. Die erleichterte Einbürgerung von lange Jahre in Deutschland lebenden Migranten via doppelter Staatsbürgerschaft wäre ein Weg, (Hoch-)Qualifizierte im Lande zu halten. Zwar führt „nicht allein die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft zu gesellschaftlicher Inklusion“, dennoch dürfte sie „der Entwicklung einer allgemeinen Einwanderungsmentalität (dienen), die sich durch die Akzeptanz gemischt-kultureller Identitäten und einen grundsätzlichen Inklusionswillen auszeichnet“.¹⁸ Viele Probleme und Barrieren hinsichtlich der ökonomisch erforderlichen und politisch geforderten Zuwachsraten an „Humankapital“¹⁹ könnten durch gezielte „(Früh-)Förderung“ im Bildungssystem und administrative „Anerkennung“ (auch „symbolische“) der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben gelöst werden. Im eigenen Interesse müsste in Deutschland politisch-juristisch gegen eine „Dequalifizierung“ durch unterqualifizierte Arbeit von qualifizierten Migranten vorgegangen werden.

Konsequenzen für die erziehungs- und sozialwissenschaftliche Diskussion

Die Frage nach bildungspolitischen und pädagogischen Konsequenzen stellt sich umso nachdrücklicher, weil die oben präsentierte Studie auf die Generierung von Kriterien und Inhaltsaspekten zur Überwindung von Bildungsbenachteiligungen und gesellschaftlichen Partizipationsdefiziten für die große Zahl von Migranten gerichtet und nicht einer Eliteforschung zuzuordnen ist. Bei der Auseinandersetzung mit der Bildungssituation von Schülern „mit Migrationshintergrund“ herrscht beispielsweise immer noch ein relativ traditionelles Modell von Migration vor. Dieses ist mit der

¹⁸ Daniel Naujoks, Die doppelte Staatsbürgerschaft, in: *focus Migration*, (2009) 14, S. 8.

¹⁹ Der Terminus avancierte gar zum „Unwort des Jahres“, da er Menschen auf ihre Verwertbarkeit und Arbeitskraft reduziert.

Unterstellung verbunden, dass es sich in der Regel um einen unidirektionalen Prozess handelt: „Auswanderung – Einwanderung – Integration am neuen Lebensort nach ein oder zwei ‚Generationen“.²⁰ Diese Form der Migration bleibt hinter der Komplexität des tatsächlichen Migrationsgeschehens zurück. Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit neuen Migrationsphänomenen ist insbesondere eine kritische Reflexion der sozial- und erziehungswissenschaftlichen Theoriediskussion um „Migration und Bildung“ mit dem Ziel, kulturalistische und ethnozentrische Defizit- und Problemansichten zu überschreiten. Ein statischer, national orientierter Migrations- und Kulturbegriff muss aufgegeben werden und die Orientierung am Individuum als handelndes Subjekt an Bedeutung gewinnen.

Ein weiterer zu diskutierender Aspekt sind die mehrsprachigen Kompetenzen bildungserfolgreicher Transmigranten. Welche Auswirkungen hat Transmigration zukünftig auf die Diskussion um die Förderung von Mehrsprachigkeit beziehungsweise die sogenannte Zweisprachigkeitsdebatte, wie sie aktuell unter anderem in Deutschland geführt wird? Ingrid Gogolin und Ludger Pries konnten zeigen, dass der Bereich der sprachlichen Lebensgestaltung zu den ersten Feldern gehörte, in denen aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive das Konzept der Transmigration beachtet wurde.²¹ Ausschlaggebend hierfür seien die Beobachtungen und Erkenntnisse, dass die Vitalität von Herkunftssprachen von Migranten auch in den nachfolgenden Generationen nicht nachlässt. Verschiedene Studien ergaben, dass Herkunftssprache und Mehrheitssprache keineswegs in einer konkurrierenden Beziehung gesehen wurden.²² Die bisherigen dichotomen Kategorien von Sprachpraxis „Deutsch *oder* Sprache der Familie“, „Deutschland *oder* Herkunftsland“ entsprechen nicht mehr der Komplexität der aktuellen Praktiken. Forschungsergebnisse wie die oben genannten stützen die Bedeutung einer differenzierten Betrachtung von Migrationstypen für die Erziehungs- und Sprachwissenschaft.

²⁰ Ingrid Gogolin/Ludger Pries, Stichwort: Transmigration und Bildung, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, (2004) 1.

²¹ Vgl. ebd., S. 13.

²² Vgl. z.B. Sara Fürstenau/Ingrid Gogolin/Kutlay Yağmur (Hrsg.), *Mehrsprachigkeit in Hamburg*. Ergebnisse einer Sprachenerhebung an den Grundschulen in Hamburg, Münster et al. 2003.

Exkurs: Das Konstrukt „Menschen mit Migrationshintergrund“

In der politisch-medial-öffentlichen sowie in der wissenschaftlichen und pädagogischen Diskussion hat sich seit einigen Jahren der Terminus „Menschen mit Migrationshintergrund“ etabliert und wird in der Regel diskussions- und kritiklos als (optimale) Bezeichnung für eine bestimmte Menschengruppe in unserer Gesellschaft verwendet, konkret für all diejenigen, die nach 1950 eingewandert oder Kinder von Eltern sind, von denen mindestens eine oder einer im Ausland geboren ist. Dieser statistisch durchaus sinnvolle, aber nur scheinbar wertfreie Begriff hat jedoch seine Tücken, auf die im Sinne einer steten Verbesserung der Terminologie für eine immer adäquatere Beschreibung, Erklärung und Verstehen der sozialen Wirklichkeit hingewiesen werden muss. Der Begriff schreibt den problematischen Dualismus im Alltags- und wohl auch Wissenschaftsverständnis („Wir und die Anderen“, „Einheimische und Ausländer“) fest, indem er die Bevölkerung wiederum in zwei unterschiedliche und voneinander abweichende Gruppen teilt, wobei jede auch noch so gut gemeinte Abgrenzung immer auch eine Form von Ausgrenzung impliziert. Wenn man bedenkt, dass „neue Begriffe (immer) der Ordnung des Sozialen“ dienen und gesellschaftliche Wirklichkeit mit konstruieren, dann liegt im Konstrukt „Menschen mit Migrationshintergrund“ durchaus ein Terminus vor, der auch angesichts des realen Wandels der Gesellschaft immer auch den Wandel des Bewusstseins der Bevölkerung beeinflusst.^{f23}

Angesichts der Heterogenität und Differenziertheit der Migrationsprozesse und der Migranten verbietet es sich, diese Gruppen mit einem Terminus beschreiben beziehungsweise benennen zu wollen. „Migrationshintergrund“ ist mit Blick auf die Vielfalt und Komplexität der Merkmale eines Menschen nur ein Attribut von vielen; es reduziert individuelle Komplexität und Einmaligkeit in wissenschaftlich inadäquater und politisch-moralisch unverantwortlicher Weise. Wir haben es mit äußerst differenzierten Einwanderungsgruppen zu unterschiedlichen Zeiten, mit gänzlich

verschiedenen Motivlagen, Interessen und biographisch-familiären Erfahrungen sowie (ökonomischer, kultureller und sozialer) Kapitalausstattungen zu tun, wovon über die Hälfte dieser „Menschen mit Migrationshintergrund“ die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat. „Das größte Risiko“, so Franz Hamburger, „für Kinder und Jugendliche ‚mit Migrationshintergrund‘ ist, als solche identifiziert zu werden. Sie werden dabei als verschieden, ‚anders‘ wahrgenommen, einer Kategorie zugeordnet und zukünftig nur noch – oder: vor allem – als Angehörige dieser Kategorie behandelt“.^{f24} Dieses Typisieren entspricht genau dem, was in der Soziologie Stigmatisierung genannt wird, eine „Vorenthaltung des Subjektstatus“. Es spricht vieles dafür, zukünftig auf das Attribut „m. MH“ – zumindest in der wissenschaftlichen Analyse und Diskussion – zu verzichten und statt dessen, im Sinne des *intersectionality approach*,^{f25} stets die Vielzahl der relevanten Merkmale (*class/Milieu – race/Ethnie – Gender – Religion – Region – Generation etc.*) sowie in der Bildungsdebatte vor allem die Kapitalausstattung der Individuen und ihrer (Herkunfts-) Familien zu bedenken und zu reflektieren.

Es ist deutlich geworden, dass zukünftig junge Menschen mit hochqualifizierten akademischen Kompetenzen und Ressourcen in Gesellschaften und Wirtschaftssystemen wie Deutschland vermehrt benötigt werden, und dass ein großes Potenzial dafür in den Kindern und Enkelkindern der Einwanderer zu finden ist – allerdings nur, wenn unsere Gesellschaft sich ihnen gegenüber öffnet und ihnen gleiche Bildungschancen offeriert. Dass dies möglich ist, wenn auch oft gegen Widerstände (pädagogische Vorurteile, personale und institutionelle Diskriminierungen), aber vor allem auf der Basis von (individuellen) Förderungen durch signifikante Andere wie Eltern, Lehrkräfte, Bezugspersonen und Vorbilder („Lasso-Effekt“), zeigt unsere Studie zu bildungserfolgreichen Transmigrantinnen und Transmigranten. Transmigration ist das Ergebnis einer veränderten Lebenswirklichkeit für eine wachsende Zahl von jungen Menschen, insbesondere von hochqualifizierten bildungserfolgreichen Migrantinnen und Migranten.

^{f24} Ebd., S. 99.

^{f25} Vgl. Nina Degele/Gabriele Winkler, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, Bielefeld 2009.

^{f23} Vgl. Franz Hamburger, Differenzierung der Migration, in: Migration und Soziale Arbeit, (2008) 2, S. 92–100, hier: S. 92.

Karen Schönwälder

Einwanderer in Räten und Parlamenten

Wenn in der Bundesrepublik Deutschland über Integration debattiert wird, geht es noch selten um Teilhabe am politischen Leben. Einwanderer erscheinen als

Karen Schönwälder

Dr. phil. habil., geb. 1959;
Forschungsgruppenleiterin
am Max-Planck-Institut zur
Erforschung multireligiöser und
multiethnischer Gesellschaften,
Hermann-Föge-Weg 11,
37073 Göttingen.
schoenwaelder@mmg.mpg.de

Menschen, die herangeführt werden müssen an die Formen und Institutionen des Lebens in Deutschland, gelegentlich auch als Menschen, die nachdrücklich zur Anpassung gedrängt werden

sollten. Viel seltener noch sind Bilder von Bürgerinnen und Bürgern, die diese Gesellschaft aktiv mitgestalten und dabei die besonderen Erfahrungen, die sie selbst oder ihre Eltern durch ihre Migrationsgeschichte gemacht haben, einbringen. Erst langsam erkennen die politischen Parteien und Eliten, dass Integration und Integrationspolitik auch bei ihnen selbst stattfinden sollte, dass auch ihnen „Vielfalt gut tut“.¹

Nun haben Migrantinnen und Migranten schon in den Anfangsjahren der Gastarbeiterrekrutierung in den 1950er und 1960er Jahren ihre Lebensbedingungen aktiv mitgestaltet. Bei den Unternehmen Bahlsen oder Buderus protestierten sie, gelegentlich durch Arbeitsniederlegungen, um zum Beispiel eine bessere Gesundheitsversorgung und Verpflegung durchzusetzen.² In den Gewerkschaften sind Arbeitsmigranten schon seit Jahrzehnten aktive Mitgestalter der Politik. In der Bürgerrechts- und Friedensbewegung gehörten sie schon in den 1970er und 1980er Jahren fest dazu.

Neu aber ist der Auftritt der Nachkriegseinwanderer auf der großen politischen Bühne der Parlamente und Regierungen. Neu ist auch, dass die Volksparteien eine geringe Präsenz von Migrantinnen und Migranten in ih-

ren Führungsgremien und Fraktionen – und nicht zuletzt in ihrer Mitgliedschaft – als Problem erkennen. So konstatierte die SPD 2010 einen „Erneuerungsbedarf“ der Partei in Sachen Integration: „Sie ist nicht bunt, nicht vielfältig genug. Die gesellschaftliche Lebensrealität spiegelt sich nicht in unserer Partei, erst Recht nicht auf Führungsebene, wider.“³ Ähnlich stellte auch die CDU fest, dass sie einen „Nachholbedarf bei der parlamentarischen Vertretung der Zuwanderer und Aussiedler“ hat.⁴

Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund: ein wachsendes Potenzial

Hintergrund dieser Neuorientierungen ist die seit den 1990er Jahren stark angewachsene Zahl deutscher Staatsangehöriger mit Migrationshintergrund. Zum einen stieg die Zahl der Einbürgerungen an, erleichtert durch erste Reformen in den frühen 1990er Jahren und dann vor allem durch das seit dem Jahr 2000 geltende neue Staatsangehörigkeitsrecht. Auf 2,4 Millionen wird die Zahl der ehemaligen Ausländerinnen und Ausländer unter den Wahlberechtigten geschätzt. Zweitens haben die großen Aussiedlerzuwanderungen der 1990er Jahre das Wählerpotenzial mit Migrationshintergrund stark erweitert. Etwa die Hälfte der 2009 wahlberechtigten Einwanderer sind wohl als Aussiedler gekommen; Russland und Kasachstan zusammen genommen sind als Herkunftsregion dreimal so häufig vertreten wie die Türkei. Insgesamt hatten bei der Bundestagswahl im September 2009 nach einer Schätzung des Bundeswahl-

¹ „Vielfalt tut gut“ heißt ein Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland, online: www.vielfalt-tut-gut.de (30. 9. 2010).

² Vgl. Manuela Bojadžijev, *Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster 2008; Mark J. Miller, *Foreign Workers in Western Europe. An Emerging Political Force*, New York 1981.

³ Arbeitsprogramm 2010 des SPD-Parteivorstandes vom 18. 1. 2010, online: www.spd.de/linkableblob/3750/data/20100118_arbeitsprogramm_2010_des_spd-parteevorstandes.pdf (30. 9. 2010).

⁴ So Hermann Gröhe, Generalsekretär der CDU, auf eine Bürgeranfrage am 26. 11. 2009, online: www.abgeordnetenwatch.de/hermann_groeh-575-37607.html (30. 9. 2010).

leiters knapp neun Prozent der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund.⁵ Bei Kommunalwahlen, wo auch EU-Staatsangehörige wahlberechtigt sind, kann in Großstädten der Anteil der Wahlberechtigten, die selbst oder deren Eltern eingewandert sind, schon einmal bei etwa 20 Prozent liegen.⁶

Auch wenn momentan wenige Einwanderer nach Deutschland kommen, wird der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Wählerschaft weiter wachsen: Denn die Kinder von Ausländern werden ja seit 2000 in vielen Fällen per Geburt Deutsche, und Einbürgerungen halten – wenn auch auf niedrigem Niveau – an. Im politischen Leben wird und sollte diese langsam größer werdende Gruppe in Zukunft an Gewicht gewinnen.

Warum Einwanderer (auch) durch Einwanderer repräsentiert werden sollten

Nun ist es keine Selbstverständlichkeit, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen spiegelbildlich in den Parlamenten vertreten sein sollten (in der Fachliteratur wird dies als „deskriptive“ oder „statistische“ Repräsentation bezeichnet). Kaum jemand verlangt beispielsweise, dass 30 Prozent der Parlamentarier Katholiken sein sollten, weil dies dem Bevölkerungsanteil dieser Konfession entspricht. Allerdings wird die weit unter ihrem Bevölkerungsanteil liegende Repräsentanz von Frauen durchaus sehr verbreitet als problematisch angesehen. Die Argumente ähneln denen für eine höhere Repräsentation der eingewanderten Deutschen.⁷

⁵ Vgl. die Pressemitteilung des Bundeswahlleiters, 5,6 Millionen Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund, vom 11.9.2009, online: www.presseportal.de/pm/74247/der_bundeswahlleiter (30.9.2010). Vermutlich wird gerade die Zahl der Aussiedler hier unterschätzt.

⁶ Dies war beispielsweise in Bielefeld, Leverkusen, Wuppertal und Solingen der Fall, vgl. Karen Schönwälder/Christiane Kofri, Diversity in Germany's Political Life? Immigrants in City Councils, Max Planck Institute for the Study of Religious and Ethnic Diversity, Working Paper, Göttingen 2010.

⁷ Vgl. Anne Philipps, The Politics of Presence, Oxford 1995; Jane Mansbridge, Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women: A Contingent „Yes“, in: *Journal of Politics*, 61 (1999), S. 628–657.

Erstens kann eine geringe Vertretung einer bestimmten Gruppe in den politischen Eliten Indiz für deren Benachteiligung im Zugang zu solchen Positionen sein. Dabei sind die möglichen Barrieren sowohl direkter als auch indirekter Art. Sie umfassen etwa die Verteidigung der Machtpositionen durch die bislang Etablierten, Stereotype über eine angeblich geringere Eignung von Frauen oder Menschen aus bestimmten Herkunftsländern für politische Führungsaufgaben, schwächere soziale Netzwerke und ein geringeres Maß der für das politische Engagement hilfreichen ökonomischen Unabhängigkeit.

Zweitens könnte sich eine Bevölkerungsgruppe, die „keinen der ihren“ in den Parlamenten und Räten sieht, durch diese Organe nicht oder weniger vertreten fühlen, deren Entscheidungen in geringerem Maß akzeptieren. Nun gibt es bislang wenig Anlass, sich über das Vertrauen der Migranten in die deutsche Demokratie und deren Institutionen Sorgen zu machen. Umfragen zeigen ein hohes Vertrauen in Behörden und beispielsweise die Polizei.⁸ In einer für das Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften im Jahr 2009 in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Umfrage zeigten sich diesbezüglich kaum Unterschiede zwischen Personen mit beziehungsweise ohne Migrationshintergrund.⁹ Nur 16 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund fanden, dass die Politiker der Stadt eher die Interessen der Deutschen und nicht die aller Menschen in ihrer Stadt vertreten. Allerdings war das Vertrauen in die politischen Parteien in der Stadt und in den Stadtrat eher gering. Unter den Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund benannten nur 39 Prozent eine Partei oder Gruppe in der Stadt, die ihren politischen Vorstellungen nahe kam. Hier klafft eine erhebliche Repräsentationslücke. Indem die deutsche

⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund (im Frühjahr 2009), o. O., 2009, S. 35, online: www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_28825_28831_2.pdf (30.9.2010).

⁹ Bei dieser telefonisch durchgeführten Umfrage (im Folgenden als MMGKom-Umfrage) wurden im August 2009 1026 Wahlberechtigte bei der Kommunalwahl, also deutsche und EU-Staatsangehörige ab 16 Jahren, befragt. Die Befragten hatten etwa zur Hälfte einen Migrationshintergrund.

Staatsangehörigkeit und damit gleiche politische Rechte immer mehr zur Selbstverständlichkeit werden, könnte die Unzufriedenheit wachsen.

Politische Parteien sind Vermittler zwischen Bevölkerung und Entscheidungsträgern. Ist eine Bevölkerungsgruppe in ihnen kaum vertreten, dann wissen die Parteien und in der Folge auch die Parlamente zu wenig über die Bedürfnisse und Meinungen in dieser Gruppe. Andersherum kann auch die Kommunikation der Entscheidungen von Parlamenten und Stadträten hin zu den Bürgern eingeschränkt sein, wenn Vermittler fehlen, die in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen Ansehen und Vertrauen genießen. Deutliche Illustration dieser Defizite ist die Abhängigkeit politischer Entscheidungsträger in Deutschland vom Gespräch mit Migrantenorganisationen oder muslimischen Verbänden, wenn sie bestimmte Probleme bearbeiten wollen. Offensichtlich fehlt in den Parlamenten, Stadträten und Regierungen selbst die entsprechende Kompetenz und Repräsentanz.

Schließlich sind Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund häufiger Lobby für die Gleichberechtigung und die spezifischen Anliegen der eingewanderten Deutschen und Ausländer.¹⁰ Selbst wenn natürlich nicht jede Politikerin, deren Vater beispielsweise Italiener ist, für die Interessen von Flüchtlingen eintritt, so ist doch insgesamt anzunehmen, dass eigene oder familiäre Migrationserfahrungen das Verständnis für die Anliegen von Migrantinnen und Migranten erhöhen und eine gute Grundlage für eine Kompetenz in der Sache sind. Für weibliche Parlamentsmitglieder ist gut belegt, dass sie insgesamt durchaus spezifische Anliegen und Prioritäten vertreten.¹¹ Umgekehrt bedeutet dies, dass bei einer starken Unterrepräsentation gerade unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen deren spezifische Anliegen und Bedürfnisse auf der politischen Agenda wahrscheinlich nicht adäquat vertreten sind.

¹⁰ Die Siebenbürgische Zeitung artikulierte kürzlich Sorgen über eine fehlende Vertretung wichtiger Aussiedlergruppen im 2009 gewählten Bundestag, vgl. „Bundestag ohne Spätaussiedlervertreter“ vom 7.10.2009.

¹¹ Vgl. Pippa Norris, *The Impact of Electoral Reform on Women's Representation*, in: *Acta Politica*, 41 (2006) 2, S. 197–213.

Eine erhöhte Repräsentation der eingewanderten Bevölkerung in den Räten und Parlamenten ist also aus verschiedenen Gründen wünschenswert. Sie ist zudem in der Bevölkerung keineswegs unpopulär. So erklärten in der MMGKom-Umfrage in Nordrhein-Westfalen immerhin 67 Prozent aller Befragten, sie wünschten sich mehr Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Führungspositionen; unter den Befragten mit Migrationshintergrund waren es 72 Prozent. Offenbar geht es hier auch um öffentliche Präsenz und Anerkennung – und nicht unbedingt um gruppenspezifische Interessen –, denn nur 37 Prozent der Migrantinnen und Migranten sahen eine erhöhte Zahl von Räten mit Migrationshintergrund als Mittel zu einer besseren Vertretung ihrer Interessen.

Räte und Abgeordnete mit Migrationshintergrund

Noch sind Einwanderer in deutschen Parlamenten und Räten selten, aber in den vergangenen Jahren hat sich die Einwandererpräsenz in deutschen Parlamenten deutlich erhöht. Von den 1825 Mitgliedern der 16 Parlamente der Bundesländer hatten im Sommer 2009 39 einen Migrationshintergrund, nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen sind es Mitte 2010 46.¹² Noch im Jahr 2000 gab es erst 12 Abgeordnete in Landesparlamenten, die einen Migrationshintergrund hatten. Im Bundestag gibt es nun 20 Abgeordnete mit einer eigenen oder familiären Migrationsgeschichte; erst 1994 zogen hier mit Leyla Onur (SPD) und Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) die ersten Repräsentanten der Nachkriegsmigration ein.¹³ Auch auf der Ebene der Städte verändert sich das politische Leben: In den Großstädten Nordrhein-Westfalens wurden 2009 fast 80 Politikerinnen

¹² Eigene Berechnungen. Von einem Migrationshintergrund ist hier die Rede, wenn die Betroffenen selbst nach Deutschland eingewandert sind oder einer ihrer Eltern einwanderte. Den hier gemachten Angaben liegen umfangreiche Recherchen zugrunde, dabei kann aber nicht ganz ausgeschlossen werden, dass es weitere Abgeordnete gibt, deren Migrationshintergrund noch nicht bekannt ist.

¹³ Streng genommen haben auch Abgeordnete wie Hans Raidel (Mitglied des Bundestages von 1990–98 und 2002–09) und Detlev von Larcher (1990–2002), die in Rumänien geboren wurden, einen Migrationshintergrund.

und Politiker mit Migrationshintergrund in die Räte gewählt.¹⁴ Eindeutig entwickelt sich hier eine neue politische Elite, und eindeutig verändern sich die Räte und Parlamente in Deutschland.

Ebenso eindeutig aber ist, dass die Zahl der Abgeordneten bei weitem nicht dem Bevölkerungsanteil der Einwanderer entspricht. Nimmt man die westdeutschen Bundesländer und Berlin, dann haben dort etwa 3 Prozent der Landesparlamentarier einen Migrationshintergrund; in der Bevölkerung sind es 22 Prozent.¹⁵ In den Großstädten Nordrhein-Westfalens liegt der Anteil der Räte mit Migrationshintergrund bei etwa 4 Prozent; in der Wahlbevölkerung dieser Städte aber lag zum Zeitpunkt der Kommunalwahl im August 2009 deren Anteil bei 13 bis 20 Prozent.¹⁶

Zwischen Bundesländern und Städten gibt es große Unterschiede. Es wäre falsch, einen gleichmäßigen Trend zur erhöhten Präsenz von Einwanderern in Räten und Parlamenten anzunehmen. Bei den Bundesländern sticht die Diskrepanz zwischen Stadtstaaten und Flächenstaaten hervor. 30 der im Sommer 2009 39 Landtagsabgeordneten gehörten dem Abgeordnetenhaus Berlins beziehungsweise der Bürgerschaft der Stadtstaaten Hamburg und Bremen an, wo nur 5,8 von Deutschlands 82 Millionen Menschen leben. Im Landtag Nordrhein-Westfalens gab es lange keinen einzigen Abgeordneten mit Migrationshintergrund, erst nach der Wahl 2010 erhöhte sich deren Zahl von null auf sieben.¹⁷ In Baden-Württemberg ist Nikolas Sakellariou der einzige Landtagsabgeordnete, der eine familiäre Migrationsgeschichte hat. Dieses Ungleichgewicht ist nicht Ausdruck einer extremen Kon-

zentration der eingewanderten Bevölkerung. Die Anteile der Deutschen mit Migrationshintergrund sind in den drei Stadtstaaten ähnlich hoch wie in Hessen und Baden-Württemberg.

Starke Ungleichgewichte findet man auch, wenn man die Rolle der politischen Parteien betrachtet. Etwa die Hälfte der Landesparlamentarier mit Migrationshintergrund wurden für Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gewählt, beide Parteien stellen aber nur 18 Prozent der Abgeordneten in den 16 Parlamenten. Historisch waren es Die Grünen, beziehungsweise damals noch die Alternative Liste in Berlin, die als Erste Einwanderern den Weg in die Parlamente ebneten. 1987 zog Sevim Çelebi in das Berliner Abgeordnetenhaus ein, 1992 folgte Ismail Hakkı Kosan, 1995 Rıza Baran. Neben dem Engagement der Migranten selbst war das Selbstverständnis der Grünen als einwanderungsfreundliche Partei ein entscheidender Faktor für diese relative Offenheit.

Für die SPD zog als erster überregionaler Abgeordneter Hakkı Keskin 1993 in die Hamburger Bürgerschaft ein, 1997 und 1999 folgten einzelne Abgeordnete auch in Flächenstaaten (etwa Mario Capezutto in Baden-Württemberg und İkbâl Berber im Saarland). Gerade die SPD hatte durchaus schon in den 1980er Jahren Mitglieder, die etwa als Gastarbeiter aus der Türkei in die Bundesrepublik gekommen waren. Die Gewerkschaften sowie sozialdemokratisch orientierte Organisationen in den Herkunftsländern stellten eine Brücke zur SPD dar. Lange aber wurden dieses Potenzial und dieser politische Integrationsvorsprung nicht genutzt. Erst in den vergangenen Jahren machen sich ein verstärktes Bemühen der Führungen – aber auch die Ambitionen der Mitglieder mit Migrationshintergrund selbst – in einer verstärkten Präsenz in Parlamenten und Räten deutlich: Nachdem seit 2010 auch im alten industriellen Kernland Nordrhein-Westfalen mit Ibrahim Yetim und Serdar Yüksel zwei Söhne von Einwanderern der SPD-Fraktion im Landtag angehören, ist die Zahl der SPD-Landesparlamentarier mit Migrationshintergrund auf 14 gestiegen.

Sechs Landesparlamentarier der CDU haben einen Migrationshintergrund.¹⁸ Die Zahl

¹⁴ Vgl. K. Schönwälder/C. Kofri (Anm. 6). Einbezogen sind hier die 29 Städte in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 100 000 Einwohnern.

¹⁵ Eigene Berechnungen für Mitte 2009, Bevölkerungszahlen auf Basis des Mikrozensus 2009, vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2009. Alle Angaben zu den Landesparlamenten beziehen sich, wo nicht anders vermerkt, auf das Stichdatum Juli 2009.

¹⁶ Vgl. die Tabelle in K. Schönwälder/C. Kofri (Anm. 6). Dies ist der Bevölkerungsanteil der deutschen und EU-Staatsangehörigen ab 16 Jahren, dem Alter, das zur Teilnahme an Kommunalwahlen berechtigt.

¹⁷ In früheren Wahlperioden hatte es bereits einzelne Abgeordnete mit Migrationshintergrund gegeben.

¹⁸ Für sie war David McAllister 1998 der erste Landesparlamentarier mit Migrationshintergrund, es folgte 2002 Milad El-Khalil in Sachsen.

von neun CDU-Stadträten mit Migrationshintergrund unter den 679 CDU-Räten in Nordrhein-Westfalens 29 Großstädten signalisiert gleichzeitig, dass die Partei noch am Anfang einer politischen Inkorporation von Einwanderern steht. Immerhin kandidierten 46 Migrantinnen und Migranten für die CDU in diesen Städten, es gibt also durchaus ein Potenzial, das bereit ist, sich im Rahmen eines konservativen politischen Programms zu engagieren.

Auch in der FDP sind politische Repräsentanten mit Migrationsgeschichte noch eine Seltenheit. Ein Landtagsabgeordneter¹⁹ und vier Räte in den 29 Großstädten Nordrhein-Westfalens gehören den Liberalen an. Hintergrund dieser Repräsentationslücke dürfte die Diskrepanz zwischen den sozialen Interessen, als deren Vertreter die FDP gesehen wird, und dem sozialen Profil der eingewanderten Bevölkerung sein. Liberale Akzente in der Migrationspolitik scheinen nicht zu einer hohen Attraktivität der Partei unter politisch ambitionierten Deutschen mit Migrationshintergrund beigetragen zu haben.

Vielleicht am aktivsten um vordere Plätze für Politikerinnen und Politiker mit Migrationshintergrund bemüht hat sich Die Linke. In den Großstädten Nordrhein-Westfalens etwa sind 15 ihrer 97 Stadträte Migrantinnen oder Migranten, der höchste Anteil im Vergleich der Parteien. In den Landtagen hatten Mitte 2009 sieben Abgeordnete der Linken einen Migrationshintergrund. Vermutlich kann die Partei soziale Interessen der durchschnittlich eher schlechter gestellten Migrantenbevölkerung artikulieren und enttäuschte ehemalige Sozialdemokraten für sich gewinnen.

Bei den Kommunalwahlen konnten in Nordrhein-Westfalen 2009 auch zwei Listen Sitze erringen, die überwiegend Einwanderer aufstellten: das „Bündnis für Frieden und Freiheit“ in Bonn und die „Bürgerinitiative (BI) Gelsenkirchen“.²⁰ Noch sind solche Lis-

¹⁹ Nach dem Aufrücken Philipp Röslers in die Bundesregierung ist Mark Ella der einzige regionale FDP-Abgeordnete mit Migrationshintergrund.

²⁰ In weiteren Städten kandidierten solche Listen, so die Alternative Bürgerinitiative (ABI) Köln, die Duisburger Alternative Liste oder die Interkulturelle Wählerinitiative in Recklinghausen.

ten kein massenhaftes Phänomen. Ihr Auftreten signalisiert aber, dass die großen Parteien sich offenbar nicht hinreichend offen zeigen für diese Wählergruppe und ihr kein ausreichend attraktives Programm anbieten. Denn die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten, die auf überwiegend von Migranten formierten Listen kandidierten, war in mehreren Städten durchaus beachtlich und überstieg gelegentlich die aller Bundestagsparteien zusammengenommen.²¹ Hier gibt es ein Potenzial Partizipation einfordernder Bürgerinnen und Bürger.

Über die Effekte der Kandidatur und Wahl von Politikerinnen und Politikern mit Migrationshintergrund und deren Interaktionen mit der Wählerschaft wissen wir noch wenig. Es gibt aber Anzeichen dafür, dass sie zusätzliche Wählerpotenziale mobilisieren können und damit auch zu einer erhöhten Partizipation der eingewanderten Bevölkerung beitragen. In Duisburg etwa erzielte die CDU bei den Kommunalwahlen mit einem türkeistämmigen Wahlkreis-Kandidaten ein besonders gutes Wahlergebnis, in Köln gelang Entsprechendes der SPD mit Politikerinnen und Politikern mit türkischen beziehungsweise portugiesischen Wurzeln.

Politikerinnen und Politiker mit Migrationsgeschichte werden aber sicher nicht überwiegend von Wählerinnen und Wählern mit Migrationshintergrund in die Räte und Parlamente gewählt. Aufgrund der geringen Siedlungskonzentration eingewanderter Gruppen in Deutschland²² wäre eine „ethnische Mobilisierung“, wie sie etwa in den USA durchaus gängig ist und als völlig legitim gilt, nicht erfolgversprechend. Und darüber hinaus ist kaum anzunehmen, dass diese Wählergruppe

²¹ In Gelsenkirchen zum Beispiel kandidierten 32 Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund für die BIG und nur elf weitere für die fünf Bundestagsparteien. In Recklinghausen kandidierten 26 der 32 Kandidaten mit Migrationshintergrund für die Interkulturelle Wählerinitiative (IWI).

²² Vgl. Karen Schönwälder/Janina Söhn, Siedlungsstrukturen von Migrantengruppen in Deutschland: Schwerpunkte der Ansiedlung und innerstädtische Konzentrationen, WZB Discussion Paper, Nr. SP IV 2007-601. Genaue Zahlen für Wahlkreise existieren nicht. Vermutlich gibt es heute selbst bei Kommunalwahlen kaum einen Wahlkreis, in dem die Wählerschaft mit Migrationshintergrund die Mehrheit stellt.

geschlossen wählt.^{F23} Deutsche ohne Migrationsgeschichte andererseits sind durchaus bereit, Einwanderer in die Räte und Parlamente zu wählen. Dies zeigen die Wahlergebnisse ebenso wie Antworten in der MMGKom-Befragung in Nordrhein-Westfalen, in der über 70 Prozent ihre Bereitschaft dazu bekundeten.

Die Türkeistämmigen: Vorbild in Sachen politische Integration

Wer sind die gewählten Volksvertreter mit Migrationshintergrund? Blickt man auf die Herkunftskontexte der migrantischen politischen Elite, dann überrascht der sehr hohe Anteil türkeistämmiger Politikerinnen und Politiker. Die so oft aufgrund vermeintlicher Integrationsdefizite oder gar einer unterstellten Integrationsverweigerung gescholtene Gruppe erweist sich im Bereich der Politik als ein Vorbild der Integration.

20 von 39 Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund stammen aus der Türkei oder haben Eltern, die aus der Türkei nach Deutschland einwanderten. Entsprechendes gilt für 43 von 79 Ratsmitgliedern in den Großstädten Nordrhein-Westfalens. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dagegen stellt diese Gruppe nur etwa 20 Prozent, unter den von den Statistikern identifizierten Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2009 machte sie nicht einmal 10 Prozent aus. Wie lässt sich diese starke Präsenz der Türkeistämmigen unter Parlamentariern und Ratsmitgliedern erklären?

Zunächst einmal haben offenbar sehr viele Deutschtürken die Bereitschaft und die Moti-

vation, sich zu engagieren. Dabei könnten die besonders benachteiligte Position der türkeistämmigen Bevölkerung, die Erfahrung kollektiver oder sogar individueller Diskriminierung eine Rolle spielen. In der Literatur wird darüber hinaus gelegentlich angenommen, dass Einwanderer darauf reagieren, welche Karrierewege ihnen eher offen stehen oder verschlossen sind: Politische Karrieren könnten für diejenigen attraktiver sein, denen zum Beispiel eine Karriere in der Wirtschaft versperrt wird.^{F24}

Zweitens ist die türkeistämmige Bevölkerung in Deutschland eine hoch politisierte Gruppe. Die Erfahrungen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Kontext des Militärputsches von 1980 haben viele geprägt. Etliche Türkeistämmige, darunter viele Kurden, kamen als politische Flüchtlinge nach Deutschland. Erfahrungen in politischen Organisationen im Heimatland oder in Migrantenorganisationen in Deutschland sind ein auch in den deutschen politischen Parteien einsetzbares kulturelles Kapital. Wer politisch interessiert und engagiert ist, ist dies oft in Herkunfts- wie Einwanderungsland.^{F25}

Die relativen starken *Community*-Strukturen könnten die Basis für die Entwicklung von Eliten darstellen und auch das Selbstbewusstsein, das für eine politische Karriere notwendig ist, stärken.^{F26} Sie bieten gleichzeitig Möglichkeiten für eine gezielte Ansprache und Mobilisierung der Gruppe, da es beispielsweise breit gelesene Zeitungen speziell für die Türkischsprachigen gibt. Letzteres gilt ansonsten nur für die russischsprachige Bevölkerung Deutschlands.

Schließlich haben die politischen Parteien unter Umständen ein besonderes Interes-

^{F23} In welchem Maße Personen mit Migrationshintergrund Kandidaten mit ähnlichen Erfahrungen wählen, wissen wir nicht. Welche Parteien sie wählen, ist ebenfalls nicht umfassend bekannt. In den gängigen Befragungen nach Verlassen der Wahllokale, den so genannten *exit polls*, wird im Allgemeinen nicht nach Migrationshintergrund differenziert. Über Parteidentifikation und Wahlabsichten liegen wenige Informationen vor, vgl. Andreas M. Wüst, Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: *Der Bürger im Staat*, 56 (2006) 4, S. 228–234; Martin Kroh/Ingrid Tucci, Parteibindung von Migranten, in: *Wochenbericht des DIW*, (2009) 47, S. 821–827; Martina Sauer, Teilhabe und Orientierungen türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der zehnten Mehrthemenbefragung 2009, Essen 2009.

^{F24} Vgl. Lise Togeby, The political representation of ethnic minorities. Denmark as a deviant case, in: *Party Politics*, 14 (2008), S. 325–343, hier: S. 340; Taeku Lee, Race, Immigration, and the Identity-to-Politics Link, in: *Annual Review of Political Science*, 11 (2008), S. 457–478.

^{F25} Vgl. Kurt Salentin, Ziehen sich Migranten in „ethnische Kolonien“ zurück?, in: Klaus J. Bade/Michael Bommes/Rainer Münz (Hrsg.), *Migrationsreport 2004. Fakten – Analysen – Perspektiven*, Frankfurt/M.–New York 2004.

^{F26} Zu positiven Effekten ethnischer Organisiertheit vgl. Jean Tillie, Social Capital of Organisations and their Members. Explaining the Political Integration of Immigrants in Amsterdam, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 30 (2004) 3, S. 529–541.

se daran, türkeistämmige Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen. Unterstellt man, dass gerade die türkeistämmige Wählerschaft ein starkes Gruppenbewusstsein hat, und dass gerade sie auf die Aufstellung von Kandidaten mit gleichem Herkunftshintergrund positiv reagieren wird, könnte eine solche gezielte Strategie attraktiv sein.

Insgesamt sind die Ursachen von Mobilisierungsunterschieden zwischen Migrantengruppen noch wenig erforscht. Arbeiten zu asiatischen Gruppen in den USA verweisen darauf, dass langfristig im Herkunftsland entstandene Einstellungen zum Staat und zur Politik in diesem Fall die Distanz zum politischen Engagement verstärken können²⁷ – ähnlich könnten Traditionen des Misstrauens in Staat und Politik auch unter osteuropäischen Migrantinnen und Migranten weiter wirken.

Nicht nur der hohe Anteil türkeistämmiger Deutscher in der neuen politischen Elite ist überraschend. Entgegen gängigen Erwartungen ist die neue politische Elite zudem relativ weiblich. In Nordrhein-Westfalen fanden wir 37 Frauen unter 79 Räten mit Migrationshintergrund, dies sind 46 Prozent. Von den 39 Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund im Sommer 2009 waren 17 – oder 44 Prozent – weiblich, höhere Anteile als unter den Parlamentariern insgesamt.²⁸

Beachtlich schließlich ist, dass zumindest unter den Ratsmitgliedern (in unserer Untersuchung, also in den Großstädten Nordrhein-Westfalens) und Landesparlamentariern über die Hälfte Einwanderer der ersten Generation sind, also Menschen, die nicht in Deutschland geboren wurden. Dies ist insofern nicht selbstverständlich, als die Eingewöhnung von Einwanderern in ein politisches System

²⁷ Vgl. Janelle S. Wong/Pei-te Lien/M. Margaret Conway, *Activity amid Diversity: Asian American Political Participation*, in: Jane Junn/Kerry L. Haynie (eds.), *New Race Politics in America*, Cambridge 2008, S. 70–94, hier: S. 88.

²⁸ Für die Länderparlamente wird ein Frauenanteil von durchschnittlich 33 Prozent und für Städte über 100 000 Einwohner von 32 bis 36 Prozent genannt, vgl. Waltraud Cornelißen (Hrsg.), 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Erstellt durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, München 2005, S. 373, S. 376.

zumeist als längerfristiger Prozess gesehen wird. Hier geht es ja um so vielfältige Aspekte wie das Verständnis der herrschenden Regeln und Prozeduren, die Identifikation mit landesspezifischen politischen Programmen und Akteuren, den Aufbau von Netzwerken, die eine politische Karriere unterstützen können, und natürlich die Einbürgerung. Offenbar gelingt es einer beachtlichen Zahl von Einwanderern, solche keineswegs niedrigen Hürden zu überwinden.

Die Inkorporation von Einwanderern in ein politisches System ist ein langfristiger Prozess. In den USA werden bis in die dritte Generation Unterschiede in der politischen Partizipation von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte festgestellt.²⁹ Diese haben vielfältige Ursachen. Es ist generell so, dass Menschen mit geringer formaler Bildung und einem niedrigen Einkommen – und dies trifft überdurchschnittlich auf die eingewanderte Bevölkerung zu – weniger als Andere in formellen Formen wie Wahlen oder als Mitglieder politischer Parteien am politischen Prozess teilnehmen. Hinzu kommen spezifische Barrieren, zu denen die Sprache, aber auch negative Einstellungen gegenüber bestimmten Migrantengruppen oder die Verteidigung von Machtpositionen durch etablierte Akteure gehören. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre und die zum Teil überraschende Zusammensetzung der migrantischen politischen Elite zeigen, dass eine bemerkenswerte Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund die Fähigkeiten und das Engagement aufbringen, um derartige Barrieren zu überwinden.

Dennoch wird – wie die Erfahrungen in anderen Ländern und die Erfahrung der Frauen zeigen – Chancengleichheit wohl nicht im Selbstlauf beziehungsweise allein durch die Initiative der Migrantinnen und Migranten selbst erreicht werden. Es bleibt abzuwarten, ob politische Organisationen einschließlich der politischen Parteien bereit sein werden, sich auch durch gezielte Interventionen weiter für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen.

²⁹ Vgl. S. Karthick Ramakrishnan, *Democracy in Immigrant America. Changing Demographics and Political Participation*, Stanford 2005; Karen Schönwälder, *Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 50 (2009) 4, S. 832–849.

Kommunen: Moderatoren im Prozess der sozialen Integration?

Es ist zum Topos geworden, dass die soziale Integration von Migranten „vor Ort“ und damit in Städten oder Gemeinden stattfindet. Integration findet gewiss „vor Ort“ statt wie eben alles, was geschieht, stets irgendwo „vor Ort“ stattfindet. Aber dies bedeutet nicht, dass die Bedingungen der Integration auch vor Ort kontrolliert werden können – sinnföällig daran, dass Arbeitnehmer von Be-

Michael Bommès

Dr. phil., geb. 1954; Professor für Soziologie/Methodologie interkultureller und interdisziplinärer Migrationsforschung, Direktor des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück; Neuer Graben 19/21, 49069 Osnabrück. mbommès@uos.de

schäftigungsbedingungen in Unternehmen abhängig sind, die durch globale und eben nicht lokale Konstellationen bestimmt sind. Daher müssen auch Kommunen, wie nur zu bekannt, global denken, um lokal handeln zu können. Als Gemeinde oder Kommune wird im Folgenden ein im politischen System als Gebietskörperschaft der „Gemeinde“ differenzierter Organisationsverbund bezeichnet. Integrationspolitisch bedeutsam ist, welche Rolle Städten und Gemeinden als Entscheidungsebenen mit den Mitteln kommunaler Politik in der Handhabung von lokal, national, europäisch oder global bestimmten Bedingungen der Migration und Integration zukommt. Die Aufgabenstellung eines „lokalen Integrationsmanagements“ wird oft missverständlich als primäre Aufgabe der Kommunen formuliert. Dies führt zu einer Überschätzung kommunaler Möglichkeiten, wenn übersehen wird, dass die Bedingungen sozialer Integration eben in vielerlei Hinsicht in überlokale und sich lokaler Politik entziehende Horizonte eingebettet sind, und zu einer Unterschätzung, wenn das betröchtliche und von zahlreichen Kommunen auch genutzte kommunale Moderationspotenzial von Integrationsprozessen übersehen wird.

Erfolgreiche Integration von Migranten lässt sich soziologisch als gelungene Realisierung der Teilnahme an für die Lebensführung bedeutsamen gesellschaftlichen Bereichen (wie Arbeit, Ausbildung, Gesundheit, Recht, Politik) begreifen. Erfolgreiche und erfolglose Integrationsprozesse gehen als Resultat primär hervor aus dem Zusammenspiel der Anstrengungen der Migranten, sich an den sozialen Bedingungen der Teilnahme in den genannten Bereichen und den dort gültigen Anforderungen auszurichten. Migranten sind daher erhebliche Anpassungsleistungen abverlangt. Zugleich sind ihre Erfolgsaussichten durch kaum funktionalen Erfordernissen in Unternehmen, Schulen oder Verwaltungen geschuldete Hürden eingeschränkt wie etwa die Kontrolle der Arbeitsplatzinhaber über den Zugang zu Arbeitsplätzen, die organisatorischen Alltagsroutinen in Verwaltungen oder die Durchsetzungsfähigkeit der Mittel- und Oberschichten in der Konkurrenz um Bildung. Integration heißt auch Konkurrenz um knappe Güter und Irritation organisatorischer Alltagsroutinen durch ein sich wandelndes Publikum. Sie kann nur durch beides hindurch gelingen – und sie kann, weil sie in Unternehmen, Schulen und lokalen Verwaltungen sowie in Familien gelingen muss, weder politisch verordnet noch politisch bewirkt werden. Der Fokus einer Integrationspolitik liegt daher (nicht nur für Migranten) meist in diesen Kernbereichen der sozialen Integration, also der Beförderung von Teilnahmechancen in den Bereichen Bildung und Arbeit sowie der Mobilisierung der Familien. Bezugsgrößen jeder Integrationspolitik sind:

- die Verfassung der Migranten, wie ihre Fertigkeiten, Verhaltensmuster, Sprache(n) und Normenkenntnisse. Sie bezeichnen die individuellen kognitiven Voraussetzungen für die Teilnahme an sozialen Zusammenhängen;
- die sozialen Bedingungen in den Bereichen Arbeit, Bildung und Familie, die unter dem Gesichtspunkt relevant sind, was sie Individuen abverlangen und ob sie Zugang und Teilnahme eher befördern oder behindern;
- die Möglichkeiten von Politik selbst; denn diese kann Integration nicht selbst gewährleisten, sondern nur mit ihren Mitteln – Gesetzen, staatlich finanzierten Programmen und symbolischer Politik – entsprechende Rahmenbezüge gestalten.

Kommunalpolitische Perspektive

Zwischen den föderalen Ebenen besteht eine mehr oder weniger klare Arbeitsteilung: Der Bund ist auf der Grundlage seiner allgemeinen Gesetzgebungskompetenz für Zuwanderung und Aufenthalt auch durch seine wirtschafts- und sozialpolitische Legislativprärogative ein zentraler integrationspolitischer Akteur. Der integrationspolitische Zugriff der Länder liegt hauptsächlich im Bereich der Bildungspolitik. Die Rolle der Kommunen wird im Folgenden zu klären sein.

Kommunen können Integrationsressourcen bei Migranten ebenso wie in den relevanten Integrationsbereichen (Arbeitsmarkt, Schulen, Familien etc.) mobilisieren. Städte und Gemeinden in Deutschland haben eine heterogene und bislang weitgehend unerforschte Geschichte der kommunalpolitischen Gestaltung sozialer Integration. Dies liegt auch an einer gewandelten und erst seit dem Ende der 1990er Jahre politisch prominenteren Stellung der Kommunen im Migrations- und Integrationsprozess. Wichtig dabei ist ihre Position im politischen Staatsgefüge: Kommunen als territorial definierte Einheiten des politischen Systems sind zuständig für die politische Organisation der Gestaltung der lokalen Lebensverhältnisse. Die politisch-rechtlich umschriebenen Einheiten „Gemeinden“ sind nicht deckungsgleich mit dem, worauf sich sozial im Alltag als Lokales bezogen wird. Kommunen sind vielmehr Teil des alltäglichen Herstellungsprozesses sozialer Lokalität,¹ in dem sie unter anderem in Kooperationen mit lokalen Akteuren die allgemeinen Randbedingungen lokalspezifisch zur Geltung bringen. In rechtlicher, finanzieller und/oder symbolischer Form umgesetzte Bundes- und Länderpolitiken setzen damit den Kommunen einen lokalspezifisch auszufüllenden Rahmen.

Die Relevanz bundes- und länderpolitischer Entscheidungen für die Kommunen liegt im Gegensatz zu ihren lokalen Konsequenzen auf der Hand. Denn Gemeinden als zentrale Träger der öffentlichen Verwaltungen bilden den politischen Organisationszusammenhang, in dessen Verantwortung die administrative Bearbeitung der Problemstellung von

¹ Vgl. Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung: eine policyorientierte Einführung*, Wiebaden 2006.

Migration und Integration erfolgt. Die Kommunen hatten damit schon immer eine bedeutende eigenständige Rolle bei der Gestaltung von Migration und Integration. Aufgrund ihrer Stellung in der föderalen Struktur der Bundesrepublik verfügen sie über einen Ermessensspielraum bei der organisatorischen Ausgestaltung und füllen diesen auf dem Hintergrund ihrer je eigenen kommunalen Verwaltungs- und Politikgeschichte aus.

Neue Rolle der Kommunen

Begleiterscheinung der arbeitsmarktpolitischen Reformen (Hartz I bis IV) sowie des Zuwanderungsgesetzes (ZuwG) war eine Reduktion der strukturellen Spannungen zwischen Bund und Kommunen und die Neudefinition der integrationspolitischen Rolle der Kommunen. Ein Rückblick auf kommunale Integrationspolitiken verdeutlicht dabei, dass diese im Wesentlichen im Bezugsrahmen historisch gewissermaßen von Zuwanderungsfall zu Zuwanderungsfall kumulierter, unübersichtlicher migrations- und integrationspolitischer Regelungen entstanden sind und dabei zwei relevante unbeabsichtigte Effekte erzeugt haben.

Zur Zeit des „Anwerbstopps“ von 1973 gab es angesichts der einsetzenden Niederlassung der Arbeitsmigranten keine klar formulierten migrations- und integrationspolitischen Rahmenseetzungen des Bundes und der Länder. Daraus resultierte eine große kommunalpolitische Unsicherheit über zukünftige kommunale Problemstellungen. Die gemeindespezifisch dann sehr divergierenden integrationspolitischen Entscheidungen seit den späten 1960er und frühen 1970er Jahren blieben lange Zeit traditionsbildend und haben je unterschiedliche Pfade der Entwicklung kommunaler Integrationspolitik gelegt. Diese heterogenen und lokalspezifisch zugeschnittenen Integrationspolitiken waren aber lange und sind vielfach noch immer neben oder unterhalb einer Sozialpolitik platziert, in die Arbeitsmigranten über die allgemeine Sozialversicherungspflicht einbezogen waren. Ähnliches gilt für „ausländerspezifische“ Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die aber nicht als Teil eines allgemeinen und kommunalpolitisch bedeutsamen Bildungsmanagements begriffen wurden. Die derzeit beobachtbare Reorganisation kom-

munaler Integrationspolitik ist Ergebnis einer durch Hartz-Gesetzgebung und ZuwG veränderten Stellung der Kommunen im Wohlfahrtsstaat mit der Folge neuer Aufgaben.

In den frühen 1990er Jahren wurde mit der seit dem Ende der 1980er Jahre stark ansteigenden Aussiedlerzuwanderung und der damit verbundenen Neuregelung von Zuwanderung und Integration aus Kostengründen diese Gruppe weitgehend von der Zuständigkeit der damaligen Bundesanstalt für Arbeit (BA) in die der Kommunen verlagert – mit der Folge einer abrupt ansteigenden Beanspruchung der Sozialhaushalte in lokalen Zuzugsschwerpunkten. Zeitlich weitgehend parallel kam es im Kontext der Zuwanderung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen zu einer Auseinandersetzung über die Kostenzuständigkeit zwischen Ländern und Kommunen. Aufgrund lange andauernder Uneinigkeit zwischen Bund und Ländern hinsichtlich einer gesetzlichen Regelung für die Zulassung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem zerfallenden Jugoslawien fielen diese bei Bedürftigkeit ebenfalls in kommunale Zuständigkeit. Diese drängten daraufhin zwecks eigener Entlastung zahlreiche Flüchtlinge trotz rechtlicher Aussichtslosigkeit in das Asylverfahren, denn damit fielen die Versorgungskosten für diese Flüchtlinge in Länderzuständigkeit.

Beide Fälle verdeutlichen das Fehlen einer konzeptionellen Migrationspolitik in den 1990er Jahren in Deutschland. Erste Schritte hin zu einer stärker koordinierten Migrations- und Integrationspolitik wurden jedoch mit der Reform des Ausländergesetzes von 1990 und insbesondere dem besser als ersten „Migrationskompromiss“ bezeichneten sogenannten „Asylkompromiss“ vollzogen. In diesem Kompromiss wurden alle relevanten Zuwanderungsbewegungen (Aussiedler, Arbeitsmigranten und Asylbewerber) einer Neuregelung unterzogen und die verschiedenen bislang nur als je spezifische Sonderfälle behandelten Zuwanderungen zu einer allgemeinen und zunehmend europäisierten politischen Problemstellung internationaler Migration zusammengefasst. Die Frage der sozialen Integration blieb jedoch im Spannungsfeld des föderalen „Fingerhakelns“ um Kosten und Zuständigkeit zunächst ausgeklammert. Dies hat sich durch das Zusammentreten zweier Entwicklungen grundlegend geändert: die Reformen des

Wohlfahrtsstaates und die Umstellungen in der Migrations- und Integrationspolitik. Mit diesen Veränderungen fällt den Kommunen systematisch eine andere Stellung (nicht nur) bei der Integration von Migranten zu.

Die Bundesrepublik hat damit ihre Migrationsverhältnisse seit dem Fall des Eisernen Vorhangs sukzessive politisch-rechtlich normalisiert: Bereits 1990 wurden im neuen Ausländergesetz den Arbeitsmigranten erstmalig Rechtsansprüche auf Einbürgerung eingeräumt. Deren zunächst vorgesehene zeitliche Befristung wurde im Rahmen des sogenannten „Asylkompromisses“ von 1993 aufgehoben, und die Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 2000 war in vielerlei Hinsicht die konsequente Übertragung der Neuregelungen von 1993 in das in seinem Kern um *ius soli*-Elemente ergänzte Staatsangehörigkeitsgesetz. Auch die Grundgesetzänderung von 1993 war, unabhängig von einer moralischen Bewertung, in Form einer Europäisierung des Asylrechts ein weiterer Schritt zur institutionellen Normalisierung. Im gleichen Kontext wurde der Sonderfall der Aussiedlerzuwanderung im Rahmen des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes abschließend geregelt. Die „deutsche Volkszugehörigkeit“ wurde nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime in Osteuropa als privilegierte und viel genutzte Wanderungsoption schon bald mit Einwanderungsbeschränkungen beantwortet. 1990 wurde gesetzlich ein Verfahren zur Zuzugsregulation eingeführt, Ende 1992 die Zuwanderung kontingentiert und der im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz geschaffene neue Rechtsstatus des „Spätaussiedlers“ auf vor dem 1. Januar 1993 geborene Personen aus der ehemaligen UdSSR beschränkt. Diese Umstellung ist zentraler Teil der Neuanpassung der deutschen Staatsbürgerschaft. Die 1990, 1993 und 1999 installierten Ergänzungen zum Ausländer- und Staatsbürgerschaftsgesetz eröffnen dauerhaft legal im Lande lebenden Ausländern den Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft. Die Einschränkungen des Rechtsstatus von Aussiedlern waren Teil dieser Stärkung von Territorialität als Kriterium für den Zugang zur Staatsbürgerschaft sowie der Schwächung der Tradition des *jus sanguinis*. Vor diesem Hintergrund ist es dann nur konsequent, dass die im ZuwG – dem dritten Migrationskompromiss – vorgesehenen Integrationskurse als Adressaten alle sich dauerhaft niederlassenden Migrantengruppen haben.

Für die Einschätzung der Rolle der Kommunen muss deren veränderte Integrationspolitik in den Zusammenhang mit anderen für die Stellung der Kommunen bedeutsamen Reformen des Wohlfahrtsstaates gestellt werden. Soziale Integration als im ZuwG formuliertes Programm bringt sich niederlassende Migranten in gleicher Weise in Relation zum Wohlfahrtsstaat wie die übrige Klientel: „Fördern und Fordern“, die Leitformel des „aktivierenden Wohlfahrtsstaats“, impliziert den Umbau der Relation zwischen Wohlfahrtsstaat und ihrem Publikum in dem Sinne, dass allen Leistungsempfängern unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit die Erbringung einer Gegenleistung abverlangt wird: nämlich ihr Handeln eigenverantwortlich, marktorientiert und an einer möglichst von Sozialtransfers unabhängigen Lebensführung auszurichten.

Staatsangehörigkeit verliert damit an Bedeutung als sozialer Platzanweiser; Deutsche und Ausländer werden in der Perspektive der Wohlfahrtsstaaten, die unter Bedingungen eingeschränkter Leistungsfähigkeit ihre Struktur der Leistungserbringung umbauen, gleichermaßen entlang der Differenz leistungsfähig versus leistungsunfähig beobachtet. Leistungsberechtigung im Wohlfahrtsstaat muss von allen Individuen erworben werden, und in dieser Logik erfolgt umgekehrt die Öffnung und Erwerbbarkeit der Staatsangehörigkeit auf der Grundlage gelingender sozialer Integration: „Integration ist ein gesellschaftlicher Prozess, in den alle in einer Gesellschaft Lebenden jederzeit einbezogen sind. Unverzichtbar ist der Integrationswille. Dieser Integrationswille äußert sich darin, dass sich jeder Einzelne aus eigener Initiative darum bemüht, sich sozial zu integrieren. Dies gilt für Einheimische wie Zugewanderte.“¹

Diese wohlfahrtsstaatliche Gleichbehandlung von Migranten und Einheimischen wird deutlich, wenn man die Integrationskurse in Relation setzt zu den systematischen Veränderungen durch die Hartz-Reformen. Die Ersetzung der vormaligen Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II (ALG II) und der Einbezug aller vorherigen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in diese Leistung der BA bringt alle Leistungsbezieher ohne Bezugsbe-

¹ Vgl. Unabhängige Kommission Zuwanderung (Hrsg.), *Zuwanderung gestalten, Integration fördern*, Berlin 2001, S. 200.

rechtigung von Arbeitslosengeld in die gleiche Relation zum Staat: „Fördern und Fordern“ meint die Einschränkung ihrer Berechtigung, die Forderung nach Arbeitsaufnahme unter Gesichtspunkten von Status abzulehnen. Der Sinn von Integrationskursen besteht vor diesem Hintergrund primär darin, „integrationsbedürftige“ (Neu)Zuwanderer frühzeitig in die Lage zu versetzen, sich an den Erfordernissen der Lebensführung im Einwanderungskontext auszurichten, um so möglichst bald zu einer selbständigen Lebensführung in der Lage zu sein. Das wird auch strukturell an der Verschränkung der Integrationsprogramme mit der BA bzw. den ARGen ersichtlich. In dieser Konstellation verfügen nunmehr die Kommunen über eine veränderte integrationspolitische Rolle: Denn mit der Einführung des ALG II ist die kommunale Ebene nicht nur allgemein entlastet und damit die seit den 1980er Jahren von den Kommunen beklagte Kommunalisierung der Arbeitslosenproblematik und damit auch der Folgekosten der Zuwanderung beendet worden. Zugleich werden die Kosten für die im ZuwG vorgesehenen Integrationskurse vom Bund getragen.

Man darf die mit dem ZuwG verbundenen Veränderungen nicht überschätzen. Die Einführung der Integrationskurse und das neu geschaffene Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellen keinen vollständigen Bruch gegenüber den zuvor praktizierten Formen einer Integrationspolitik dar. Ähnlich wie das ZuwG insgesamt bestehende Regelungen zusammengeführt und nur moderate Änderungen vorgesehen hat, so handelt es sich auch jenseits der Neuzuschneidung organisatorischer Zuständigkeiten und des Einbezugs der Neuzuwanderer in die Integrationsprogramme um keinen radikalen Bruch, sondern um den Aus- und Umbau der bisherigen Integrationspolitik.

Trotz einer symbolischen Politik, mit der insbesondere bei der Selbstpräsentation neuer Ämter nahe gelegt wird, dass nunmehr alles anders und besser werde, braucht man keinen „Paradigmenwechsel“ auszurufen. Ein nicht zu unterschätzender Wandel ist allerdings doch hinsichtlich der strukturellen Stellung der Kommunen zu registrieren: Integrationsprogramme für Neu- wie Altzuwanderer werden unter organisatorischer Verantwortung des BAMF und finanziert durch den Bund mittlerweile bundesweit von anerkannten Trä-

gern angeboten. Zudem sind dauerhaft rechtmäßig in Deutschland lebende Zuwanderer in die sozialstaatlichen Programme einbezogen. Die Neuregelungen des ZuwG sowie die davon unabhängig durchgeführten Hartz-Reformen haben damit den Kommunen drei neue Möglichkeiten der Gestaltung lokaler Integrationspolitik verschafft. So können sie im Rückgriff auf die Integrationskursangebote des BAMF, in Abstimmung mit den von ihnen getragenen Ausländerbehörden und ausgehend von ihrem neu gewonnen Einfluss in den ARGEn Einfluss darauf nehmen, welche Träger anerkannt und welche Migranten in Integrationskurse einbezogen werden. Außerdem sind ihnen im Rahmen der zu bildenden ARGEn und auch in den Optionskommunen Kompetenzen der kommunalspezifischen Ausgestaltung einer Beschäftigungsvermittlung im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderpolitik zugefallen, in die Zuwanderer einbezogen werden können. Damit resultiert eine auf den bundespolitischen Festlegungen basierte veränderte Einbettung kommunaler Integrationspolitik: nämlich die Überantwortung von Migrantengruppen mit geringen Arbeitsmarktchancen in kommunale Zuständigkeit, wie dies bei Aussiedlern und Bürgerkriegsflüchtlingen der Fall war. Diese bundespolitische Einbettung erlaubt den Kommunen zudem eine deutliche Steigerung ihres Einflusses und die Reorganisation ihrer kommunalen Integrationspolitik.

Moderatoren der Integration

Mit ihrer veränderten integrationspolitischen Stellung fällt den Kommunen in Prozessen sozialer Integration eine Moderatorenrolle im dem Sinne zu, dass sie diese Prozesse durch lokalspezifisch zugeschnittene Wirtschaftsförderungspolitik, kommunales (Aus)Bildungsmanagement, adressatenspezifische Wohn- und Stadtteilpolitik sowie durch ihre Einwohner engagierende Formen der politischen Beteiligung vermitteln und fördern können. In diesen Zusammenhang gehören auch ihre Bemühungen um die „interkulturelle Öffnung“ der Verwaltungen sowie die in vielen Kommunen verankerten Integrationslotsenprojekte, die auf den Einbezug von Migranten in kommunale Anstrengungen der Erhöhung des lokalen Integrationspotenzials zielen.

Die in vielen Städten und Gemeinden begonnene Neusichtung ihrer seit den 1980er

Jahren meist unkoordiniert aufgebauten kommunalpolitischen Integrationsinfrastruktur eröffnet ihnen die Möglichkeit, diese mit den politisch neu hinzugewonnenen, finanziellen und rechtlichen Optionen zu verknüpfen und entsprechend mit dem Ziel der Steigerung des lokalen Integrationspotenzials zu reorganisieren. Es existiert heute nicht zuletzt aufgrund entsprechender Wettbewerbe wie „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ kaum noch eine von Zuwanderung betroffene Gemeinde in Deutschland, in der Integration nicht als regulärer Gegenstand auch kommunaler Politik begriffen wird.

Kommunen können sich ein sehr detailliertes Bild über die Integration von Migranten in dem oben erläuterten Sinne verschaffen. Dies betrifft die Wanderungsgeschichte und die Generationenverhältnisse in den Familien, ihre Wohn- und Infrastrukturverhältnisse, die Bildungs- und Arbeitsmarkteteiligung oder die Zahl und Struktur von Vereinen. Voraussetzung und Grundlage jeder Integrationspolitik ist der Aufbau einer entsprechenden lokalen Integrationsberichterstattung. Dies erst erlaubt die kontinuierliche Erfassung eben jener Konstellationen mehrfacher Überlagerungen von unterschiedlichen Integrationsherausforderungen, die sich in den Familien ihren Mitgliedern stellen, ihr Zusammenspiel zu begreifen und je ressortspezifisch zur Geltung zu bringen. Die veränderte Stellung der Kommunen erlaubt ihnen nunmehr, die Frage der Integration auch dort wirksam zum Thema zu machen, wo sie keine unmittelbare Zuständigkeit, aber dennoch Einfluss haben.

Der in der gegenwärtigen Bildungsdiskussion vielbeachtete Bereich der *vorschulischen Erziehung* liegt aus historischen Gründen in kommunaler Zuständigkeit. Neben dem Ziel des Ausbaus des Kindergartens zu einer regulären vorschulischen Erziehungseinrichtung bemühen sich Kommunen und Länder um die verstärkte Fortbildung der Erzieherinnen in den Bereichen Sprachvermittlung und Interkulturalität. Dabei kommt den Kommunen aufgrund des ihnen eigenen lokalspezifischen Wissens und der Trägerschaft der Einrichtungen die Rolle zu, in der Neuausrichtung dieses Bereichs die Frage der Integration, des frühzeitigen und bedarfsgerechten Einbezugs von Migrantenkinder, zur Geltung zu bringen. Die für Integrationserfolge höchst bedeutsame Inanspruchnahme vorschulischer

Erziehung kann jedoch nur bei einer frühzeitigen Adressierung der Eltern gelingen.

Trotz der Zuständigkeit der Länder für die Schulen besitzen die Kommunen als Schulträger auch angesichts nachdrücklicher Forderungen einer stärkeren Einbettung der Schulen in das kommunale soziale Umfeld Einfluss. In diesem Zusammenhang haben Kommunen die Möglichkeit, durch ein regelmäßiges Bildungsmonitoring sich verfestigende Problemlagen zu identifizieren und sich abzeichnende Abwärtsdynamiken zu unterbrechen. Bildungserfolg und -misserfolg gehen ganz wesentlich aus den nicht-intendierten Effekten des Zusammenspiels zwischen Elternhaus, Schule und Kommunen als Schulträgern hervor und führen vielfach zu sich stabilisierenden Arbeitsteilungen zwischen Schulen, in denen die einen für die Bildung der Erfolgreichen und die anderen für die Betreuung der „Bildungsversager“ zuständig sind. Kommunen als Moderatoren können solche integrationspolitisch kontraproduktiven Arrangements thematisieren und für die Suche nach Auswegen sowohl Schulen als auch Eltern mobilisieren.

Die Bedeutung der *beruflichen Ausbildung* für soziale Integrationsprozesse ist kaum zu überschätzen. Ein eingeschränkter Zugang von Migrantenjugendlichen zu beruflicher Ausbildung lässt sich nicht ausschließlich auf nicht vorhandene schulische Voraussetzungen zurückführen. Neben einer nicht hinreichend differenzierten Berufsorientierung aufgrund fehlenden Wissens der Jugendlichen und ihrer Eltern sind auch ihr begrenzter Zugang zu den Entscheidernetzwerken, ihre mangelnde Berücksichtigung im Relevanzhorizont von Entscheidern sowie Vorurteile ausschlaggebend.[¶] Kommunen können diesen Sachverhalt nicht nur transparent machen; sie können auch regelmäßig auf lokale Unternehmen einwirken, Migrantenjugendliche stärker zu berücksichtigen. Dies wird umso überzeugender gelingen, wie eine solche Aufmerksamkeit zur Grundlage der eigenen kommunalen Einstellungspraxis gemacht wird.

Vergleichbare kommunale Möglichkeiten bestehen im Bereich von *Weiterbildung und*

¶ Vgl. Mona Granato, Berufliche Ausbildung und Lehrstellenmarkt: Chancengerechtigkeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund verwirklichen, WISO-direkt, September 2007.

Beschäftigung, nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Selbstverpflichtungen der BA zu einer stärkeren Berücksichtigung von Migranten in ihren Förderprogrammen. Mit Bezug auf die zweite Generation können Kommunen aufgrund ihres über die ARGEN gewonnenen Einflusses insbesondere das Augenmerk auf den Bedarf einer beruflichen (Nach-)Qualifizierung junger Erwachsener richten und auf entsprechende Anstrengungen drängen, um in dieser Weise eine Stabilisierung ihrer Beschäftigungssituation zu befördern.

Schließlich gibt es inzwischen in einigen Ländern und Kommunen Bestrebungen, die Beziehungen zu *islamischen Gemeinden* zu verstetigen und diese in das kommunale Geschehen einzubeziehen.[¶] Dies soll muslimischen Migranten den Aufbau einer angemessenen religiösen Infrastruktur ermöglichen und die Akzeptanz islamischer Gemeinden im religiösen Spektrum einer Kommune signalisieren. Zugleich kann eine Grundlage bei den Migrantenfamilien dafür geschaffen werden kann, dass sie sich mehr und mehr als Bürger ihrer Kommunen begreifen lernen.

Integrationspolitische Chancen

Zu sozialer Integration kann Politik mit ihren Mitteln beitragen, sie kann sie indes nicht selbst gewährleisten. Aber in langfristiger Ausrichtung kann sie zur Normalisierung beisteuern, verstanden in dem Sinne, dass die soziale Integration von Migranten genauso einer regelmäßigen und routinierten politischen Gestaltung bedarf wie auch andere politische Problemstellungen. Kommunen können dazu als Moderatoren der Integration im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine wichtige Rolle spielen. Dies impliziert kein Argument für eine Exklusiv- oder Primärzuständigkeit der Kommunen für Integration, sondern für eine angemessene Einschätzung ihrer neu gewonnenen Rolle. Kommunen können nur dann Moderatoren der Integration vor Ort sein, wenn Bund und Länder einen entsprechenden Rahmen und die dafür erforderlichen Ressourcen bereit stellen.

¶ Vgl. Hansjörg Schmid/Ayşe Almıla Akca/Klaus Barwig, Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2008.

Klaus J. Bade · Ferdos Forudastan

Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft

Ferdos Forudastan: Herr Professor Bade, ich gehe durch eine deutsche Behörde, eine Schule, eine Universität, ein Gericht oder ein Ministerium, ich betrachte

die Spitzen der Parteien, Gewerkschaften oder Verbände, ich schlage die Zeitung auf, schalte das Radio oder Fernsehen ein – und gewinne den Eindruck: Hier scheinen fast nur Menschen zu leben, die selber, deren Eltern und Großeltern schon in Deutschland geboren sind. Anders ausgedrückt: Die Tatsache, dass rund 20 Prozent der Menschen in Deutschland eine persönliche oder familiäre Zuwanderungsgeschichte haben spiegelt

sich in den meisten Institutionen kaum wider. In der Verwaltung einer deutschen Großstadt beispielsweise haben nur rund drei Prozent der Mitarbeiter ausländische Wurzeln. Woran liegt das?

Klaus J. Bade: Das liegt zunächst daran, dass viele Zuwanderer aus der ehemaligen „Gastarbeiterbevölkerung“, also aus oft bildungsfernen Schichten stammen. Deren Kinder waren schon deswegen in der Schule, in der Ausbildung und damit in der Vorbereitung auf das Erwerbsleben benachteiligt und kamen zunächst entsprechend seltener in qualifizierte Jobs, wie es sie in der Verwaltung, der Wissenschaft oder in den Medien gibt. Natürlich war auch ein kleiner Teil der Kinder aus sogenannten Gastarbeiterfamilien in der Schule sehr erfolgreich, aber diese Kinder hatten Glück, etwa weil außergewöhnlich engagierte Nachbarn oder Lehrer sie unterstützten. Solche Bil-

dungskarrieren waren lange eher Ausnahmen, welche die Regel des Bildungsrückstands bestätigten. Das galt auch, wenn die Eltern ihre Kinder in der Schule unterstützen wollten, dies aber selber nicht konnten. Dass Eltern sich zusammenschlossen, um gemeinsam die Bildung ihrer Kinder zu fördern, gelang nur selten wie im Fall der erfolgreichen spanischen Elternvereine. Das alles zusammengenommen bedeutete: Soziale Startnachteile von Zuwanderern haben sich auf ihre Kinder vererbt. Und unser Bildungssystem hat diese Vererbung noch befördert und befördert sie bis heute.

Sie spielen darauf an, dass schon in der 4. Klasse die Kinder darauf festgelegt werden, welche schulische Laufbahn sie einzuschlagen haben?

Das auch, aber meine Kritik setzt viel früher an. Wir haben zu lange zugelassen, dass viele der unter Sechsjährigen in einer Umgebung heranwuchsen, in der sie kaum, nicht einmal sprachlich, gefördert wurden. Die Väter waren den ganzen Tag weg, die Mütter im Haushalt gebunden, und fast niemand sprach mit den Kindern Deutsch. In der Schule lagen sie dann weit hinter deutschen Jungen und Mädchen zurück, nicht weil sie unbegabter waren, sondern oft schlicht deswegen, weil sie die Lehrkräfte nicht oder nur mühsam verstehen konnten. Das hat sich erst in Ansätzen gebessert.

Das heißt: Es muss sich etwas ändern, und zwar etwas Grundlegendes ...

So hart es klingen mag: Wir sollten Eltern nötigenfalls verpflichten, ihre kleinen Kinder in die Kita zu geben. Das sollte übrigens nicht nur für Kinder von Zuwanderern gelten. Es gibt bekanntlich auch eine wachsende Zahl von jungen Menschen ohne Migrationshintergrund, die kaum in der Lage sind, einen etwas längeren Text zu lesen und zu verstehen. Wir haben aber bislang viel zu wenige Kitas. Sie müssten flächendeckend über das Land verteilt sein und hochqualifizierte Erzieher beschäftigen. Und es müsste regelmäßig geprüft werden, ob die Kinder dort bei spielerischer Beschäftigung nicht nur genug Deutsch lernen, sondern auch, ob sie überhaupt lernen, zu lernen.

Eine allgemeine Kindertagesstättenpflicht? Ich sehe sie schon Sturm laufen, die Eltern aus der gehobenen Mittelschicht, die dagegen halten, sie wollten und könnten ihre Kinder zuhause fördern und erziehen.

Ich sagte „nötigenfalls“ – also dann, wenn die Eltern nachweislich nicht imstande sind, ihren Kindern das mitzugeben, was sie brauchen, um später zumindest sprachlich problemlos dem Unterricht in einer deutschen Schule folgen zu können. Niemand würde beispielsweise englischsprachige Kinder von ausländischen Diplomaten, die später sowie eine internationale Schule besuchen, zwingen wollen, in eine deutsche Kita zu gehen. Das Gleiche gilt für bildungsorientierte deutsche Eltern, die das alleine schaffen.

Heißt das, Sie stellen sich eine Art Elternprüfung vor? Und wenn diese tatsächlich durchgesetzt würde: Wie sollten Eltern verpflichtet werden, ihre Kinder in die Kita zu schicken?

Reden wir nicht um den heißen Brei herum: Eine Sprach- und Lernstandsmessung im Vorschulalter bedeutet immer auch indirekt, zu prüfen, ob die Erziehungsberechtigten in der Lage und willens sind, ihrer Aufgabe nachzukommen. Dort, wo das nicht gelingt, sind die Eltern meist in einer sozial sehr schwierigen Situation und oft von staatlichen Transferleistungen abhängig. Hier muss gelten: Eltern, die Sozialgeld und insbesondere Kindergeld beziehen, sind umso mehr verpflichtet, durch die Erziehung ihrer Kinder dafür zu sorgen, dass sich ihre eigene Transferabhängigkeit nicht vererbt. Unterlassen sie das, sollte die Förderung reduziert werden. Schicken sie ihre Kinder trotzdem nicht in die Kita, muss das Jugendschutzgesetz greifen. Mit anderen Worten: Der Staat entzieht den Eltern das Erziehungsrecht auf Zeit oder auch auf Dauer. Kindeswohl geht vor Elternrecht. Um diesem Gedanken gerecht zu werden, haben wir schon jetzt die notwendigen gesetzlichen und behördlichen Handlungsspielräume, wir wenden sie nur zu selten an. Wir müssten aber auch die Stellung der Lehrer stärken. Es ist ein Unding, dass sie Eltern zum Gespräch über Lern- oder Verhaltensprobleme ihrer Kinder einbestellen – und die kommen dann einfach nicht. So was könnte man durch Elternverträge regeln, welche die beiderseitigen und wechselseitigen Verpflichtungen ebenso klären wie die Folgen von Pflichtverletzungen. Außerdem müssen wir die Kooperation zwischen Lehrern, Sozialarbeitern und nötigenfalls Jugendgerichten verbessern.

Damit wäre das Problem der ungleichen Bildungschancen, das wiederum zu schlech-

teren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führt, aber noch nicht gelöst, oder?

Nein, dieses Problem wäre so lange nicht gelöst, wie sich die Misere in den Schulen fortsetzt. Dort hocken nämlich nicht die Schüler, sondern im Grunde auch deren Eltern. Mütter und Väter, die selbst eine gute Bildung genossen haben oder gut verdienen, können ihren Kinder nachmittags selber helfen oder eben Nachhilfestunden bezahlen. Eltern die selbst kaum zur Schule gegangen sind oder wenig Geld haben, schaffen es nicht, die Unzulänglichkeiten unseres Schulsystems privat auszugleichen. Gäbe es flächendeckend Ganztagschulen, würden auch Kinder aus bildungsfernen Familien besser gefördert, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund. Das heiße in der Konsequenz, mehr Kinder aus sozial schwachen Familien würden eine bessere Schulbildung genießen.

Und dann? Es gibt doch schon heute viele gut ausgebildete junge Menschen mit ausländischen Wurzeln, die trotzdem keine ihrer Qualifikation entsprechende Stelle in der Verwaltung, der Wissenschaft oder den Medien bekommen, wenn sie nicht „Müller“, sondern „Yıldırım“ heißen, wie etwa in einer Studie der OECD nachzulesen ist.

Richtig, wobei allerdings die Benachteiligung schon früher, beim Übergang auf weiterführende Schulen und bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, meist stärker greift als später bei gleicher Qualifikation am Arbeitsmarkt. Dass dort, wo es um attraktive Jobs wie im öffentlichen Dienst oder in Medien geht, oft weniger Menschen mit Migrationshintergrund zu finden sind, hat aber noch einen anderen Grund: In den meisten Institutionen weiß man nicht genug über den Wert interkultureller Kompetenz. Worauf nur wenige Chefs achten, sind Qualifikationen wie diese: Kennen Bewerber aus eigener Anschauung mehr als eine, die hiesige Kultur? Können sie sich – weil sie darin Erfahrung haben – rasch in eine andere Kultur einfinden, vielleicht sogar zwischen verschiedenen Kulturen pendeln und vermitteln? Sprechen sie andere Fremdsprache als die gängigen? Hat jemand in einem der Herkunftsländer von Einwanderern gelebt?

Wie könnte man Entscheider in den Personalabteilungen der verschiedenen Institutionen denn davon überzeugen, dass sie mehr Mitarbeiter aus Migrantenfamilien einstellen sollten?

Indem man zum Beispiel den Verantwortlichen in einer Arbeitsagentur nahe bringt, wie wertvoll es ist, wenn eine Sachbearbeiterin, die selbst türkische Wurzeln hat, weiß, wie sie mit einem türkischen Mann sprechen muss, der zunächst eigentlich nicht will, dass seine Frau erwerbstätig wird. Oder indem man der Leiterin einer öffentlichen Bibliothek erklärt, dass sie in ihrer Bücherauswahl der Tatsache gerecht werden muss, dass in ihrem Großstadtbezirk mehr als ein Drittel der Bevölkerung und bei der Jugend vielleicht schon fast die Hälfte aus anderen Ländern stammt und dass sie ihr Angebot viel besser auf Literatur auch aus den Herkunftsländern ausweiten kann, wenn sie biculturelle Mitarbeiterinnen beschäftigt. Oder indem man Bildungsministerien davon überzeugt, dass es sinnvoll ist, Menschen aus den Hauptherkunftsländern von Migranten beratend hinzuzuziehen, wenn sie ihre Lehrpläne erstellen. Das würde etwa das Augenmerk in Geschichte oder Politik darauf lenken, wie sehr die jüngste deutsche Geschichte von Zuwanderung geprägt ist, wie sehr die Migration dieses Land verändert hat, dass Migrantenfamilien die Zeitgeschichte dieses Landes aber oft auch ganz anders erlebt haben als die Mehrheitsbevölkerung. Das wiederum könnte enorm motivierend für die vielen Schüler aus Zuwandererfamilien sein, denen der Unterrichtsstoff bisher oft den Eindruck vermittelt, es habe sie und ihre Familien in Deutschland gar nicht gegeben, von ein bisschen „Gastarbeitergeschichte“ einmal abgesehen.

Man sollte Entscheidungsträgern in Institutionen etwas „nahe bringen“, ihnen „etwas erklären“, sie „überzeugen“: Das klingt, mit Verlaub, sehr soft. Muss man nicht stärkeren Druck entfalten, zum Beispiel über Quoten für Einwanderer und ihre Nachfahren? Der öffentliche Dienst etwa könnte sich verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz seiner Stellen an Menschen mit Migrationshintergrund zu vergeben.

Ich bin kein Freund von Quoten oder von Maßnahmen, die eine „positive Diskriminierung“ bestimmter Bevölkerungsgruppen bedeuten. Zu sagen, x oder y bekommt den Job, weil er ein Migrant ist, ist weder gut für den Job, noch für den Kandidaten und schon gar nicht für den sozialen Frieden. Ein Migrant, der mit Hilfe einer starren Quote in eine Position gekommen ist, müsste mit dem Stigma

leben, dass er es nur wegen seiner ethnischen Herkunft geschafft hat. Er könnte unter Umständen weniger gestalten, hätte geringeren Einfluss, wäre mehr als andere gezwungen, um Anerkennung und Respekt zu kämpfen. Das wäre nicht nur für diesen Menschen ein Problem. Es würde auch die jeweilige Institution belasten. Hinzu kommt, dass Quoten für Zuwanderer sehr wahrscheinlich auch Neid und Ausländerfeindlichkeit schüren würden. Diese Konsequenz kann niemand wollen.

Ein Teil Ihrer Argumente gegen die Quote für Migranten ähnelt den Argumenten gegen die Frauenquote. Trotzdem hat sie dafür gesorgt, dass endlich mehr Frauen an gute Jobs und in wichtige Positionen gekommen sind.

Gucken Sie sich die deutschen Universitäten an: Fast nirgendwo steht, dass dort für bestimmte Institute auf Gedeih und Verderb eine bestimmte Quote eingehalten werden muss. Aber es wird in der Regel festgehalten, dass das Geschlechterverhältnis ausgewogen zu sein hat. Solange dies nicht der Fall ist – und es ist überwiegend noch nicht der Fall – muss die Gleichstellungsbeauftragte darauf achten, dass bei gleich qualifizierten Bewerbern die Frauen vorgezogen werden. Das gleiche gilt zum Beispiel für Behinderte. Für Berufungsverfahren ist das eine ganz wichtige Regelung, an der man nicht so einfach vorbeikommt. Natürlich wird sie immer wieder trickreich unterlaufen. Aber seit es diesen Orientierungspunkt gibt, hat sich die Situation zugunsten der Frauen verbessert. Wenn wir so einen Orientierungspunkt auch für die Einstellung von Menschen mit ausländischen Wurzeln hätten, wären wir schon viel weiter.

Und wenn wir die Quote in den Parteien nicht hätten, wäre die deutsche Politik viel männlicher als jetzt.

Sicher, die Frauenquote hat hier zu einem Wandel im Bewusstsein vieler politischer Entscheidungsträger geführt: Sie tun sich heute nicht mehr so leicht wie früher, mehr Positionen mit Männern als mit Frauen zu besetzen. Niemand würde es auch heute mehr wagen, wie oft noch in den 1970er Jahren, im gleichen Atemzug von „Minderheiten wie Ausländern, Behinderten und Frauen“ zu reden.

Sie haben in den USA gelebt und gearbeitet. Dort tut man sich mit festen Quoten für Migran-

ten nicht so schwer. Positive Diskriminierung ist dort, anders als hier, kein Schreckgespenst.

So einfach ist das nicht: Die *Affirmative Action* (AA), also die positive Diskriminierung, hat sich in den USA nur bedingt bewährt: Schon bald klagte man über die Verletzung der Prinzipien von Chancengleichheit und Leitungsgerechtigkeit, über Opferrollen, Opferkonkurrenzen und Gruppenrivalitäten, aber auch über die Entwertung von Karrieren durch ihre Zurückführung auf AA, und schließlich über den Missbrauch von AA als Karrieretreiber durch Leute, die zwar einer benachteiligten Gruppe zugehörten, selber aber gar nicht benachteiligt waren. Um solche Fehlentwicklungen zu begrenzen, entstanden eine wuchernde Kontrollbürokratie und ein Beschäftigungsprogramm für Juristen und Gerichte. Mittlerweile gibt es in den USA als Folge entsprechender Gerichtsurteile sehr komplizierte Rahmenbestimmungen, wie AA aussehen darf und wie nicht. Die Erfahrungen aus den USA sind mithin nicht so ermutigend, dass man sie in Deutschland wiederholen müsste. Außerdem gibt es hier doch auch ganz praktische Wege, um den Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in allen möglichen Institutionen zu erhöhen.

Welche Wege meinen Sie?

Polizei, Schulen oder auch Ämter müssten nachdrücklicher um Auszubildende und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund werben. Es müsste für diese Menschen viel mehr Schulungen, Integrationslotsen und Mentorenprogramme geben, um die fehlende Förderung in den Schulen ein Stück weit auszugleichen, nachholende Integrationsförderung nennt man das heute. Es geht nicht darum, die Standards zu senken, sondern darum, sie erreichbar zu machen. Nehmen Sie die Berliner Polizei: Sie weiß, wie wichtig Polizisten aus den unterschiedlichen Einwanderergruppen für den Kontakt mit Angehörigen dieser Gruppen sind. Also werden junge Migranten eingestellt, die sich für den Polizeiberuf interessieren, auch wenn sie in einigen Bereichen noch Leistungsschwächen haben. Man gibt ihnen die Chance die Schwächen im Verlauf des ersten Jahres auszugleichen und ihren nachgeholt Erfolg in einer Prüfung unter Beweis zu stellen. Dann dürfen sie im Vorbereitungsdienst bleiben. Auf diese Weise gewinnt man durch eine Art Nachqualifikation in der Einstiegsphase hoch motiviertes Personal, ohne die Standards zu senken. Alles

in allem aber führt kein Weg daran vorbei, Entscheidungsträger davon zu überzeugen, dass mehr Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln einen großen Gewinn für die eigene Behörde, den eigenen Verband oder Sender darstellen.

Wir sprechen über den großen Gewinn für die Institutionen. Muss man nicht genauso fragen, welchen Wert hat die Zusammenarbeit für Frauen und Männer aus Zuwandererfamilien?

Natürlich, man muss sogar noch ein ganzes Stück weitergehen und sagen: In einer Demokratie kann man nicht einer Bevölkerungsgruppe Teilhabe verweigern, indem man es ihr außerordentlich erschwert, in der Verwaltung, der Politik, in Verbänden oder Medien zureichend mitzuwirken. Hier lebende Menschen ausländischer Herkunft haben ein Recht darauf, diese Gesellschaft durch ihre Mitarbeit in den unterschiedlichen Institutionen mitzugestalten.

Mal angenommen, es lassen sich nicht genügend Behördenleiter, Parteivorsitzende oder Chefredakteure davon überzeugen, wie wichtig es ist, mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einzustellen: Erledigt sich das Problem nicht irgendwann dadurch, dass den Deutschen der Nachwuchs ausgeht, dass die Zahl der Frauen und Menschen mit ausländischen Wurzeln wächst und es damit nur eine Frage der Zeit ist, bis Entscheidungsträger ihre Hände nach ihnen ausstrecken?

Der Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter, anhaltend niedrige Geburtenraten bei der deutschen, höhere bei der Zuwandererbevolkerung und sinkende Arbeitslosenzahlen bei wirtschaftlichem Aufschwung führen zweifelsohne zu einer gewissen Entspannung am Arbeitsmarkt. Heute wird vereinzelt schon mit Azubi-Stellen nach Bewerbern geworfen. Nur auf die Gnade des demografischen Wandels am Arbeitsmarkt zu setzen, reicht aber nicht. Institutionen müssen die Interkulturalität in der Gesellschaft begleiten. Dafür muss sich diese Interkulturalität in ihren eigenen Reihen widerspiegeln. Nur dann können die Institutionen ihre eigene Zukunft – und damit die der ganzen Einwanderungsgesellschaft – adäquat mitgestalten. Eine zunehmende interkulturelle Ausdifferenzierung im öffentlichen Dienst, in der Politik, in Verbänden steigert die Fähigkeit, in der Einwanderungsgesellschaft Entfremdungserfahrungen zu mindern.

Wie kriegt man diese beiden Bilder zusammen? Auf der einen Seite Institutionen, die sich bewusst für Menschen mit ausländischen Wurzeln öffnen; auf der anderen Seite eine Öffentlichkeit, die in Teilen heftig dem Buchautor Thilo Sarrazin applaudiert, der Migranten aus Hauptherkunftsländern als existenzielle Gefahr für Deutschland darstellt.

Wenn Thilo Sarrazin sagt: Wir wollen nicht „Fremde im eigenen Land“ werden, dann hat er die Einwanderungsgesellschaft als Kulturprozess nicht zureichend verstanden. „Fremd im eigenen Land zu werden“ ist die Vorstellung, dass die Minderheit über die Mehrheit kommt und die Mehrheit anschließend selbst zur Minderheit wird. Das geht von der falschen Vorstellung aus, Fremde bleiben immer Fremde und Einheimische bleiben immer Einheimische – ein Gedanke, der jeder kulturhistorischen Perspektive entbehrt; denn Kultur ist kein Zustand, den man sich wie einen Spiegel an die Wand nageln kann, sondern ein Prozess. Darin findet jede Zeit ihre eigene Form.

Ein schöner Satz, aber was bedeutet er genau? Und wie könnte er jene Bürger beruhigen, die meinen, die Lage sei so düster, wie Thilo Sarrazin sie malt?

Machen wir ein fiktives Experiment und drehen wir die deutsche Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurück: Könnte man einem Berliner aus dem Jahr 1960 einen Film aus der Berliner U-Bahn oder S-Bahn des Jahres 2010 zeigen, dann würde er das vielleicht für eine Fälschung oder für einen Filmbericht aus New York oder San Francisco halten und sagen: „In einer solchen Zukunft würde ich nicht leben wollen, da wäre ich ja ein Fremder im eigenen Land!“ Aber wir leben in diesem Deutschland des Jahres 2010 und wir kommen, glaube ich, doch ganz gut klar. Ebenso klar ist, dass es desintegrative Problemzonen und Spannungsfelder gibt, vor deren Wachstum ich, pardon, viele Jahre vor Thilo Sarrazin immer wieder nachdrücklich, aber folgenlos öffentlich gewarnt habe. Sie erfordern endlich nachdrückliches Handeln, aber sie bestätigen doch als Ausnahmen nur die Regel der friedvollen Integration insgesamt. Erfolgreiche Integration bleibt eben meist unauffällig. Auffällig sind die sozialen Betriebsunfälle. Aber niemand käme auf den absurden Gedanken, aus einer Statistik der Verkehrsunfälle das Geheimnis des ruhig fließenden Verkehrs ableiten zu wollen.

Trotzdem bekommt, wer mit spitzem Finger auf die Verkehrsunfälle zeigt, immer noch lauterem Beifall als der, der auf den ruhig fließenden Verkehr aufmerksam macht. Genauer: Trotzdem bekommt Thilo Sarrazin von einem Teil der Öffentlichkeit heftigen Beifall. Warum fällt es vielen Menschen so schwer zu akzeptieren, dass die deutsche Gesellschaft heute eine Einwanderungsgesellschaft ist?

Die Einwanderungsgesellschaft, in der wir leben, schließt Zuwandererbevölkerung und Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund ein. Weil deren Geburtenraten nach wie vor niedriger liegen als die – allerdings ebenfalls sinkenden – Geburtenraten der Zuwandererbevölkerung, setzt sich der interethnische Wandel in der Einwanderungsgesellschaft auch ohne Zuwanderung fort. Die Einwanderungsgesellschaft ist also ein sich ständig veränderndes Gebilde, das zwar immer alltäglicher, aber auch immer unübersichtlicher wird. Das verängstigt viele Menschen, ältere mehr als jüngere. Das noch verbreitete Bild von der ethno-national statischen Aufnahmegesellschaft, in die sich die Hinzukommenden gefälligst einzupassen, in der sie quasi spurlos aufzugehen haben, ist – ob uns das passt oder nicht – eine realitätsfremde Fiktion. Integration ist ein langer, mitunter Generationen übergreifender Kultur- und Sozialprozess mit fließenden Grenzen zur Assimilation, die übrigens als solche überhaupt nichts Schreckliches ist, die man im Gegensatz zum Bemühen um Integration aber nicht einfordern kann.

Im Laufe der Zeit verändert Einwanderung beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft, die sich dabei stets weiter ausdifferenziert. Damit müssen auch die Institutionen der Einwanderungsgesellschaft Schritt zu halten suchen. Behörden, Politik, Verbände, Medien: Sie und ihre Aufgaben verändern sich zwangsläufig, wenn immer mehr Menschen in diesem Land ausländische Wurzeln haben. Diesen eigenen Veränderungsprozess als alltägliche Herausforderung anzunehmen, ihn nicht nur passiv hinzunehmen, sondern im Rahmen des Möglichen aktiv zu gestalten, das ist eine Kernaufgabe des Lebens in der Einwanderungsgesellschaft. Darauf hat auch Bundespräsident Christian Wulff in seiner programmatischen Bremer Rede zum 3. Oktober 2010 hingewiesen.

APuZ

Nächste Ausgabe 48/2009 · 29. November 2010

Arbeitslosigkeit

Josef Schmid

Wer soll in Zukunft arbeiten?

Markus Promberger

Hartz IV im sechsten Jahr

Irene Dingeldey

Agenda 2010: Dualisierung der Arbeitsmarktpolitik

Matthias Knuth · Martin Brussig

Zugewanderte und ihre Nachkommen in Hartz IV

Rosine Schulz

Freiwilliges Engagement Arbeitsloser

Karl Brenke

Aus der Krise zum zweiten Wirtschaftswunder?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Asiye Öztürk
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
5. November 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefstraße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit
4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

- 3–9 *E. Güvercin · F. Zaimoğlu · M. Asumang · N. Çelik*
„Ein Teil Deutschlands, mit etwas mehr Farbe“
Die Gesellschaft verändert sich. In diesem Beitrag werden Einblicke in die Erfahrungs- und Gedankenwelt von drei Persönlichkeiten gegeben, die ein „Deutschsein“ verkörpern, das jenseits der mehrheitlich wahrgenommenen Kategorien liegt.
- 9–15 *Naika Foroutan*
Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten
Das „neue Deutschland“ wird sich in der Zukunft nicht mehr durch Herkunft, Genetik und Abstammungsstrukturen definieren können. Deutschsein wird eine Chiffre sein für die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Land.
- 16–21 *Dietrich Thränhardt*
Integrationsrealität und Integrationsdiskurs
Sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden hat sich im Umgang mit Einwanderern ein Integrationskonsens entwickelt. Doch wieso ist nach Berichten über „nachholende Integration“ nun die Rede von Integrationsunwilligkeit?
- 22–28 *Hartmut M. Griese · Isabel Sievers*
Bildungs- und Berufsbiografien von Transmigranten
Trotz des konstatierten Fachkräftemangels werden die Kompetenzen von hochqualifizierten Migranten häufig nicht anerkannt. Viele dieser Bildungserfolgreichen wandern in das Land ihrer Vorfahren aus.
- 29–35 *Karen Schönwälder*
Einwanderer in Räten und Parlamenten
Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in den Parlamenten und Räten steigt an, liegt aber noch weit unter dem Bevölkerungsanteil dieser Gruppe. Vor allem Türkeistämmige haben politisch verantwortliche Positionen erreicht.
- 36–41 *Michael Bommes*
Kommunen: Moderatoren der sozialen Integration?
Den Städten und Gemeinden wird verstärkt eine Schlüsselrolle für die Integration von Migranten zugewiesen. Sie können nur dann Moderatoren der Integration vor Ort sein, wenn Bund und Länder die dafür erforderlichen Ressourcen bereit stellen.
- 42–46 *Klaus J. Bade · Ferdos Forudastan*
Ein Gespräch zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft
Einwanderung verändert eine Gesellschaft. Auch die Institutionen der Einwanderungsgesellschaft wie Behörden, Politik, Verbände und Medien müssen sich diesem Prozess anpassen. Diesen gilt es, aktiv zu gestalten.